

Stenographisches Protokoll

49. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

IX. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 2. Dezember 1960

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1961

Spezialdebatte

Gruppe VI: Unterricht (Fortsetzung)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 1985)

Entschuldigungen (S. 1985)

Regierungsvorlagen

328: Verlängerung der Geltungsdauer des Preistreibereigesetzes 1959 — Justizausschuß (S. 1985)

329: Ergänzung des Gerichtsorganisationsgesetzes — Justizausschuß (S. 1985)

330: Abänderung des Bundesgesetzes, womit Ergänzungszulagen an Empfänger von Ruhe(Versorgungs)bezügen des Bundes gewährt werden und die Ruhegenüßbemessungsgrundlage abgeändert wird — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1985)

331: 4. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 1985)

332: Rohstofflenkungsgesetznovelle 1961 —

Handelsausschuß (S. 1985)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (281 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1961 (307 d. B.)

Spezialdebatte

Gruppe VI: Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht, Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, und Kapitel 28 Titel 8: Bundestheater (Fortsetzung)

Redner: Mahnert (S. 1986), Dr. Neugebauer (S. 1991), Harwalik (S. 2001), Mark (S. 2011), Dr. Geißler (S. 2015), Spielberg (S. 2018), Dr. Kummer (S. 2019), Dr. Stella Klein-Löw (S. 2023), Dr. Schönbauer (S. 2029), Chaloupek (S. 2031), Leisser (S. 2036), Dr. Grünsteidl (S. 2038) und Bundesminister für Unterricht Dr. Drimmel (S. 2041)

Abstimmungen

Annahme der Gruppen I, II, II a, IV und V (S. 2015)

Annahme der Ausschußentschließungen zu den Gruppen II und IV (S. 2015)

Ablehnung der Entschließungsanträge Doktor van Tongel zu den Gruppen I, II und IV (S. 2015)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl, Zweiter Präsident Olah, Dritter Präsident Dr. Gorbach.

Bundesgesetz zur Ergänzung des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 27. November 1896 RGBl. Nr. 217 (329 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Abänderung des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1959, womit Ergänzungszulagen an Empfänger von Ruhe(Versorgungs)bezügen des Bundes gewährt werden und die Ruhegenüßbemessungsgrundlage abgeändert wird, BGBl. Nr. 298 (330 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Gewerbliche Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz abgeändert wird (4. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz) (331 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Rohstofflenkungsgesetz 1951 abgeändert wird (Rohstofflenkungsgesetznovelle 1961) (332 der Beilagen).

Es werden zugewiesen:

328 und 329 dem Justizausschuß;

330 dem Finanz- und Budgetausschuß;

331 dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

332 dem Handelsausschuß.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 47. Sitzung vom 30. November 1960 ist in der Kanzlei aufgelegen, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Reisetbauer und Dwořák.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Steiner, Klenner, Eibegger, Kranebitter, Franz Mayr, Thoma, Dr. Tončić, Dr. Leopold Weismann, Wührer und Seiringer.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Zeillinger, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer **Zeillinger:** Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, womit die Geltungsdauer des Preistreibereigesetzes 1959 verlängert wird (328 der Beilagen);

1986

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (281 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1961 (307 der Beilagen)

Spezialdebatte

**Gruppe VI: Unterricht
(Fortsetzung)**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Ihr Gegenstand ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1961.

Wir fahren in der Spezialdebatte über die Gruppe VI: Unterricht, fort.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mahnert als Gegenredner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Mahnert: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir stehen heute in der gesamten Welt in einer geistigen Revolution, die gekennzeichnet wird nicht nur durch den ungeheuren Fortschritt der Wissenschaft, durch die Entfesselung der Atomkraft, durch die Schaffung künstlicher Erdsatelliten, durch den Vorstoß in den Weltraum, sondern wir müssen, glaube ich, diese geistige Revolution als eine weltweite Auseinandersetzung erkennen, in der es letztlich darum geht, ob unser Zeitalter einmal nicht nur als das Zeitalter der Zertrümmerung des Atoms bezeichnet wird, sondern auch als das Zeitalter der Zertrümmerung der Persönlichkeit. Es wäre falsch und zu bequem, wenn wir die Grenzziehung in dieser Auseinandersetzung gleichsetzen würden nur mit den Grenzen etwa zwischen der östlichen und der westlichen Welt. Der Persönlichkeit droht — und darüber darf uns keine Selbstgefälligkeit hinwegtäuschen — auch in der westlichen Welt tödliche Gefahr. Es ist auch bei uns so, daß der Entfaltung und der Entwicklung der Persönlichkeit enge, ja manchmal sehr, sehr enge Grenzen gesetzt sind. Es ist auch bei uns so, daß die modernen Massenbeeinflussungsmittel des technischen Zeitalters rücksichtslos eingesetzt werden zur Verflachung, zur Nivellierung, ja zur Zerstörung der Persönlichkeit.

Ich glaube, daß diese Erkenntnisse der Debatte über die österreichische Unterrichts- und Kulturpolitik vorangesetzt werden müssen, damit wir uns voll bewußt werden, daß es sich bei diesem Gegenstand nicht um ein Aufgabengebiet unter vielen handelt, daß es sich nicht um ein Ressort unter vielen handelt, sondern daß es hier um das Kampffeld geht, auf dem schließlich und endlich die Frage „Vermaßung oder Persönlichkeit“ ausgetragen und entschieden werden wird. Es war daher vollkommen richtig, wenn einer der Herren

Abgeordneten im Ausschuß festgestellt hat, die Kulturpolitik sei ein Prüfstand der Demokratie. Es müßte deshalb heute wohl darum gehen, zu prüfen, ob und wieweit sich unsere Demokratie auf diesem Prüfstand bewährt hat und bewahrt.

Meine Damen und Herren! Wir erleben bei Besprechung dieses Kapitels Jahr für Jahr das gleiche: ein Aufgebot an massiver Kritik wie bei keinem anderen Kapitel. Und nicht nur von seiten der Opposition — das ist unsere Aufgabe, das ist unsere Pflicht, kritisch an diese Fragen des öffentlichen Lebens heranzutreten —, wir erleben diese Kritik genauso massiv von seiten beider Regierungsparteien.

Ich habe mir das Protokoll des Vorjahres etwas durchgesehen und dabei einige Stellen mit massiver Kritik gefunden, die auch von der Opposition in ihrer Schärfe nicht zu überbieten gewesen wäre. So sagte im Vorjahr zum Beispiel der Herr Abgeordnete Dr. Kummer: „Angesichts der Hochkonjunktur nimmt die fortlaufende Vernachlässigung des kulturellen Sektors Formen an, die wir nicht länger verantworten können, sollen wir nicht später einmal unter Umständen vielleicht mit einer nationalen Katastrophe bezahlen müssen.“ Oder er sagte etwas später: „Bei der bisherigen Mentalität muß die Kulturpolitik immer auf der Strecke bleiben...“

Ein Herr der anderen Couleur, Herr Dr. Haselwanter, sagte: „Erkennen wir gemeinsam, daß wir mit einer Almosenkultur auf die Dauer den Ruf Österreichs als Kulturland nicht aufrechterhalten können, ...“ Und der Herr Abgeordnete Mark von der Sozialistischen Partei sagte: „Wir haben auf dem Gebiet der Förderung unseres Nachwuchses nichts erreicht.“ Und zu Fragen der Forschung sagte Mark dasselbe, was wir fast zu jedem Aufgabengebiet sagen müssen: „Und das alles nur deshalb, weil man hier, wie ich glaube, eine ganz unsinnige Furcht davor hat, daß die Volksvertretung sich mit diesen Fragen beschäftigt.“ So Abgeordnete der beiden Regierungsparteien.

Selbstverständlich kam pflichtgemäß von seiten der Partei, die den Ressortminister stellt, auch ein Lob, aber es war ein gedämpftes Lob. So sagte zum Beispiel der Herr Abgeordnete Dr. Weiß im Vorjahr — in diesem Jahr hat er davon nicht gesprochen —: „Das relativ bessere Budget des heurigen Jahres auf dem Gebiete des Unterrichts, der Kunst und Kultur darf nur ein Anfang sein, eine Grundlage, damit wir unsere Großmachtstellung als Kulturland ausbauen können.“

Der Hintergrund dieses gedämpften Lobes und dieses gedämpften Optimismus war die Tatsache, daß sich der Anteil des Kulturbudgets am Gesamtbudget von 7,54 Prozent im Jahre 1959 auf 7,86 Prozent im Jahre 1960 gesteigert hatte. Gestern hat der Herr Abgeordnete Dr. Weiß wieder gesprochen. Ich habe darauf gewartet, ob er sich wieder die Mühe gemacht hat, festzustellen, ob der Anteil des Kulturbudgets am Gesamtbudget wiederum gestiegen ist, ob er also das wiederholen kann, was er im vorigen Jahr festgestellt hat von der nun etwas besseren Anfangsposition.

Falls er sich die Mühe nicht gemacht hat, möchte ich ihm diese Zahl mitteilen. Der Anteil am Gesamtbudget ist in diesem Jahr wiederum gesunken, und zwar unter den Anteil des Jahres 1959, und er beträgt nunmehr 7,3 Prozent.

Wir sehen also, meine Damen und Herren, daß die Kritik, die im Vorjahr geäußert worden ist, die außer Zweifel auch in diesem Jahr von Herren beider Regierungsparteien in demselben Maße wieder geäußert werden wird, auch für dieses Jahr, auch für dieses Budgetjahr seine Gültigkeit hat. Es sind ja nicht allein die Fragen des Budgets an sich, die wir werten müssen bei der Behandlung dieses gesamten Sektors. Die materiellen Voraussetzungen sind ja nur ein Teil, sie sind wohl der wichtigste Teil, sie sind entscheidend. Aber daneben gibt es doch eine Reihe von ganz anderen Dingen, die genauso ohne irgendwelche finanzielle Zuweisungen gelöst werden könnten, wenn der Wille zu ihrer Lösung auch wirklich vorhanden wäre.

Wir werden erleben, daß im Zuge dieser Debatte genau derselbe Katalog unerledigter Fragen wieder aufgeblättert wird, wie wir es bisher in jedem Jahr erlebt haben. Es wird genauso wieder die Frage des Schulgesetzes kommen, die Frage des 9. Schuljahres, obwohl sich alle darüber einig sind, daß es heute eine Notwendigkeit ist, zu diesem 9. Schuljahr zu kommen. Es wird wiederum die Frage der Lehrerbildung aufs Tapet kommen, obwohl sich jeder darüber klar ist, daß eine Reformierung der Lehrerbildung notwendig ist. Es wird aufs Tapet kommen, daß die gesetzlichen Grundlagen unserer Mittelschulen überhaupt fehlen, daß unsere Lehrpläne überholungsbedürftig sind. Es wird die Frage des Hochschul-Studiengesetzes selbstverständlich wieder kommen, dieses Gesetzes, das längst überfällig ist. Es wird ebenso die Frage des Studienförderungsgesetzes wiederum aufs Tapet kommen müssen. Im Zusammenhang damit wird auch die Frage des Ausländerstudiums behandelt werden und behan-

delt werden müssen. Ich habe — um auf dieses Gebiet kurz einzugehen — Verständnis für die Argumentation des Herrn Unterrichtsministers, die er im Ausschuß gebracht hat, daß hier Österreich die Möglichkeit habe, besonders im Hinblick auf den afro-asiatischen Raum eine gewisse kulturelle Mission zu erfüllen. Ich glaube aber, daß diese Mission nicht dazu führen darf, daß die Möglichkeiten unserer eigenen Studierenden so beschränkt werden, wie das heute der Fall ist, daß nämlich die Studierenden eine Stunde vorher in den Hörsaal gehen müssen, um einen Platz zu bekommen, oder daß, wie etwa an der Technischen Hochschule in Wien, aber praktisch ja überall, die Studenten auf dem Rücken ihres Vordermannes zeichnen müssen, weil nicht genügend Raum vorhanden ist. Es müßte also auch in dieser Frage des Ausländerstudiums bei aller Würdigung dieses Argumentes des Herrn Ministers eine Möglichkeit geboten werden, zuerst einmal den Bedürfnissen unseres eigenen Nachwuchses zu entsprechen.

Es wird ebenso die Frage des technischen Nachwuchses wiederum aufs Tapet gebracht werden. Wir haben im Vorjahr gerade zu dieser Frage Zahlen genug gehört, die uns zeigen, wie sehr wir gerade in dieser Frage des technischen Nachwuchses überrundet werden. Es wird die Frage der industriellen Forschung besprochen werden müssen. Es wird auch eine Frage besprochen werden müssen, die anzuschneiden ich schon zu einem früheren Zeitpunkt Gelegenheit hatte, nämlich die Frage der Beteiligung Österreichs an der Europa-Universität, damit wir nicht den geistigen Zusammenhang mit dem übrigen Europa verlieren. Es wird ebenso besprochen werden — das wurde auch gestern schon von einigen der Herren und Damen angeschnitten — die Frage wirksamer Maßnahmen gegen Schmutz und Schund.

Wir haben also einen riesigen Katalog von unerledigten Aufgaben. Ich glaube, daß es daher notwendig und richtig wäre, wenn in dieser Situation das Parlament zumindest eine Dokumentation seines Willens, diese Fragen zu lösen, abgeben würde.

Ich habe aus dieser Überlegung heraus schon im Ausschuß einen Antrag gestellt, der, obwohl er sich nahezu wörtlich an die Regierungserklärung des Jahres 1959 hält, unverständlicherweise im Unterausschuß von den Regierungsparteien abgelehnt wurde. Ich möchte trotzdem diesen Antrag heute wiederholen. Er lautet:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat ehe baldigst den Entwurf eines

1988

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

Bundesgesetzes vorzulegen, durch welches die seit mehr als 15 Jahren offenen Fragen auf dem Gebiete des mittleren und niederen Schulwesens eine umfassende Gesamtregelung erfahren.

Ich bin überzeugt, daß an sich die Wirkung eines solchen Antrages und der Annahme eines solchen Antrages nichts anderes sein kann als die Dokumentation des Parlamentes, daß es den Willen hat, diese Fragen einmal anzugehen und zu lösen. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß alle einsehen, daß eine solche Dokumentation notwendig ist, wenn wir uns im Rahmen dieser Budgetdebatte auch einmal anschauen, was in dieser Legislaturperiode das Parlament auf dem Gebiete des Kulturellen, des Unterrichtswesens geleistet hat.

Es haben bisher in den eineinhalb Jahren dieser Legislaturperiode sechs Sitzungen des Unterrichtsausschusses stattgefunden. Von diesen sechs Sitzungen kann ich die erste ausklammern, denn das war die konstituierende, eine reine Formalität. Die zweite Sitzung, die am 18. November stattfand, befaßte sich mit der Verlängerung des Kulturgroschengesetzes, eine Materie — ich will keine dieser Materien bagatellisieren oder unterschätzen —, von der wir aber doch sagen müssen, daß sie im Verhältnis zu dem unerledigten Katalog, den ich gerade Gelegenheit hatte, vor Ihnen aufzublättern, eben doch nicht von überragender Bedeutung ist.

Am 16. Dezember trat dann der Unterrichtsausschuß praktisch zu seiner zweiten Sitzung zusammen und befaßte sich mit der Regierungsvorlage, mit der das Bundestheaterpensionsgesetz abgeändert wird. Die nächste Sitzung fand dann am 14. Juni statt und befaßte sich mit einem europäischen Abkommen, das ratifiziert werden sollte, nämlich dem Europäischen Abkommen über die Gleichwertigkeit der akademischen Grade und Hochschulzeugnisse; auch eine Frage, die zweifellos von Bedeutung ist und die wir auch nicht unterschätzen, die aber im Rahmen dieser Gesamtaufgaben, vor denen wir stehen, eben doch eine absolut untergeordnete Frage ist.

Am 7. Juli befaßte sich dann der Unterrichtsausschuß mit der Erhebung der Apostolischen Administratur Burgenland zu einer Diözese und am 20. Oktober, in seiner letzten Sitzung, mit den finanziellen Leistungen an die altkatholische Kirche, an die israelitische Religionsgesellschaft, mit der Verleihung des Doktorates unter den Auspizien des Bundespräsidenten, mit den Satzungen des Internationalen Studienzentrums für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut und schließlich mit der Aufhebung der kaiserlichen Entschließung vom 17. September 1856 über die

Studienerlaubnis für öffentlich Bedienstete. Sicher ist das eine ganze Reihe von Fragen, die ich absolut nicht bagatellisieren möchte, nicht abtun möchte, die alle irgendwie ihre Bedeutung haben, die aber doch im Verhältnis zu den Aufgaben, die uns da gestellt worden sind, eben von absolut untergeordneter Bedeutung sind.

Ich möchte der Ordnung halber noch erwähnen, daß sich dann auch der Finanz- und Budgetausschuß, abgesehen von den Budgetdebatten selbst, mit einer Materie befaßt hat, die diesen Bereich betrifft. Der Finanz- und Budgetausschuß hat in einer der letzten Sitzungen den Schulbautenfonds behandelt, und es ist auf diesem Gebiete zu einem zweifellos auch von uns nicht zu verkleinernden Fortschritt gekommen, wobei wir nur feststellen möchten — was ich schon Gelegenheit hatte, bei der Behandlung dieses Themas zu tun —, daß diese Regelung, also die Finanzierung durch Anleihen, praktisch ja nur ein Vorgriff, eine Festlegung künftiger Budgets bedeutet. Und ich habe in diesem Zusammenhang ja schon festgestellt, daß wir es für bedauerlich halten, daß es nicht möglich war, diese wesentliche Aufgabe schon im normalen Budget dieses Jahres irgendwie unterzubringen.

Wir stellen also fest, meine Damen und Herren, daß das, was das Parlament, was der Nationalrat in diesen eineinhalb Jahren in fünf Sitzungen des Unterrichtsausschusses behandelt hat, im Verhältnis zu dem Aufgabenkreis, der uns da gestellt ist, geradezu lächerlich ist.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich mir eine Bemerkung zu der Frage erlauben, die immer und immer wieder einmal von Ihnen angeschnitten wird. Sie kommen immer wieder einmal mit dem Vorwurf, die Opposition sei nicht konstruktiv. Dazu müssen wir doch feststellen: Das Ausmaß einer Konstruktivität richtet sich und kann sich nur richten nach den Möglichkeiten, die einer solchen konstruktiven Einstellung geboten werden. Wir sind zum Beispiel in drei Ländern in der Landesregierung vertreten, in zwei Ländern davon mit außerordentlich wesentlichen Ressorts, und kein Mensch wird behaupten können, daß wir dort nicht konstruktiv arbeiten, daß wir dort nicht etwas leisten. Wir sind in soundso vielen Gemeindestuben mitverantwortlich eingeschaltet, wir stellen soundso viele Bürgermeister, und kein Mensch wird dort behaupten können, daß wir nicht konstruktiv arbeiten.

Ich möchte auch aus der parlamentarischen Arbeit einige Beispiele herausheben, die zeigen, daß dort, wo Sie uns die Möglichkeit geben, konstruktiv zu arbeiten, diese Aufgaben auch absolut erfüllt werden. Einige wenige Gesetzesmaterien hat es ja gegeben, die wirklich im

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

1989

Haus beraten worden sind, während es doch im allgemeinen so ist, daß nur das ins Haus kommt, was außerhalb des Hauses schon fix und fertig gemacht wurde und wo das Haus dann nur noch ja und amen zu sagen hat; es hat also einige solche Gesetzesmaterien gegeben. Ich denke im Moment an eine, die keinen politischen Brisanzstoff enthalten hat und daher für geeignet befunden wurde, doch im Parlament behandelt zu werden: die Straßenverkehrsordnung.

Es wurde ein Unterausschuß dafür eingesetzt, und in diesem Unterausschuß hat, wie von den Herren der anderen Parteien, die in diesem Unterausschuß mitgewirkt haben, zugegeben werden muß, unser Vertreter, mein Freund Abgeordneter Dr. van Tongel, wirklich konstruktiv und aktivist mitgearbeitet und hat wirklich dazu beigetragen, daß hier eine Gemeinschaftsarbeit entstanden ist.

Oder: Mein Kollege Dr. Kandutsch beweist Ihnen, daß er sich als Obmann des Rechnungshofausschusses wirklich für diese Materie verantwortlich fühlt. Und Dr. Kandutsch hat Ihnen bei jeder Gelegenheit immer und immer wieder wirklich sehr, sehr konstruktive Vorschläge für die Reformierung des Rechnungshofgesetzes unterbreitet, die allerdings auch nicht auf irgendeinen fruchtbaren Boden gefallen sind.

Dort, wo wir die Möglichkeit haben, konstruktiv mitzuarbeiten, dort werden wir es absolut tun. Es ist nun allerdings zu dieser Frage auch das zu sagen: Konstruktiv mitzuarbeiten ist gar nicht — und das sei vollkommen klargestellt — unsere primäre Aufgabe, Aufgabe der Opposition, sondern unsere wesentliche Aufgabe ist die, kritisch zu betrachten und kritisch zu beobachten, was sich im öffentlichen Leben Österreichs tut, und dazu unsere Kritik zu äußern. Und auch eine Opposition — auch das sei vollkommen klargestellt —, die nicht konstruktiv ist, wird ihrer Aufgabe doch vollkommen gerecht. Aber, meine Damen und Herren, Regierungsparteien, die ihrer konstruktiven Aufgabe nicht nachkommen, wie wir das hier auf dem Unterrichtssektor eindeutig sehen, die auf diesem Gebiet nicht konstruktiv sind, die werden wohl außer Zweifel ihrer Aufgabe nicht gerecht! Es muß, glaube ich, wohl mit aller Klarheit und Deutlichkeit festgestellt werden, daß, wenn eine Pflichtverletzung eines Teiles dieses Hauses vorliegt, es bestimmt nicht die des Teiles ist, dessen Aufgabe es in erster Linie ist, darauf hinzuweisen, was eben faul im Staate Dänemark ist, sondern daß ein Pflichtversäumnis derjenigen vorliegt, die dafür sorgen müßten, daß diese Mängel abgestellt und Versäumnisse nachgeholt werden.

Meine Damen und Herren! Wir sollten uns im Rahmen dieser heutigen Debatte daher auch nicht darauf beschränken, daß wir feststellen, soundsoviel ist nicht geschehen, soundsoviel müßte getan werden, soundsoviel müssen wir seit Jahren immer wieder kritisieren, sondern es müßten doch auch Gedanken kommen: Wie kommen wir aus dieser Situation heraus, wo liegt denn die Ursache, warum geschieht nichts, warum können diese Fragen nicht gelöst werden? Das müßte doch eigentlich der Sinn und der Tenor dieser heutigen Beratungen sein; nicht nur ein Feststellen soundso vieler Versäumnisse, sondern eben Versuche, aus dieser Situation herauszukommen, festzustellen: Wo liegt denn die Ursache dafür, daß nichts geschieht?

Der eine oder andere von Ihnen, meine Damen und Herren, wird sich vielleicht erinnern, daß — ich glaube, es war noch in diesem Jahr — einmal Vertreter der Elternschaft vor einigen Herren des Unterrichtsausschusses erschienen, um dort ihre Wünsche bekanntzugeben, ihre Sorgen mitzuteilen. Und da wurde ihnen damals gesagt: Ja, meine lieben Eltern, Sie müssen sich da an das Ministerium wenden, das ist dafür zuständig! Darauf sagten die Eltern: Ja, beim Ministerium waren wir schon, und da wurde uns gesagt: Wir, das Ministerium, können nur im Rahmen des Budgets irgendwelche Ausgaben, zum Beispiel für die Beseitigung der Schulraumnot, machen, für die Beschließung dieser Ausgabensumme ist das Parlament zuständig! Und weil uns das im Ministerium gesagt wurde, kommen wir nun heute eben hier ins Parlament, um hier unsere Bitten vorzutragen. Und darauf erwiderte einer der Abgeordneten — wenn ich nicht irre, war es der Herr Kollege Mark —: Ja sehen Sie: Wenn das Budget ins Parlament kommt (*Abg. Mark: Warum werde ich schon wieder zitiert?*) — Sie entschuldigen, Kollege Mark, daß ich Sie etwas aufgestört habe (*Heiterkeit — Abg. Mark: O nein, ich habe schon zugehört!*) —, dann stehen wir eigentlich schon vor einer vollendeten Tatsache. Wir können dann nur noch das ganze Budget annehmen — das wurde ja gestern oder vorgestern auch schon wiederholt, daß es so ist —, also wir können da auch nichts mehr machen!

Und der Eindruck, den die Eltern bekommen mußten und dem sie wohl auch irgendwie Ausdruck gegeben haben, war der: Also das Ministerium ist nicht zuständig, denn das sagt: Das Parlament muß das Budget beschließen!, und das Parlament ist nicht zuständig, denn dort wird uns gesagt: Das Parlament bekommt fix und fertig ein Budget her und muß zustimmen und kann nichts mehr dagegen tun!

1990

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

Da kam ja zwangsläufig die Frage: Ja wer ist denn dann zuständig dafür, wer beschließt denn eigentlich dieses Budget? Und dann kam denn auch sehr verschämt die Antwort, die allerdings die Eltern sehr wenig befriedigt hat: der Koalitionsausschuß! Damals war der Ausdruck von der „ständigen Delegation der Regierungsparteien“ noch nicht geprägt, sonst wäre das vielleicht noch geeigneter gewesen, den Eltern eine, sagen wir, sehr nebulose Vorstellung von etwas nicht Greifbarem zu geben.

Und der Eindruck, der den Eltern dort vermittelt worden ist, war: Das Ministerium ist nicht zuständig, das Parlament ist nicht zuständig, sondern zuständig ist eine Körperschaft, die es in der Verfassung an sich gar nicht gibt, deren Notwendigkeit uns in diesen Beratungen immer irgendwie klarzumachen versucht wird, wobei aber keiner der Herren bisher entkräften konnte, daß dieser verfassungsmäßig nicht vorgesehene Ausschuß eben in seiner Auswirkung verfassungswidrig wirkt, weil er die Arbeit des Parlaments blockiert und weil er, wie wir an diesem Beispiel auch sehen, auch zu einer Zusammenlegung der nach unserer Verfassung getrennten Gewalten führt. Der klassische Grundsatz der Gewaltentrennung, die Trennung von Legislative und Exekutive, wird doch praktisch teilweise in Österreich aufgehoben dadurch, daß beide Aufgaben auf diesen verfassungsmäßig nicht existierenden Ausschuß, den Koalitionsausschuß, die ständige Delegation der Regierungsparteien, übergehen.

Meine Damen und Herren! Es wäre daher zu billig, wenn wir auf die Frage „Warum geschieht nichts?“ einfach die Antwort geben würden: Es geschieht nichts, weil etwa das Unterrichtsministerium nichts tut. Es wäre auch zu billig, zu sagen: Es geschieht nichts, weil die eine der beiden Parteien alle diese Fragen irgendwie blockiert!, sondern es ist doch so, daß der Grund für dieses Blockieren und der Grund für diese Untätigkeit eben außerhalb der verfassungsmäßigen Einrichtungen liegt, eben in dieser ständigen Delegation der Regierungsparteien.

Wenn der Herr Unterrichtsminister im Ausschuß erklären mußte, daß er im Kampf um das Budget allein stehe, wenn er damit dokumentieren mußte, daß nicht nur die andere Partei die Lösung seiner Aufgaben irgendwie blockiert, sondern daß er in seiner eigenen Partei nicht den Rückhalt hat, dann zeigt doch allein diese Äußerung an sich eine Situation auf, die unserer Überzeugung nach erschütternd ist und die vor allem nun zu einem führen müßte: zu einem Handeln des Parlaments!

Sie haben nun wohl — im Ausschuß wurden schon einige Töne in dieser Richtung angeklungen — einige Anläufe genommen, um diese seit langem ruhenden Verhandlungen wieder in Fluß zu bringen. Es wurde wieder, glaube ich — so habe ich es jedenfalls den Zeitungen entnommen —, ein Verhandlungskomitee, also ein Unterausschuß des Koalitionsausschusses gebildet; wir haben aber nach all den Erfahrungen mit dem Koalitionsausschuß nicht die Überzeugung, daß das der Weg ist, der zur Lösung dieser Frage führen wird, besonders in einer Atmosphäre, die durch einige Äußerungen gekennzeichnet wird, die ich kürzlich den Zeitungen entnommen habe und die die Atmosphäre, in der sich diese ganze Auseinandersetzung abspielt, schlaglichtartig beleuchten.

So sagte zum Beispiel nach der „Arbeiterzeitung“ der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann in einer Rede — ich zitiere —: „Der Unterrichtsminister hat vor kurzem in aller Öffentlichkeit selber zugegeben, daß das österreichische Schulwesen derzeit nicht auf gesetzlichen Grundlagen beruht. In jedem anderen Rechtsstaat müßte ein Minister zurücktreten, wenn er nicht imstande ist, die rechtlichen Grundlagen für sein Ressort zu schaffen.“ So der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann.

Die „Kleine Volkszeitung“ replizierte dazu die Meinung des Unterrichtsministeriums in folgender Form: „Was den Sozialisten noch abgeht, das ist der Einsatz der staatlichen Kulturpolitik für sozialistische Parteidoktrinen. Deswegen hat die SPÖ seit Jahren die Kulturpolitik blockiert.“ Und der Herr Unterrichtsminister Dr. Drimmel selbst sagte als Replik auf diese Äußerungen des Vizekanzlers, seines Ministerkollegen: „Der Kalte Krieg, den mir die sozialistischen Regierungskollegen angesagt haben, läßt die Dinge klar sehen: Mein Kollege Pittermann verwechselt offenbar Koalition mit Kapitulation.“

Meine Damen und Herren! In dieser Atmosphäre, in der sich nun die Auseinandersetzung abwickelt, haben wir nicht das Vertrauen, daß der Koalitionsausschuß oder ein Unterausschuß des Koalitionsausschusses das geeignete Forum sein wird, diese Fragen zu lösen. Und der Zuschauer dieses Trauerspiels, das sich nun seit Jahren, ja einem Jahrzehnt in Österreich vor unseren Augen und vor den Augen der gesamten Öffentlichkeit abspielt, fragt: Warum schaltet sich das hiefür gewählte und nach der Verfassung hiezu berufene Parlament nicht in diese Fragen ein? Warum berät nicht der Unterrichtsausschuß die Vorschläge der verschiedenen Parteien? Warum setzt dann dieser Ausschuß nicht Unterausschüsse ein, um Experten heranzuziehen und diese Fragen dann wirklich gründlich

durchzuberaten? Warum wird nicht in diesem Forum, das dazu geeignet und dazu berufen ist, ernsthaft und mit dem Ziel, zu einer Regelung zu kommen, diskutiert? Und warum also — das ist die Frage, die heute jeder draußen stellen wird, nicht nur wir hier im Parlament — das unfruchtbare Tauziehen im stillen Kämmerlein des Koalitionsausschusses, wo jeder von dem Vetorecht Gebrauch macht, das er an sich von vornherein dem anderen eingeräumt hat? Das Parlament hätte doch zu handeln! Allerdings wären Sie dann bei diesen Beratungen nicht mehr unter sich, und allerdings hätten dann auch die 336.000 Wähler, die bei der letzten Wahl der Freiheitlichen Partei ihr Vertrauen geschenkt haben — auch Eltern, auch Menschen, die an der Lösung dieser Fragen interessiert sind! —, durch ihre Abgeordneten ein Mitspracherecht, und allerdings könnte es dann unter Umständen, wenn Sie auf dieses Paktieren verzichten, auch zu Lösungen kommen, die zwar wohl dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen, die aber unter Umständen der einen oder anderen Koalitionspartei nicht ganz passen! Und darum lieber keine Lösung! Lieber heute und im nächsten und im übernächsten Jahr, vor den Ohren der Wähler und für sie bestimmt, anklagend feststellen: In Österreich geschieht nichts für die Kultur, geschieht nichts für die Jugend, geschieht nichts für die Zukunft!

Und das, meine Damen und Herren, angesichts der Tatsache, daß in den großen Kraftzentren der weltweiten Auseinandersetzung eine zielstrebig Jugend herangedrillt wird, und angesichts der Tatsache, daß nicht nur wir, sondern daß heute ganz Europa geistig überrundet wird, und angesichts der Tatsache, daß unsere Jugend einmal vor ungeheure Aufgaben gestellt werden wird, auf die sie ungerüstet losgelassen wird. Jeder, der davor die Augen verschließt, macht sich mit schuldig daran, daß unser Zeitalter einmal nicht nur das Zeitalter der Atomzertrümmerung heißen wird, sondern eben auch das Zeitalter der Zertrümmerung der Persönlichkeit!

Kulturpolitik ist der Prüfstand der Demokratie! Und wir Freiheitlichen stellen fest, daß die verantwortlichen Parteien der österreichischen Demokratie an diesem Prüfstand als zu leicht befunden werden. Wir Freiheitlichen werden daher auch diesem Kapitel unsere Zustimmung versagen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Neugebauer: Hohes Haus! Bei der Beratung des Kapitels Unterricht im Finanz- und Budgetausschuß haben sich alle Parteien für die Wiederaufnahme von Verhandlungen über die Schulgesetze ausgesprochen. Der Herr Bundesminister hält bei sachlichem Vorgehen, wie er sich ausdrückte, eine Einigung in der Schulfrage für möglich. Das alles ist sicherlich erfreulich und stärkt die Hoffnung auf eine gesetzliche Neuregelung der so wichtigen Schulfragen. Freilich sind wir durch das ergebnislose Bemühen in den 15 Jahren der Zweiten Republik mit unseren Äußerungen, die die Hoffnung auf neue Schulgesetze betreffen, etwas vorsichtiger und zurückhaltender geworden. Dennoch möchte ich es aussprechen, daß wir nichts sehnlicher wünschen als ein gutes Ergebnis der Verhandlungen.

Schulprobleme sind schwere Probleme, und es scheint notwendig zu sein, daß eine gewisse Zeit verstreicht, daß sie ausreifen können. Vielleicht waren die Verhandlungen in der Vergangenheit, wenn sie auch keine Ergebnisse gebracht haben, doch nicht so überflüssig, denn sie haben uns gelehrt, wie man die Probleme von allen Seiten betrachten kann und daß der Weg zur Lösung in der Mitte liegt.

Inzwischen sind manche Probleme in verschiedenen Staaten gelöst worden, und man kann aus diesen Lösungen einiges lernen. Auch der Kreis derer, die an den Problemen Interesse haben, ist größer geworden und darum auch die Forderung dringlicher und lauter. Ein ganz besonderes Interesse müssen wir der außerordentlich rasanten technischen Entwicklung in der Industrie zuwenden, denn schließlich ist das, was die Industrie sagt, sehr bedeutsam, weil sie das Fundament unserer Existenz darstellt. Mir ist natürlich klar, daß die Werterziehung, die Charakterbildung des Menschen oben an stehen muß, aber Erziehung und Schulwesen bedürfen auch eines festen Grundes.

Der Herr Abgeordnete Dr. Weiß hat gestern davon gesprochen, daß es weniger darauf ankomme, daß man mit der Technik mitgehe, sondern es komme darauf an, daß die Menschen glücklich seien. Nun, meine Frauen und Herren, wann sind denn die Menschen glücklich? Wenn sie leben, existieren können, wenn sie Arbeit haben, wenn sie Arbeitsplätze haben! Wir sind doch die Generation, die die große Arbeitslosigkeit zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg erlebt hat. Wir haben die Zeit erlebt mit der halben Million Arbeitslosen, und arbeitslos zu sein ist das größte Unglück. Darum bin ich der Ansicht, daß man sich wohl darum kümmern muß, was jene sagen, die dafür zu sorgen haben, daß

1992

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

produziert wird, daß ausgeführt wird, daß gearbeitet wird, Angelegenheiten, die also das Fundament unseres gesamten Lebens bilden. Das alles hat mit Materialismus, wie der Herr Abgeordnete Weiß meinte, nicht das geringste zu tun. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Es ist niemals möglich gewesen, daß sich der Staat einer Entwicklung entzieht, die die Produktion betrifft. Wir können es nicht und wir wollen es auch nicht.

Wenn wir einen Blick auf ein technisch hochentwickeltes Land werfen, wie zum Beispiel die Vereinigten Staaten eines sind, dann sehen wir, was die Industrie für die technische Forschung an ungeheuren Mitteln auswirft. Vor ungefähr 30 Jahren waren es noch nicht 100 Millionen Dollar. Heute sind es 7000 Millionen Dollar, also 7 Milliarden. Man kann sich eine Vorstellung machen, was dann herauskommt, wenn mit diesen Mitteln geforscht wird und wenn man neue technische Ergebnisse zeigt. (*Abg. Lola Solar: Glück im Weltraum!*) Das macht aber nicht nur Amerika, sondern das machen auch England, Deutschland, Holland, und natürlich auch die Sowjetunion.

Solche gewaltige Änderungen, wie sie erfolgt sind und wie sie noch erfolgen werden, haben doch einen ungeheuren Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft mit ihren Ordnungen, und der Mensch muß imstande sein, sich diesen Ordnungen anzupassen. Die Kenner dieser Entwicklung weisen heute schon darauf hin, daß wir einen viel zu geringen Bildungsgrad haben, daß die arbeitenden Menschen ein höheres geistiges Niveau nötig haben. Ein Amerikaner, Peter Drucker, der in Wien geboren wurde und heute Berater einiger der größten amerikanischen Unternehmungen ist und außerdem eine Professur an einer Wirtschaftshochschule in New York innehat, schreibt in einem seiner Bücher: „Ein reiches und immer noch wachsendes Angebot an Menschen mit hohem Bildungsstand ist für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Welt zur unabdingbaren Voraussetzung geworden.“ Ein deutscher Volksbildner, Rodenstein, der vor einiger Zeit in Wien gesprochen hat, sagte es in einer einfacheren Art. Er sagte: „Wir benötigen einen höheren Bildungsgrad für alle Menschen, die arbeiten, und wir benötigen eine viel größere Anzahl einer Elite von Menschen, also hochgebildeter Menschen.“ Natürlich kostet all das Geld.

Der vorhin zitierte Amerikaner schreibt auch, daß Bildung eine langfristige Kapitalanlage der Gesellschaft ist, denn auf ihr beruhen Wirksamkeit und Produktivität der meisten anderen Kapitalanlagen. Wirtschaftlich ausgedrückt stelle sie die fortschritt-

lichste Form der langjährigen Kapitalanlagen dar.

Ich möchte, daß man den Gedanken „Bessere Bildung für alle und höchste Bildung für möglichst viele!“ als einen der Leitgedanken für kommende schulgesetzliche Verhandlungen beachte. Bessere Bildung für alle kann nur heißen: Verlängerung der Schulpflicht. England, Schweden und einige deutsche Länder sind uns dabei vorausgegangen, und die anderen deutschen Länder werden folgen. Das ist auch für uns wichtig, denn wir müssen uns ja allmählich auch mit dem Gedanken befassen, daß sich die europäischen Staaten immer enger zusammenschließen, und für die Integration Europas ist auch die kulturelle Integration notwendig, das heißt, wir müssen unser Schulwesen den fortschrittlichsten Staaten anzupassen versuchen.

Die Verlängerung der Schulpflicht ist, wie ich aus Zeitungsnachrichten entnehme, eigentlich kein Streitpunkt in Österreich, denn alle politischen Parteien haben sich dafür ausgesprochen. Allerdings sind die Meinungen verschieden, an welche Stelle das neunte Schuljahr rücken solle, ob an die letzte Stelle als wirklich neuntes Schuljahr oder ob als fünfte Klasse der Volksschule, an die sich dann die Hauptschule anschließen würde. Das aber, meine ich, ist doch in allererster Linie eine pädagogische Überlegung und keine politische und vor allem keine weltanschauliche. (*Abg. Lola Solar: Jawohl! Ist sie auch nicht!*) Ich neige dazu, dem neunten Schuljahr als neuntem Jahr den Vorzug zu geben, und habe dabei noch eine andere Überlegung als die, daß es den Beruf vorbereiten soll, nämlich die: Nach dem vierten Schuljahre treten heute — und vor 50 Jahren war es auch nicht anders — die meisten Schüler, die eine Mittelschule besuchen wollen, in die Mittelschule über. Wenn man nun neun Pflichtschuljahre hätte, wäre es ein einfaches, das neunte Schuljahr als neuntes Mittelschuljahr anzuhängen. Ich glaube, daß es bei einer Mittelschule, die neun Jahre dauerte, leichter wäre, all die Wünsche aufzunehmen, die von den verschiedenen Parteien und von den verschiedenen Pädagogen ausgesprochen werden, alle Wünsche, die es ermöglichen, daß vor allem in der Obermittelschule Zeit gewonnen würde, manche Lehrstoffe zu verdauen, die jetzt zu kurz kommen müssen.

Die zweite Forderung, die von den Technikern und von der Industrie ausgesprochen wird, ist die Forderung nach einer größeren Zahl höher gebildeter Menschen. Mit anderen Worten müßte das eigentlich heißen: Jeder hierzu talentierte Mensch muß eine höhere Schule besuchen! Man hat dieses Verlangen mit verschiedenen Schlagworten ausgedrückt,

also etwa mit dem Schlagwort vom Aufstieg der Begabten, daß kein Talent verkümmern dürfe, oder man hat auch die demokratische Gleichheit dafür in Anspruch genommen, die gleiche Bildungsmöglichkeit für jeden, die gleiche Chance für alle.

Zu diesen Begründungen, die hier ausgesprochen wurden, tritt heute die wirtschaftliche Notwendigkeit, wie ich sie dargelegt habe, hinzu. Der Ungebildete ist heute keine Empfehlung für die Wirtschaft, obwohl einmal der muskelstarke Arbeiter eigentlich der begehrteste gewesen ist; aber heute wird er rasch unproduktiv.

Die Wirtschaft braucht also, wie ich schon darlegte, eine größere Zahl der Hochgebildeten. Vor 30 Jahren kamen, wenn ich wieder die Vereinigten Staaten als das wohl industriell höchstentwickelte Land und das technisch am weitesten entwickelte Land ansehe, in den Vereinigten Staaten 3 akademisch Gebildete auf 100 Arbeitende; heute sind es 18, und in 20 Jahren wird man 35 brauchen. Die Gebildeten sind das Kapital einer entwickelten Gesellschaft. Deshalb betreiben ja die Amerikaner schon seit langem in Westeuropa ihre Talentsucherei und ihre Talentfischerei, um junge Menschen zu bewegen, nach Amerika zu kommen und dort zu studieren.

Wir sollten wirklich allen begabten Menschen den Weg nach oben öffnen. Das bedeutet aber, daß wir Übergangsmöglichkeiten von niederen Schulen in höhere Schulen schaffen, es bedeutet aber auch, daß man Mittel bereitstellt, nicht nur um das Studium an den Hochschulen zu ermöglichen, was selbstverständlich für begabte Menschen, wenn sie die Fähigkeit hiezu besitzen, notwendig ist, sondern wir brauchen auch Studienbeihilfen für Mittelschüler. Ich höre oft die Worte: Wozu soll man denn eine Institution schaffen, die es ermöglicht, daß man von einer niederen Schule in eine höhere übertritt, etwa von der Hauptschule in die Mittelschule? Ich habe noch die Statistik im Ohr, die voriges Jahr oder vor zwei Jahren der Kollege Harwalik zitiert hat. Er meinte, nach seiner Sachkenntnis seien sehr wenige Hauptschüler von der vierten Klasse in die Obermittelschule übergetreten. Nun, meine Frauen und Herren, wie lange war es denn möglich? Im Jahre 1927 hat man die Hauptschule geschaffen, 1931 waren die ersten Hauptschüler in der vierten Klasse, 1934 hat man diese Möglichkeit des Übertrittes zerstört. Es stehen also im ganzen drei Jahre zur Verfügung. Das kann man statistisch nicht als eine großartige Möglichkeit, Grundsätze und Ansichten zu beweisen, ansehen. Man kann nichts Gültiges darüber sagen.

Ich möchte aber eines feststellen, und zwar aus meiner persönlichen Praxis: Ich habe mehr als 20 Jahre an ländlichen und kleinstädtischen Hauptschulen unterrichtet, und ich weiß aus Erfahrung, daß ich immer wieder begabte Schüler hatte, die in einer Mittelschule glänzend weitergekommen wären, aber sie wurden Handwerker, oder einer ging ins Bergwerk, weil die Eltern nicht den Mut hatten, die großen Auslagen, die ein Studium verursacht, auf sich zu nehmen.

Nun frage ich: Kann man denn das nicht ändern? Muß das heute noch so sein? Wir haben heute wohl viele Mittelschüler; das stimmt. Aber wir haben die Mittelschüler dort, wo es Mittelschulen gibt, oder aus der allernächsten Umgebung. In den Gemeinden müssen noch immer die Zehnjährigen die Unannehmlichkeit des Bahnfahrens auf sich nehmen, frühzeitig vom Hause weg und abends spät nach Hause, oder die Eltern müssen einen Kostplatz besorgen, und sie können von Glück reden, wenn sie in einem Schülerheim oder in einem Internat einen Platz bekommen, in dem man die Kosten nach dem Einkommen der Eltern berechnet. Wir werden bei den Gesprächen über die Neuordnung des Schulwesens sehr sachlich prüfen müssen, ob wir es uns leisten können, begabte junge Menschen aus weniger bemittelten Familien der höheren Bildung fernzuhalten.

Ich sagte also: Der Zudrang zu den Mittelschulen ist sehr groß. Die Schülerzahl hat sich im Vergleich zu der Zeit nach dem ersten Kriege verdoppelt. Das würde eigentlich dem grundlegenden Gedanken „Mehr Gebildete, mehr höher Gebildete!“, wie ich ihn ausgeführt habe, durchaus entsprechen. Aber es entspricht doch nicht. Es würde nur dann entsprechen, wenn die wirklich begabten jungen Menschen die Mittelschule besuchten. Das trifft, wie ich dargelegt habe, nicht zu. Wo eine Mittelschule ist, machen die Eltern davon Gebrauch. In den Mittelschulorten ist der Prozentsatz nicht so, wie wir ihn in ganz Österreich im Durchschnitt haben, daß ungefähr 15 Prozent der Zehnjährigen eine Mittelschule besuchen, sondern in den Mittelschulstädten ist dieser Prozentsatz viel höher. Er macht in Wien 33 Prozent aus, das heißt, von den Zehnjährigen besuchen zwei die Hauptschule und einer die Mittelschule. Das ist in anderen Städten wahrscheinlich ganz genauso, wo eben Mittelschulen vorhanden sind. Ja man kann sogar Unterschiede in Wien erkennen: wo es mehr Mittelschulen gibt, wie zum Beispiel in den inneren Bezirken, also etwa im ersten, sechsten oder siebenten Bezirk oder im achten und auch im 18. Bezirk, besuchen, wenn ich das Verhältnis zwei zu eins zugrunde lege, viel mehr Zehnjährige, als

1994

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

diesem Verhältnis entspricht, die Mittelschule. Am schlechtesten ist es in Favoriten, und es ist in Floridsdorf nur deshalb etwas besser, weil dort ein Zuzug von auswärts kommt. Man sieht also: wo eine Mittelschule ist, macht man davon Gebrauch. Das bedeutet keinesfalls, daß wirklich alle begabten Kinder in die Mittelschule kommen. Aber es kommen auf diese Weise trotz Auslese Schüler in die Mittelschule, die nicht durchzuhalten vermögen, und darum haben wir in der dritten oder nach der dritten und nach der vierten Klasse der Mittelschule einen außerordentlich starken Abgang. Das ist nur darauf zurückzuführen, daß eben die Schüler nicht durchhalten, wenn ich auch annehme, daß es nicht lauter schlechte Schüler sind, die austreten, weil manche Eltern von vornherein der Ansicht sind: mein Sohn oder meine Tochter besucht nur die Untermittelschule, und dann treten sie aus.

Es ist also eine offene Frage und, wie mir scheint, eine Kernfrage: Wie machen wir es, daß wir vor allem begabte Kinder in die Mittelschule bringen? Die Mittelschule soll eben eine Schule für Begabungen sein, aber keine Exklusivschule, wie sie es seinerzeit einmal war. Wenn eine Mittelschule nur für einen kleinen Kreis von Familien und ihre Kinder von Bedeutung ist, dann muß sie anders aussehen als eine Mittelschule, die für alle Begabungen da ist. Vielleicht ist diese Exklusivstellung der Mittelschule, die ja zweifellos einmal bestanden hat, diese historische Stellung, eine Ursache der großen Schwierigkeiten, daß Reformen, die die Mittelschulen betreffen, so schwer durchzusetzen sind. Man sieht in manchen Kreisen die Mittelschule, ihre Typen, ihren Lehrplan als etwas Unantastbares an, als etwas, an dem man nicht rühren darf. So hat man ja auch im Jahre 1934, als man es konnte, mit größtem Vergnügen die Schmitz—Glöckelsche Reform des Jahres 1927 als „Revolutionsschutt“, als Liquidierung der Vergangenheit unmöglich gemacht.

Wenn man aber die Geschichte unserer Mittelschulen kennt, so weiß man, daß man auch in der Zeit der alten Donaumonarchie, also wahrhaftig in einer Zeit, die sich in vielen Stücken von unserer Zeit unterscheidet, gewisse Änderungen an den Mittelschulen durchführen mußte. Wenn ich zum Beispiel das Gymnasium heranziehe, so war es doch lange Zeit die einzige Mittelschule, die zur Hochschulreife führte. Aber das Gymnasium ist nicht das geblieben, was die Magna Charta des Gymnasiums aus dem Jahre 1849 festgesetzt hat, man mußte auch im Gymnasium Konzessionen an das praktische Leben machen, und man mußte vor allem realistische Stoffe aufnehmen. Heute — das ist ganz inter-

essant — beginnt das klassische Gymnasium, die Stätte des Lateinischen und des Griechischen, mit Englisch. Es geht also den Weg, zumindest im Untergymnasium eine moderne Fremdsprache zu lehren. Die Realschule jedoch, die das Institut der modernen, realistischen Lehrstoffe ist, begibt sich interessanterweise wieder auf den Weg der Klassik und des Humanismus. Wir haben heute eine große Anzahl von Latein-Realschulen, Realschulen, in denen man in der fünften Klasse anstatt mit Französisch, was einem modernen Typ entsprechen würde, mit Latein beginnt. Das ist für uns, die wir immer gefordert haben, Übertrittsmöglichkeiten von der Hauptschule in die fünfte Klasse Mittelschule zu schaffen, außerordentlich interessant. Diese Tatsache muß man sich merken. Man hat uns immer erklärt, es sei unmöglich, daß eine solche Übertrittsmöglichkeit geschaffen werde, eine solche Übertrittsmöglichkeit könne es nicht geben, weil man doch in den vier Jahren von der fünften bis zur achten Klasse nicht Latein zu lernen in der Lage sei. Die Latein-Realschule lehrt also in 16 Wochenstunden, aufgeteilt auf vier Jahre, in vier Jahren Latein. Ich hielte es schon für besser, wenn man die Möglichkeit des Erlernens zugestehen würde oder wenn man sich bei den künftigen Schulgesetzverhandlungen eine bessere Ausrede zurechtlegte.

Der dritte Typ der Mittelschule ist das Realgymnasium, eine Mischform, die sowohl klassische als auch realistische Bildungsmöglichkeiten enthält. Die Eltern geben dieser Type den Vorzug. Von 230 öffentlichen und privaten Mittelschulen in Österreich sind 131 Realgymnasien. Das ist also auch in gewisser Hinsicht eine sehr bedeutsame Meinungsäußerung der Eltern. Ich habe mich auch im Budgetausschuß dafür eingesetzt, daß man die einzige rein weibliche Type der Mittelschule, die Frauenoberschule, wenigstens im Lande Wien von den Mädchenrealgymnasien trenne, nicht nur, damit man sie stärker zu profilieren in der Lage ist, sondern wohl auch deswegen, weil Schulen mit nahezu 1000 Schülern, wie wir solche in Wien haben, von der Schulleitung schwer zu überblicken sind.

Aus der Entwicklung der verschiedenen Typen der Mittelschule sieht man also, daß es immer Veränderungen gegeben hat. Interessanterweise wird hier nivelliert, obwohl man uns immer vorwirft, daß wir die Nivellierer sind. Die Mittelschulen sind im großen und ganzen ja eine Institution aus konservativen Tagen. Hier wird nivelliert! Das Gymnasium muß man nivellieren, es muß eine moderne Fremdsprache dabei sein. Die

Realschule wird zu einer Latein-Realschule. Das ist doch ein aneinander Angleichen. Man sollte, wenn man also bemerkt oder erkennen kann, daß es immer Veränderungen gegeben hat, eine Reform der Mittelschule, die zeitentsprechend und zweckmäßig ist, nicht gleich als eine Revolution ansehen.

Die Reformen der Mittelschulen in der Vergangenheit standen unter demselben Gedanken, unter demetwa eine Reform der Mittelschule heute stehen würde, nämlich unter dem Gedanken, das geistige Gut zu vermitteln, das dem Abendlande seine Form, seine Prägung gegeben hat, ergänzt durch die Überlegung, daß man die Welt der abendländischen Kultur nur erhalten kann, wenn man imstande ist, sich in der modernen Welt zurechtzufinden und zu behaupten. Auf Grund dieser letzten Überlegung sind ja das 19. Jahrhundert hindurch die realistischen Stoffe in die Mittelschulen eingedrungen: die modernen Fremdsprachen. Wenn man heute zu unserer Mittelschule Stellung nimmt, dann kann man dies wohl auch nur unter dem Aspekt sehen: Überlieferung ja, Menschen bilden ja, aber Menschen, die dem Leben gewachsen sind! Das heißt also, Überlieferung und die Situation, wie sie heute ist, beachten.

Die Mittelschule ist eine allgemeinbildende Schule und soll es auch bleiben. Sie soll keiner Berufsausbildung etwas vorwegnehmen. Sie soll zu keiner Fachschule für alle Fächer werden. Vielleicht war ihre allzu starke Orientierung nach der Hochschule eine der Ursachen, daß die Mittelschule immer mehr Stoffe aufgenommen hat und daß wir heute wirklich von einer Stoffnot und von Schwierigkeiten infolge der Überlastung der Schüler sprechen können.

Ich möchte hier das Wort eines geachteten deutschen Pädagogen, des Professors Flittner zitieren, der sagt: Was die Hochschulen von den Studenten erwarten, das ist keinesfalls, daß irgendeiner Hochschulrichtung etwas vorweggenommen wird, sondern sie verlangen, daß sie geistig aufgeschlossene Menschen sind, die sachlich interessiert sind, sich geistig sammeln und selbständig arbeiten können. Ich glaube, wenn wir dieses kluge Urteil beachten, so wird es uns ein Wegweiser sein, um endlich der Fülle der Stoffe an den Mittelschulen an den Leib zu rücken. Ich glaube, daß alle gutgemeinten Bemühungen, von denen wir ja in Form von verschieden geprägten Ausdrücken, von Schlagworten oft und öfter gehört haben, wie zum Beispiel vom „Mut zur Lücke“ und vom „Sichten und Lichten“, daß alle diese Empfehlungen keine Wirkung gehabt haben und wahrscheinlich auch in nächster Zeit keine Wirkung haben werden.

Aber für uns muß eine der Leitlinien sein: Weg mit der Überlastung! Und ein Übelstand, der auch zur Überlastung führt, ist die große Zahl der Unterrichtsfächer an den Mittelschulen. Es wird oft eine Sache zweimal behandelt. Wenn ich ein Beispiel heranziehe: In der philosophischen Propädeutik wird Psychologie durchgenommen. Wer Psychologie lernt, muß den Bau des Gehirns und des Nervensystems kennen. Wer Somatologie studiert, wird es auch lernen. Aber in der Psychologie wird es am Anfang stehen, in der Somatologie aber wahrscheinlich weit hinten. Merkt aber der Professor für Psychologie, daß dieses Kapitel noch nicht durchgenommen ist, dann muß er es separat durchnehmen, das heißt, es wird etwas zweimal behandelt. Genauso ist es bei anderen Stoffen, sagen wir bei Geschichte und Geographie. Man kann die Geschichte eines Gebietes nur behandeln, wenn man auch die geographische Grundlage kennt, und hier überschneidet sich vieles.

Es ist darum seit langem die Forderung ausgesprochen worden, auch bei uns in Österreich, man solle doch in den letzten Klassen, also in der siebenten und achten Klasse, oder, wenn wir neun hätten, in der achten und neunten, manche Fächer zusammenlegen und unterscheiden zwischen Kernfächern, die bleiben, und Kursfächern, die man zusammenlegt. Die deutschen Kultusminister haben sich auf ihrer Konferenz dafür entschieden, eine solche Zusammenlegung in Kursfächer vorzunehmen. Sie wollen Geographie, Geschichte und Sozialkunde, wie sie einen ihrer Unterrichtsgegenstände nennen, zusammenlegen und kommen dadurch, auch durch Zusammenlegung anderer Fächer, von 13 auf 9 Fächer. Ich bin der Meinung, daß das eine ganz gute Reform wäre und einem alten lateinischen Spruch entsprechen würde: multum non multa.

Solche Vorschläge ließen sich erproben. Ich verstehe nicht, warum man von dem Gedanken, an österreichischen Mittelschulen verschiedene neue Wege zu erproben, bisher eigentlich gar keinen Gebrauch gemacht hat. Man könnte erproben, man könnte Erfahrungen sammeln und hätte dann eine sachliche Grundlage für Reformen.

Nun einige Bemerkungen über die Mittelschultypen. Ich muß noch einmal feststellen, daß die Zahl der Mittelschüler gewachsen ist und daß es in der heutigen industriellen Gesellschaft wichtig ist, daß es so bleibt. Allerdings muß ich hinzufügen, daß es notwendig ist, alle wirklich begabten Kinder der Mittelschule zuzuführen. Wenn man dem zustimmt, dann muß man sich wohl für eine einheitliche Gestaltung der Mittelstufe, das ist

1996

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

also die Untermittelschule und die Hauptschule, aussprechen. Mit anderen Worten, man muß einen Weg schaffen, womit die Reformen des Jahres 1927 in irgendeiner Weise wieder realisiert, wieder hergestellt werden, jene Reformen, die man 1934 zerstört hat. Der Herr Unterrichtsminister hat ja selbst einmal gemeint, man solle in den Hauptschulen, und zwar in den dritten und vierten Klassen, Latein als Freizeigenstand einführen. Ich muß allerdings sagen, daß ich aus meiner Erfahrung diese Ansicht nicht für realisierbar halte. Es zeigt aber, daß sich der Herr Minister auch mit diesen Problemen beschäftigt hat und ihre Lösung als notwendig erachtet. Wenn man nach dem zehnten Lebensjahr erkennt, welche Schüler begabt sind, dann kann man wohl vor dem 14. Lebensjahr die Begabungsrichtungen nicht erkennen, und darauf stützt sich die Überlegung, man solle die Obermittelschule differenzieren und stärker profilieren, als sie heute profiliert ist.

Es scheint mir richtig, wenn man über die Typen der Mittelschule spricht, daß man an die bestehenden Typen anknüpft. Ich habe mich dafür ausgesprochen, daß ich für eine Verlängerung der Mittelschule um ein Jahr bin. Die Obermittelschule hätte dann fünf Jahrgänge, die gesamte Mittelschule würde neun Jahrgänge haben, neun Jahre dauern, so wie es im gesamten Westdeutschland schon lange der Fall ist.

Die Differenzierung der Mittelschule in verschiedene Typen wird vor allem davon abhängen, welche Erfahrungen man mit den alten Typen gemacht hat, sie wird davon abhängen, welche Notwendigkeiten die heutige Zeit präsentiert, und schließlich auch von der gewachsenen Schülerzahl.

Wenn ich gleich mit dem letzten beginne, so muß ich sagen: Früher war die Mittelschule für einen kleinen Kreis da. Heute ist der Kreis größer, und in einem größeren Kreis gibt es natürlich viel mehr verschiedene Begabungen, viel mehr verschiedene Arbeitstypen und viel mehr verschiedene psychologische Typen. Wenn man will, daß die Mittelschule wirklich erfolgreich besucht wird, dann muß man darauf achthalten, denn man muß vor allem die Schüler in Schulen schicken, in denen sie innerlich an der Arbeit Anteil nehmen. Wenn sie Anteil nehmen, dann kann man ihren Arbeitswillen erwecken. Hier muß Rücksicht genommen werden. Die Mittelschule ist schließlich auch eine Institution der Gesellschaft und muß auf die Notwendigkeiten, die von der Gesellschaft ausgesprochen werden als Notwendigkeiten der heutigen Zeit, äußerst achthalten. Eine Schule, die die Zeit nicht beachtet, würde zu dem werden, was einmal

der berühmte deutsche Psychologe Kretschmer von der seinerzeitigen höheren Schule Deutschlands festgestellt hat, als er sagte, sie sei eine Schule der Studienräte für Studienräte. Wir wollen nicht, daß unsere Mittelschule diesen Weg einschlägt.

Ich will mich nun mit den einzelnen Typen der Mittelschule befassen. Wenn ich das Gymnasium hernehme, so liegt es mir fern, gegen den Sinn und Wert der humanistischen Bildung aufzutreten. Es liegt mir fern, und ich bedauere, daß dies der Herr Abgeordnete Weiß nicht hört, der ja der Meinung ist, wir wollen nur Spezialisten produzieren, so wie man etwa eingedoste Früchte, Schuhe oder irgendeine andere Sache produziert. Ich unterstreiche: Ich spreche mich — und hier vertrete ich die Ansicht meiner Parteifreunde — keinesfalls gegen den Sinn und Wert der humanistischen Bildung aus. Wenn wir die klassischen Gehalte in unserem Leben nicht besäßen, so wäre das ohne Zweifel ein großer Verlust. Eine Schule, die für das Leben bildet, kann wohl der Überlieferung dienen —, natürlich —, aber sie darf die Beziehungen zur modernen Welt nicht vernachlässigen. Bestimmte Bildungsgüter sind unbedingt notwendig, wenn sich der Mensch in der heutigen Zeit zurechtfinden will. Dazu gehört die ausreichende Kenntnis einer modernen Fremdsprache. Ob dies nun Englisch, Französisch, eine andere romanische Sprache oder eine slawische Sprache ist, ist im Grunde gleichgültig, sie haben alle ihren großen, ihren bedeutenden Wert. Das heutige Gymnasium lehrt Englisch nur in den vier Unterklassen. Es ist wohl Englisch nichtobligater Gegenstand mit ganz wenigen Wochenstunden im Obergymnasium, aber jeder, der eine Mittelschule besucht hat, weiß, daß ein nichtobligater Gegenstand nicht viel bedeutet. Ich bin also der Meinung, daß man — und das könnte man, wenn die Mittelschule neun Jahre dauerte — auch im Obergymnasium eine lebende Fremdsprache in ausreichender Stundenzahl betreiben muß, und zwar bis zur letzten Klasse.

Bei der Typengliederung der Mittelschulen dürfen weder die Überlieferung noch die heutige Zeit und ihre besonderen Notwendigkeiten vernachlässigt werden. Wenn die Überlieferung den zentralen Teil bildet, dann dürfen die Beziehungen zur modernen Welt nicht fehlen, wenn man auch diese Gehalte, wie man sich heute pädagogisch ausdrückt, nur exemplarisch behandelt. Umgekehrt: Wenn man der modernen Welt dient, dann muß die Überlieferung in diesem Sinne behandelt werden. Exemplarisch, das heißt eigentlich, mit einem Minimum von Lehrstoff muß ein Maximum an Bildung erreicht werden. Das ist eine alte pädagogische Weisheit, aber in den heutigen Tagen

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

1997

wird sie ganz besonders unterstrichen. Es ist ja immer so: Was man schon vor tausend Jahren gedacht hat, wird manchmal tausend Jahre später als eine großartige Entdeckung gepriesen. Es geht bei dieser exemplarischen Behandlung darum, daß man nicht systematisch einen Wissensstoff lehrt, sondern daß man gewisse Stoffe mit einem großen Bildungseffekt heraussucht, die man gewissermaßen als geistige Modelle verwenden kann.

Der Schultyp, der dem modernen Leben zugewandter ist und der die Überlieferung exemplarisch behandelt, wenn ich mich dieses Ausdrucks bediene, wäre unsere Realschule, falls sie wirklich eine Realschule ist und nicht zu einer Latein-Realschule geworden ist. Ich habe mir das Gutachten des deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen genau durchgelesen und bin der Meinung, daß man bei Gesprächen über eine neue Organisation unseres Schulwesens auch diese Überlegungen heranziehen soll. Sie kennen außer der Mittelschule, die ungefähr unserem Gymnasium entspricht, einen naturwissenschaftlichen Typ, einen neusprachigen Typ und einen musischen Typ. Man sieht schon aus der Bezeichnung, welche Wissensstoffe den zentralen Teil in diesen verschiedenen Typen einnehmen. Ich bin nicht der Meinung, daß man hier kopieren soll, aber jede gute Anregung ist wertvoll, und man soll von ihr Gebrauch machen.

Ein Problem der Mittelschule und jedenfalls auch vieler anderer Schulen ist die Tatsache, daß alles, was geschieht, auf Prüfungen und auf Zensuren ausgerichtet ist. Ich bin überzeugt, daß das natürlich in einem gewissen Maße notwendig ist, ich frage mich aber, ob es zweckentsprechend ist, dies in dem bestehenden Umfang zu tun. Wenn man hier eine Änderung herbeiführen könnte, wäre das für die Schule viel wertvoller, denn ich halte für das Wertvollste in einer Schule eine Unterrichtsstunde, in der Lehrer und Schüler miteinander zusammenarbeiten und die Schüler in einer fröhlichen Zusammenarbeit neue Lehrstoffe aufzunehmen in der Lage sind.

Ich habe meinen Ausführungen den Grundsatz zugrunde gelegt, daß wir den Notwendigkeiten der heutigen industriellen Gesellschaft Rechnung tragen müssen. Es soll nicht nur die Bildungshöhe aller arbeitenden Menschen größer werden, sondern wir brauchen auch eine viel größere Zahl höchstgebildeter Menschen. Und nun schließe ich daran folgende Betrachtung.

Es treten viele Schüler in die Mittelschule ein, und es maturieren wenige. Das ist eine erschreckende Tatsache. Schließlich ist doch die

Mittelschule auf die Reifeprüfung hin eingerichtet. Eltern, die die Absicht haben, ihre Kinder nur vier Jahre in die Mittelschule zu schicken, muß man davon abraten, dies zu tun, dafür haben wir die Hauptschule. Bei einer richtigen Auslese, wenn also wirklich alle begabten Schüler, die auch finanziell durchhalten können, weil die Gemeinschaft etwas für sie tut, die Mittelschule besuchen, müßte es doch möglich sein, daß eine größere Zahl maturiert. Vielleicht könnte man manche Schwierigkeiten verhindern, wenn man mit mehr Sorgsamkeit und Behutsamkeit in den Mittelschulen selbst zu Werke ginge, aber da finde ich mich ja schon auf dem Gebiete der Mittelschulpädagogik.

Es wäre ein sehr großer Fortschritt, wenn man den Mittelschullehrern Gelegenheit gäbe, an den Universitäten in größerem Umfange und in größerer Tiefe pädagogische Kenntnisse zu erwerben. Es wäre wirklich sehr vorteilhaft, wenn zu der guten wissenschaftlichen Ausbildung auch eine ausgezeichnete Ergänzung durch eine ebenfalls gute pädagogische Ausbildung erfolgte. Das ist auch aus einem anderen Grunde sehr notwendig. Wir wissen ja, daß die Mittelschullehrer heute mehr in die Lage kommen, die Eltern zu vertreten, also zu erziehen, Ratschläge zu geben und Berater der Jugend zu sein.

Wenn ich mich nun den technischen, gewerblichen und kaufmännischen Lehranstalten zuwende, so muß ich sagen: Diese Lehranstalten haben einen sehr engen Kontakt mit der Wirtschaft, und das kommt diesen Anstalten zugute. Mir scheint es nur wichtig, daß man bestimmte allgemeinbildende Stoffe nicht vernachlässigt. Es geschieht, aber ich kann mir kein Urteil anmaßen — vielleicht wird dies in einiger Zeit möglich sein —, ob dies wirklich in ausreichendem Maße geschieht. Gerade der Ingenieur weiß, wie die Technik das Leben erleichtern kann, aber er weiß auch, daß Auschwitz und Hiroshima ein Erfolg der technischen Präzision gewesen sind. Der Techniker muß ein Körner in seinem Fach sein und ein Mensch, der sich seiner Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft bewußt ist. Daher muß man nicht nur den allgemeinbildenden Stoffen das größte Augenmerk zuwenden, sondern auch der Erziehung und Charakterbildung. Die Werte, zu denen wir erziehen, sind schließlich die Motive des Handelns, des Handelns für jeden Menschen, auch für den Techniker.

Wenn nunmehr, wie ich erfahren habe, die Mittel bereitgestellt werden, um technische Schulen, die in einem sehr unwürdigen Haus untergebracht sind, zum Beispiel das Technologische Gewerbemuseum, in ein besseres, neues Haus zu bringen, dann, muß ich sagen, wäre das auch ein außerordentlicher Erfolg,

1998

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

und es würde uns das Haus in der Währingerstraße wirklich nicht abgehen, ein Haus, bei dessen Betrachtung man sich immer denken muß: hier ist eine technische Schule drin, die von Ausländern besucht wird, die dieses elende Gebäude, das nicht wert ist, daß man es eine Baracke nennt, sehen müssen. Man darf aber, wenn man baut und wenn man neue Stätten schafft, nicht vergessen, daß wir mehr Bildungsplätze, mehr Arbeitsplätze für Techniker brauchen, denn es ist doch so, daß immer eine große Anzahl die Aufnahmsprüfung besteht und dann eben nur ein begrenzter Teil, ein begrenzter Anteil in diese technische Schule kommt, während die Industrie nach Technikern sucht.

Wenn ich nun zu der Organisation der berufsbildenden Schulen einiges bemerke, dann möchte ich folgendes sagen. Wenn es nur halbwegs möglich ist, soll man die Type der berufsbildenden Schulen verwenden, die die Berufsausbildung begleitet, die also drei Jahre dauert, und man soll die lehrgangsweise Behandlung nur als einen Notbehelf ansehen. Ich habe mir mitteilen lassen, daß manche Bundesländer auf diese lehrgangsweise Behandlung, den Stoff, den man sonst in viel längerer Zeit aufzunehmen hat, in sechs, sieben Wochen zu vermitteln, geradezu versessen sind. So wie man Nahrung nur in einem begrenzten Umfang aufnehmen kann, so kann man auch geistige Nahrung nur in dem Umfang aufnehmen, in dem es möglich ist, sie zu verdauen.

Die Berufsausbildung in den Lehrwerkstätten wird im allgemeinen von gut ausgebildeten Meistern und Gesellen geführt. Aber, meine Frauen und Herren, warum denkt man nicht daran, daß man den Meister, der dort junge Menschen ausbildet, auch ein wenig pädagogisch schult? Die Lehrlinge haben es viel schwerer als alle anderen jungen Menschen, die eine weiterführende Schule besuchen. In der weiterführenden Schule nimmt man auf ihre Jugend Rücksicht. Sie werden betreut, sie werden erzogen, man richtet die Arbeit so ein, daß sie mitkommen können, man hilft ihnen. In einer Werkstatt, in der ein junger Mensch lernt, muß er sich einer Welt fügen, die nicht seine Welt ist. Es ist die Welt der Erwachsenen, mit ihren Ansichten, mit ihren Ordnungen, und hier fügt er sich entweder ein oder er wird scheitern. Man soll den jungen Menschen den Weg ins Leben doch nicht allzu schwierig machen, und ich bin überzeugt, wenn man wollte, könnte man hier die Lage eines Lehrlings ganz wesentlich verbessern.

Meine Frauen und Herren! Ich habe mich in früheren Jahren immer wieder bemüht, in der Frage der Pflichtschullehrerbildung den

verehrten Koalitionspartner zu jener Ansicht zu bringen, die seine Parteifreunde in Westdeutschland einnehmen und verteidigen. Mein Bemühen war bisher vergeblich — ein großer Aufwand schmählich ward vertan. Ich will nicht weiter darüber reden. Ich möchte aber auf einen Rundfunkvortrag verweisen, den der Universitätsprofessor Dr. Richard Schwarz hielt, der Ihnen ja nicht unbekannt ist, der Ordinarius für Pädagogik an der Wiener Universität ist und der ausführte: „Auch der Lehrer sollte das Maturazeugnis einer grundständigen Mittelschule als Voraussetzung für ein viersemestriges Studium an einer Akademie für Lehrerbildung erwerben“.

Diese Ansicht ist unserer Forderung ziemlich ähnlich. Ich hoffe, daß das, was anderswo möglich ist, bei uns nicht wieder als ein gefährliches Experiment gilt. Sollte man etwa damit operieren, daß man sagt: Aber dort in Deutschland haben sie wenig Lehrer, so muß ich dazu sagen: Wir ja auch! Die Ursache ist eine ganz andere, und man kann den Lehrermangel beheben, wenn man den Lehrberuf etwas anziehender macht, wenn man in entlegenen Dörfern den Lehrern eine ordentliche Wohnung gibt. Man gibt ja für verschiedene andere Sachen Zulagen, warum sollte nicht eine Erschwerniszulage für die Arbeit in einem entlegenen Dorfe für einen Lehrer gegeben werden?

Und nun ein Wort zu den Privatschulen. In Österreich ist die Staatsschule Tradition, aber nicht das staatliche Schulmonopol. Die Gründung von Privatschulen fußt auf gesetzlicher Grundlage, und ich bin der Meinung, daß es auch weiterhin so bleiben soll. Die katholische Kirche, die viele Privatschulen erhält, hat eine Reihe von Anliegen an die Schulgesetzgebung, und ich bin der Meinung, daß bei gegenseitigem Verständnis auch dieses Problem gelöst werden kann, nämlich das Problem, in dem sie ihre Interessen sieht, genauso wie wir das Problem der finanziellen Wiedergutmachung, die Angelegenheiten des Religionsfonds, die Salzburger Frage und die burgenländische Frage gelöst haben. Wir haben damals die Notwendigkeiten der Kirche beachtet, und ich nehme an, wenn wir ihre Sorgen beachten, so wird sie auch unsere Sorgen, die Sorgen des Staates, beachten. Schließlich, in einer Demokratie muß man sich bemühen, und in keiner Staatsform kann man das mehr als in der Demokratie, daß man den Notwendigkeiten der Zeit Rechnung trägt. Das ist schließlich etwas, das jeder, der die Demokratie liebt und erhalten will, beachten muß.

In der Frage der Schulaufsicht möchte ich nur noch zwei Sätze sagen, denn hier sind

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

1999

wir ja, wenn sich nicht die Ansicht unseres Koalitionspartners geändert hat, einig. Wir wollen, daß, wenn wir Schulkörperschaften errichten, es solche Schulkörperschaften sein sollen, die der Schulaufsicht, die ja Sache des Bundes ist, entsprechen. Also die bewährten Körperschaften der Vergangenheit, die wir nur etwas demokratisch gestalten müssen, wie es ja in den verschiedenen Verhandlungen von beiden Seiten ausgesprochen wurde.

Meine Frauen und Herren! Der Herr Abgeordnete Mahnert hat darauf verwiesen, daß unsere Schulgesetze, die wir handhaben, gar nicht in Kraft sind. Das stimmt. Wir gebrauchen die Schul- und Unterrichtsordnung, und wir wissen, daß das Gesetz, auf das sich die Schul- und Unterrichtsordnung stützt, nicht in Kraft ist. Das heißt, die Schulverwaltung verwendet ein Gesetz, das nicht besteht, und verwendet eine Verordnung, die sich auf ein Gesetz stützt, das nicht existiert.

In vierzehn Tagen werden wir eine Festsetzung im österreichischen Parlament zur Erinnerung an die erste Sitzung des neugewählten Nationalrates nach dem zweiten Kriege abhalten. Man wird Vergleiche ziehen, wie es damals war und wie es heute ist. Man wird auf große gesetzgeberische Leistungen hinweisen, und durchaus mit Recht. Man kann sich dieser Leistungen rühmen. Nur auf einem Gebiete ist eben im Kern nichts geschehen: das ist das Schulwesen. Aber schon damals wurde uns Lehrern, die wir dem neugewählten Nationalrat angehörten, gesagt, daß eine große Aufgabe unser harre, nämlich neue Schulgesetze zu schaffen. Sie sind bisher nicht zustandegekommen, und wir manipulieren mit Gesetzen und Verordnungen, die nicht bestehen. Daß eine solche Situation zu Schwierigkeiten Anlaß gibt, beweist ja die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vom Juni dieses Jahres, und daß solche Schwierigkeiten im höheren Umfange und in größerem Ausmaße passieren können, ist jederzeit möglich. Das allein wäre auch meiner Meinung nach Anlaß genug, alles zu unternehmen, daß das Rechtsgebiet Schule in Ordnung kommt.

Man wird naturgemäß fragen — der Herr Abgeordnete Mahnert hat auch gefragt —, warum es denn zu keiner schulgesetzlichen Regelung gekommen ist. Ich bin überzeugt, daß viele auf Ihrer Seite antworten werden: Die Sozialisten sind schuld, weil sie unverschämte Forderungen stellen.

Meine Frauen und Herren! Ich habe an allen diesen Verhandlungen teilgenommen und ich möchte nur darauf verweisen, daß wir nichts Unbilliges gefordert haben, daß wir Forderungen gestellt haben, die in einer

großen Anzahl von europäischen Staaten bereits durchgeführt worden sind. Wenn ich zum Beispiel an die schwierige Sache mit der Lehrerbildung denke, so ist doch unsere Forderung nach einer viersemestrigen hochschulmäßigen Ausbildung im größten Teil Deutschlands schon nach dem ersten Weltkriege geschaffen worden; in Süddeutschland nicht, aber in ganz Preußen und in den mitteldeutschen und norddeutschen Staaten. (Abg. Dr. Piffl-Perčević: *Auf nach Preußen!*) Das ist ein sehr billiger Zwischenruf: „Auf nach Preußen!“ Aber, Herr Kollege, Sie gehören dem Parlament erst kurze Zeit an. Wenn Sie vielleicht länger hier sind, dann werden Sie solche Zwischenrufe nicht mehr machen, denn es ist nicht üblich, daß man jemanden, der sachlich redet, diskriminiert, Herr Abgeordneter. (Zustimmung bei den Sozialisten.)

Was vor vier Jahrzehnten dort selbstverständlich war, möchten wir gerne bei uns haben. Vor vierzig Jahren war es aber dort schon selbstverständlich. Heute ist man in Gesamtdeutschland längst darüber hinausgekommen. (Abg. Lola Solar: *Österreich hat immer das bessere Schulwesen gehabt!*) Das ist auch ein Urteil, das wir uns anmaßen. In gewisser Hinsicht vielleicht besser, ich könnte das ausführen, aber ich will Sie nicht herausfordern. (Abg. Lola Solar: *Das ist anerkannt!*) Heute hat man in Deutschland diesen Standpunkt der Zeit nach dem ersten Kriege längst überholt. Man ist für eine sechssemestrige pädagogische Hochschule. Ich habe mir eine Reihe solcher Hochschulen angesehen, und ich muß sagen, daß jemand, der sie sieht, nur ein gutes Urteil darüber haben kann.

Einmal, meine Frauen und Herren, standen wir doch schon vor der Einigung über das Problem der Lehrerbildung. Der Herr Bundeskanzler Raab war durchaus dafür, daß man einige Institute schafft, pädagogische Akademien, wie man sie damals nannte, und er rechnete sich aus, als einer, der nicht nur heute, sondern auch damals zum Sparen ermahnte, wieviel weniger solcher Institute man brauche als Lehrerbildungsanstalten. Natürlich hätte man dafür sorgen müssen, daß St. Pölten ein solches Institut bekommt. (Heiterkeit bei den Sozialisten. — Abg. Lola Solar: *Da wir keine Landeshauptstadt haben in Niederösterreich!*) Ich habe gar nichts dagegen. Und nun hatte der Herr Unterrichtsminister, damals war es Dr. Kolb, den Auftrag erhalten, bei den Landesregierungen nachzufragen, wo sie die Standorte dieser künftigen Akademien wünschen. Der Herr Bundesminister Kolb hat die Anfrage sehr stark modifiziert. Er hat nämlich bei den Landesregierungen nicht angefragt, wo sie die Standpunkte wünschen,

2000

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

sondern ob sie es wünschen, daß an Stelle der Lehrerbildungsanstalten solche Akademien treten. Und das Ergebnis war — das konnte man leicht organisieren —, daß sieben Länder mit Nein antworteten. Auf dem Wege, meine Frauen und Herren, gibt es keine Erreichung eines vernünftigen Ziels. Meiner Ansicht nach müßte es das Bestreben eines Ministers sein, in seinem Ressort auf der Höhe der Zeit zu stehen, und wenn er nicht dort steht, alles daranzusetzen, daß er auf diese Höhe der Zeit kommt.

Wir werden wieder verhandeln, und wir werden wieder zu diesen Schwierigkeiten kommen. Ich muß sagen, ich versteh die Ansicht verschiedener Kreise der Volkspartei — ich will nicht von der ganzen sprechen — über diese Fragen nicht. Man kann doch nicht immer zu einer Sache, nämlich der höheren Form der Lehrerbildung, nein sagen, weil man glaubt, die Bewahrung des Alten brächte gewisse Vorteile. Das scheint mir unbrauchbar zu sein als ein Argument, das man anwendet, um etwas abzulehnen. Man sollte an neue Verhandlungen ohne Vorbehalte herantreten. Natürlich spielen diese Schulprobleme auch eine Rolle bei verschiedenen anderen Gemeinschaften, zum Beispiel bei den Religionsgemeinschaften. Das wollen wir Sozialisten keineswegs übersehen. Wenn man aber ernstlich will, daß es zu einer Lösung kommt, dann verstehe ich wieder nicht, warum man uns Sozialisten manchmal in den katholischen Kreisen schlecht zu machen versucht. (Abg. Dr. Prader: Sie lehnen ja das ab!)

Ich versteh nicht, wie der Herr Bundesminister Dr. Bock, von dem ich meine, daß er an einem guten Ausgang der Verhandlungen interessiert ist, in einem Aufsatz der Zeitschrift „Unsere Schule“ davon schreiben kann, mit der Lösung der vermögensrechtlichen Fragen sei „die erste Bresche in jene Bastion“ — in die Bastion! — „geschlagen worden, die die Sozialistische Partei Österreichs seit 1945 gegen Religion und Kirche errichtet hat.“ (Abg. Dr. Prader: Sie sind gegen die Subventionierung!) Das ist ein Anachronismus. Hier irrt der Herr Minister! Wir haben keine Bastion errichtet, sondern wir haben alles getan, um diese Bastion abzutragen. (Abg. Dr. Piffl-Perčević: Also doch!) Ich habe an den Verhandlungen über die vermögensrechtlichen Fragen teilgenommen. Es gab weder Schläge noch Geschlagene. Es gab vernünftige, ruhige Gespräche, keinen Ärger und keine Aufregung, und dies alles in einer Zeit, in der die Wahlen bevorstanden, im zeitigen Frühjahr des vorigen Jahres. (Abg. Dr. Prader: Eben deswegen!) Nicht deswegen, Herr Kollege! Provisorisch ist es am 18. Dezember 1958 beschlossen worden. Sie sollten

mehr Parlamentsgeschichte lernen. Ich frage mich also: Wozu denn diese unfreundliche Art, uns zu diffamieren? Wozu dieser ganze Zauber? (Abg. Pölzer: Propaganda!) Soll vielleicht das die Ouvertüre zu den Schulverhandlungen sein? Ich finde immer wieder bestätigt, was andere auch schon bestätigt gefunden haben, nämlich das, daß mit Klerikalen viel schwieriger zu verhandeln ist als mit Klerikern. (Zustimmung bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das ist ein Witz! — Abg. Dr. Hurdes: Ein alter Witz!) Aber sehr wahr. (Abg. Dr. Hurdes: Ein alter Witz! — Abg. Mark: Er ist vom Seipel, der „alte Witz“!) Aber sehr wahr. Ich habe auch gesagt, daß es andere auch schon so gefunden haben. (Abg. Lola Solar: Wer sind die Klerikalen? — Ruf bei der SPÖ: Wer sich betroffen fühlt! — Abg. Dr. Prader: Das war sehr billig! Das war genauso billig wie die „15 Jahre Kulturpleite“!) Der Kirche wird mit solchen Methoden kein Dienst geleistet. Eine freie, parteipolitisch unabhängige Kirche hat es leichter in einem Staat.

Meine Frauen und Herren! Niemals wären in der Zweiten Republik die Vereinbarungen und Gesetze zustandegekommen, die religiöse und kirchliche Probleme regeln, wenn die alten politischen Bindungen der Kirche so bestanden hätten wie in der Ersten Republik. (Abg. Hartl: Und wenn das Programm der Sozialisten 1958 nicht abgeändert worden wäre!) Wir haben aber schon nach 1945 neben dem Gesetze eine Reihe von Vereinbarungen abgeschlossen. (Abg. Dr. Winter: Ist das ein Vorwurf? Ist das eine Anklage? — Abg. Hartl: Nein, das ist keine Anklage! Ihr seid besser geworden! Vom Marx seid ihr abgerückt! — Abg. Lola Solar: Das ist eine Tatsache! — Ruf bei der ÖVP: Ihr seid von euren alten Grundsätzen abgegangen!) Herr Kollege! Lassen Sie das unsere Sorge sein. (Abg. Mark: Wollen wir festhalten, daß wir „besser geworden“ sind!) Daß es sich geändert hat, ist ein Gewinn, ein Plus, ein Plus auch bei den Schulverhandlungen. Wir setzen auf dieses Plus viele unserer Hoffnungen.

Meine Frauen und Herren! Es wird nun das fünfte Mal sein, daß wir zu Verhandlungen zusammenetreten. Dreimal haben wir bisher in Komitees und einmal haben einzelne Persönlichkeiten verhandelt. Jede vorangegangene und abgebrochene Verhandlung verzögert den Beginn und die Aufnahme neuer Verhandlungen. Man kann nicht Verhandlungen beginnen, ein bißchen verhandeln und dann einer schwierigen Sache die Schuld zuschieben, daß man wieder auseinandergeht. Sollte dies mal wieder kein Ergebnis dabei herauskommen, dann bin ich sehr skeptisch in der Hinsicht, daß es vielleicht noch einmal zu Gesprächen kom-

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

2001

men könnte. Dann schiene es mir fast nutzlos, weitere Gespräche zu führen. Wir müssen darum eine Lösung suchen, und zwar müssen wir mit ernstem Willen an diese Arbeit herantreten. (*Abg. Lola Solar: Das tun wir immer!*) Die Verhandlungen sollen nicht mit Propaganda (*Abg. Dr. Prader: Das Plakat! — Abg. Lola Solar: Ganz üble Propaganda!*), wie ich sie aus der Zeitung „*Unsere Schule*“ zitiert habe, nicht mit dem „*Breschenschlagen*“ begonnen werden, sondern sie sollen dem Staate, der Jugend und dem Ansehen der Demokratie dienen.

Ich kann für meine Partei erklären, daß wir von diesem Ernst erfüllt sind und daß wir Verhandlungen für aussichtsreich halten, wenn wir, so wie es der Herr Bundesminister gesagt hat, sachliche Erwägungen anstellen. (*Abg. Doktor Piffl-Perčević: Auch auf den Plakaten!*)

Unsere Kinder, die durch besondere Umstände in dieser Zeit anders sind als etwa die Kinder früherer Generationen, gehen schließlich in eine Zukunft, von der man nicht weiß, wie sie sich entwickeln wird, ob die Entwicklung zum Frieden führt oder zum Untergang. Wir wissen nicht, welchen Weg die befreiten Kontinente einschlagen werden. Unsere Zeit kann ebensogut eine Endzeit sein, wie sie der Anfang einer neueren, besseren Zeit, eines besseren Zeitalters sein kann. Und gerade in einer solchen Zeit bedarf die Jugend der sorgsamsten Ausbildung und Bildung. Darum muß das Schulproblem das Problem Nummer eins sein.

Wir haben lange gewartet! Es darf nicht länger gezögert werden. Darum: Gehen wir vorbehaltlos an die Arbeit! Orientieren wir uns an den erkennbaren Notwendigkeiten der Zeit und schaffen wir endlich für Österreich neue Schulgesetze! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Harwalik. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Harwalik: Hohes Haus! Wer von den Rednern in der Unterrichtsdebatte möchte nicht gern die vielen in den Jahren seit 1945 geführten Klagen endlich verstummen lassen und freundlichere und angenehmere Töne anschlagen.

Ich würde auch — Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, das können Sie mir glauben — nun lieber ruhig die Probleme der österreichischen Kulturpolitik besprechen, aber da hängt draußen im Lande ein Plakat, und Sie werden mir selbst zugestehen müssen, daß ein verantwortlicher Sprecher der Österreichischen Volkspartei an dieser Diffamierung nicht vorübergehen kann. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Sie haben sich, Herr Abgeordneter, über den

Zwischenruf eines Abgeordneten erregt. Ermessen Sie, was die Sozialistische Partei, unser Koalitionspartner, der Österreichischen Volkspartei und der Demokratie in diesem Staat mit diesem Plakat angetan hat.

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben“ — Sie kennen die Schlußfolgerung dieses klassischen Zitates. Ein Koalitionspartner sollte doch eigentlich mehr sein als ein politischer Nachbar. (*Abg. Dr. Neugebauer: Sie meinen einen bösen Nachbarn! — Heiterkeit.*) Daß wir von den verschiedenen Weltanschauungen her in der Politik wirken, das ist wesentlich typisch für eine Demokratie und gesund. Aber in einem, meine Damen und Herren der SPÖ, sind wir im Regierungssystem der Koalition gleichgeschaltet: in der Verantwortung für unsere gemeinsame Gesetzgebung und für die Vertretung vor dem Volke.

Ich hätte es für aufrichtiger gehalten, hätten Sie dieses Plakat mit seiner Lautstärke hier in den Ort der Meinungsausstragung hereingestellt, und hier hätten wir die politische Meinungsausstragung durchgeführt und nicht draußen einen Eindruck erweckt, von dem Sie heute hier gar nicht sprechen.

Unser Partner leidet hier anscheinend an einer politischen Bewußtseinsspaltung. Wie anders soll man sonst diesen Mobilisierungsbefehl gegen die Koalition verstehen: „15 Jahre ÖVP — 15 Jahre Kulturpleite“? Also nicht, meine Damen und Herren von der SPÖ: 15 Jahre ÖVP mit SPÖ. Sie selbst haben also hier die Koalition gebrochen, und das, glaube ich, hat am meisten gewogen, und jetzt sind Sie außerordentlich erregt, daß im Lande das Unbehagen auftritt. (*Abg. Dr. Neugebauer: Aber schuld ist doch der unbegreifliche Konservativismus!*) Dieses Kulturpleite-Plakat hat außerordentlich viel dazu beigetragen.

Ja, was sollten die Entgleisungen des Herrn Eisenbahnministers auf der BSA-Tagung in Graz mit dem Zauberstück: Aus drei mach sieben!? Da wurde der österreichischen Bevölkerung vorgeführt, daß in Deutschland auf 1000 Einwohner 7 Hochschüler kommen und bei uns 3, und das alles stimmt nicht. Darf ein verantwortlicher Minister so schlecht informiert vor ein akademisches Publikum treten und das in der Öffentlichkeit publik machen? Und, meine Damen und Herren, was sollen die Zeitungsaufmacher Franz Scheucher, „*Neue Zeit*“: „Ist Österreich überhaupt noch ein Kulturstaat?“

Das ist die Ausgangsposition und -situation für unsere heutigen Gespräche — leider —, und nicht die, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, die Ihnen vielleicht selbst sympathischer ist und mir auch. (*Abg. Rosa Rück: Wenn es bei jedem Kapitel so wäre! — Abg. Konir: Die*

2002

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

„Rote Katze“ war unsere Erfindung? — Abg. Dr. Hurdes: Von der Verkehrsministeriumspleiteplakatieren wir auch nichts! — Abg. Konir: Sie hätten ein Recht dazu, sich zu beklagen, wenn Sie vorerst anders gehandelt hätten!) Wissen Sie, diesem Kulturanruf fehlt die innere Wahrhaftigkeit. (Abg. Konir: Wie oft haben Sie uns verleumdet? — Weitere Zwischenrufe.) Aber ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, ich lasse mich hier bestimmt nicht irre- und kirremachen. Ich sage Ihnen, daß diesem Kulturanruf die innere Wahrhaftigkeit fehlt, und ich habe noch keinen Minister der Sozialistischen Partei gesehen, der seinen Schilling opfernd auf den Altar der Kultur gelegt und erklärt hätte: Ich brauchte ihn zwar dringend selbst für mein Ressort, aber die Kultur geht mir voran. (Abg. Konir: Wie oft haben Sie uns verleumdet! — Abg. Lola Solar: Und Sie uns nicht? — Ruf bei der SPÖ: Und was war mit der „Roten Katze“?) Ich nehme Ihnen das nicht übel, aber, meine Damen und Herren, daß Sie in der Stille des Koalitionsausschusses dem Herrn Bundesminister für Unterricht vor wenigen Wochen eine 20prozentige Kürzung der Förderungskredite zugemutet haben, von denen er lebt, aber den Herrn Minister Waldbrunner davon ausgenommen haben, das ist eine Ge- sinnung, die wir lieber nicht auf ein Plakat geben wollen. (Abg. Mark: Wollen Sie Eisenbahnunglücke gegen Hochschulen eintauschen? — Abg. Dr. Prader: Das ist billig!) Nein, das ist gar keine Antwort darauf. (Abg. Dr. Witt- halm: Das war doch nicht der Beweggrund! — Abg. Mark: Freilich war das der Beweggrund: Sicherheit auf der Bahn! — Lebhafte Rufe und Gegenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Halten Sie das nicht für eine Übertreibung. Und Sie werden es mir auch innerlich bestätigen, wenn auch nicht nach außen. An diesem Kulturpleiteplakat hat sich die Frage entzündet: Koalition in diesem Staat oder nicht? (Abg. Dr. Neugebauer: Da war der Wunsch der Vater des Gedankens! — Ruf bei der ÖVP: Euer Wunsch! — Abg. Pölzer: Nur weil ihr „zornige junge Männer“ seid! — Heiterkeit. — Abg. Konir: Zornige Männer!) Sie ist so brüchig wie die Bindfäden, die diese Buchstaben auf dem Kulturpleite-Plakat zusammenbinden sollen. (Zwischenrufe.)

Und wer diese Frage: Koalition oder nicht? zu stellen gezwungen ist, das sind nicht die Gleichgewichtstheoretiker und Praktiker von 1959, sondern wir, die Österreichische Volks- partei, deren Koalitionstreue hundertfach unter Beweis gestellt ist, die ÖVP, die genau wußte — das war ihre weise Selbstbeschränkung, von der der Herr Abgeordnete Aigner sehr richtig gesprochen hat —, daß im Regierungssystem der Koalition die SPÖ ein-

malige Profite für sich hereinbringen wird im Doppelspiel der einnehmenden Regierungsstellen und der ausfälligen Opposition, zu der sie schließlich doch gar nicht legitimiert ist. (Abg. Sebinger: Klassenkampf in der Regierung, hat einmal jemand gesagt! — Abg. Mark: Das sollte ein Agrarier nicht sagen! — Abg. Dr. Hurdes: Das hat der Waldbrunner gesagt! Sollen wir die Stelle nachlesen? Das hat der Waldbrunner gesagt! — Abg. Hartl: Jetzt sind wir im Schulklassenkampf! — Heiterkeit. — Abg. Konir: In welcher Klasse sitzen Sie? — Abg. Hartl: In derselben Klasse wie Sie! Sie sitzen eine Klasse tiefer! — Abg. Konir: Wie geht das: in derselben und tiefer? Das geht schwer!)

Wir haben Dienstag bei der Behandlung der Regierungsvorlage über den Schulbautenfonds den räumlichen Notstand unserer Mittel- und Hochschulen noch einmal näher beleuchtet. (Lebhafte Rufe und Gegenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Ich trat dafür ein, dabei die Leistungen des Bundes auf dem Gebiet der Schulbautätigkeit nicht zu übersehen und über die sehr berechtigten Klagen, in die wir immer mit eingestimmt haben, auch einen gerechteren Maßstab für das Vollbrachte zu finden. Leider hat es die Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw darauf angelegt, diese Leistungen geflissentlich zu übersehen, sicher nur weil der Ressortminister der ÖVP angehört. Unseren Ministern kann man also anscheinend keine Leistung gönnen. Da ist alles pleite. Eine sehr handfeste Methode; ob sie demokratisch ist, bezweifle ich sehr. (Ruf bei der SPÖ: Eure Methode ist auch nicht demokratisch!)

Hören Sie nur hinein in die Bevölkerung! Jetzt ist das Unbehagen ausgebrochen. Will es uns wundernehmen, wenn besonders unsere Jugend sehr mißtrauisch ist, sich weiterhin mit „Koalin“ impfen zu lassen? Sie befürchtet nämlich den unheilbaren Rotlauf! (Abg. Doktor Neugebauer: Darauf geht es hinaus! — Zwischenruf der Abg. Dr. Stella Klein-Löw.) Ich werde Ihnen gleich die Antwort geben, Herr Dr. Neugebauer, worauf es hinausgeht. Mich können Sie in keiner Weise verdächtigen. Ich habe gemeinsam mit dem sozialistischen Redakteur Dr. Günther Nenning in der Zeitschrift „Der Aufbruch“ einen Aufsatz über die Koalition geschrieben, und dort habe ich den Satz geprägt — ich bitte ihn nachzulesen —: „Die Koalition war die Weisheit unserer Staatsführung“. Und ich bin mit meiner vollen Überzeugungskraft zu diesem Satz gestanden. (Abg. Konir: Ist deswegen der „Aufbruch“ eingestellt worden?) Nein, bestimmt nicht, aber die Entwicklung ist außerordentlich bedauerlich. Es zeichnet den

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

2003

steirischen Landeshauptmann Josef Krainer nur aus, wenn er als ein verantwortungsbewußter und ernster Politiker zu dieser Kardinalfrage der politischen Lage in Österreich Stellung nimmt. (Abg. Dr. Neugebauer: *Das ist der Älteste von den Zornigen!*) Ja, ja so macht man es! „Kulturpleite“, „Ist Österreich noch ein Kulturstaat?“, und der Herr Minister Waldbrunner darf Zauberstücke vorführen, und wenn wir dann reagieren, sind wir zornig und wenig demokratisch. Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, das ist für Sie zu billig! (Abg. Dr. Neugebauer: *Wir haben zu viele schlechte Erfahrungen gemacht!* — Abg. Hartl: *Wir sind an allem schuld! Selbstbezichtigung!* — Präsident Olah übernimmt den Vorsitz.)

Niemand wird leichtfertig die Zusammenarbeit in Österreich, die so viel Segensreiches geleistet hat, ich unterstreiche das, aufgeben. Niemand gebe aber auch Anlaß zu solchen Diskussionen, und das Kulturpleite-Plakat hat seinen Anteil daran. Mit wem immer wir gesprochen haben, jeder, ob Politiker oder Laie, fragt: Ist das noch Koalition? Wie könnten ihr denn gemeinsam in dieser Atmosphäre arbeiten?

Ich war sehr beeindruckt von dem, was der Herr Abgeordnete Aigner hier über die Zusammenarbeit gesagt hat, sehr beeindruckt, es hat sehr aufrichtig und ehrlich geklungen. Es war sicher positiv. (Abg. Pölzer: *Dieser Rede entsinnt sich niemand!*) Negativ geladen waren jene Köpfe in Ihrer Propagandazentrale, die dieses Plakat ausgeheckt haben. (Abg. Konir: *Wie viele Ihrer Plakate sollen wir Ihnen bringen?*) Das Kompromiß ist sicher ein sehr bedeutendes politisches Element der Demokratie. In der sogenannten gleichgewichtigen Koalition wird es aber zum letzten Ausweg, zur letzten Weisheit, nun bald zum Dogma. Die Demokratie verlangt sicher von den Parteien eine maßvolle Beschränkung der politischen Initiative, doch darf das doch nicht in eine gegenseitige Verhinderungspolitik münden! Ich bin auch für eine maßvolle Beschränkung der politischen Initiative, aber nicht für die Aufgabe eines Konzeptes, hinter dem die volle Überzeugungskraft einer Gesinnungsgemeinschaft steht. Das Gleichgewicht hat also die Demokratie nicht weitergebracht. Das ist die große Erkenntnis nach 1959.

Wir haben nach den leidvollen Erfahrungen der Ersten Republik die Kultivierung der politischen Begegnung aufrichtig begrüßt, aber langsam scheint sie uns zur Degenerierung zu werden — ich meine die Degenerierung der politischen Aktion. Und im Gefolge des allein seligmachenden Kompromisses tauchte nun das Junktim auf, das die Sozialisten

immer mehr und mehr zum Koalitionsprinzip erheben: Du ein Gesetz, und ich ein Gesetz!, und die gesetzgeberische Tätigkeit wird sich am Ende bald weniger von den sachlichen Notwendigkeiten ableiten als vielmehr das parteipolitische Prestige wahren.

Das muß eine Einleitung und meine Einleitung zur heutigen Diskussion hier sein. So kann die Demokratie auf die schiefen Ebene geraten, und dabei kämen wir alle ins Gleiten. Das ist keine Ausfälligkeit gegen unsere gemeinsame Zusammenarbeit, zu der wir uns verpflichtet haben, sondern echte Besorgnis, und ich würde sehr wünschen, daß Sie mir das auch glauben. (Abg. Konir: *Sie hätten recht, wenn Sie es anders gehalten hätten!* — Abg. Dr. Neugebauer: *Wes das Herz voll ist, des geht der Mund über!*) Ich kenne diese Art der Kommentierung. (Anhaltende Zwischenrufe.) Glauben Sie vielmehr, daß Sie die größte Sünde an der demokratischen Entwicklung der letzten Zeit verbrochen haben. Das soll die Selbstbesinnung sein in dieser Stunde — die Frau Abgeordnete Klein-Löw hat damals ihr Referat sehr besinnlich hier eingeleitet —, das wäre die Selbstbesinnungsstunde für die Sozialistische Partei, die hier außerordentlich am Platz zu sein scheint. (Weitere Zwischenrufe.)

Nun kommt ja noch das Schlimmere. Die Frau Abgeordnete hat hier dem Herrn Unterrichtsminister den Vorwurf gemacht, er habe bei der Projektierung der Mittelschulbauten die Arbeiterbezirke vernachlässigt. Lesen Sie es bitte in der „Arbeiter-Zeitung“ von vorgestern nach — unter Fettdruck! Das ist der schlimmste und böseste Vorwurf, den man einem österreichischen Unterrichtsminister machen kann. Und wehe dem Minister, auf den er zuträfe! Unsere braven Arbeiterfamilien — wie bei den Kulturpleite-Plakaten — sollen nun im Lande glauben — es steht ja in der Zeitung —: Dieser böse schwarze Unterrichtsminister hat kein Herz im Leibe für Arbeiterkinder.

Und nun, meine Verehrten, die Wahrheit. Sie drängen mich wie im Vorjahr abermals in die Rolle, hier Wahrheitsbeweise geben zu müssen. Ich glaube, Sie können sie nicht widerlegen.

Es ist so, daß der Bund im Jahre 1955 vom Städtebund 35 Mittelschulgebäude im desolatesten Zustand übernommen hat. Diese Städte haben Jahrzehnte nichts angerührt, und, ich würde nur zu gerne sehen, wie sehr Sie die Bürgermeister dieser Städte, von denen die meisten Sozialisten sind, hier verteidigen würden, wenn Ihnen das heute als Aufgabe zufiele. Also bitte: 35 Schulen. Einige Namen — ich werde Ihnen den ganzen Katalog ersparen — muß ich zur Beweisführung an-

2004

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

führen — es sind darunter Arbeiterbezirke —: Berndorf: Bundesrealgymnasium, Bruck an der Mur: Bundesrealgymnasium und Bundesrealschule, Bruck an der Mur: Bundes-Frauenoberschule, Gmünd — lauter sozialistische Gemeinden —: Bundesrealgymnasium, Hallein: Bundes-Frauenoberschule, Judenburg: Bundesrealgymnasium, Klagenfurt: Bundesgymnasium, Realgymnasium, Bundesrealgymnasium, Realschule, Bundesgewerbeschule, Linz: Bundesgewerbeschule, Bundesrealgymnasium für Mädchen, Frauenobereschule, Bundesrealschule, Salzburg — eine SPÖ-Gemeinde —: Bundesgewerbeschule, Sankt Pölten: Bundesgewerbeschule, Steyr: Bundesrealgymnasium, Stockerau: Bundesrealgymnasium, Villach: Bundesrealgymnasium, Villach: Bundesgewerbeschule, Wels: Bundesrealgymnasium, Wr. Neustadt: Bundesgymnasium und Bundesrealschule.

Und nun die Zahlen — ich gebe Ihnen das zur Einsicht, es kommt ja auch ins Protokoll —: Von diesen 35 Anstalten stehen 20 in SPÖ-Gemeinden, in Arbeiterbezirken, und 15 in ÖVP-Gemeinden. Das sind also nur Mittelschulen. Und, meine Verehrten, wenn ich jetzt Mittelschulen, berufsbildende Schulen und Hochschulen zusammenzähle, so stehen 35 Objekte in SPÖ-Gemeinden und 17 in ÖVP-Gemeinden! Auch das ist ein Beweis, den ich mir geholt habe.

Und nun, verehrte Frau Abgeordnete Klein-Löw, darf ich Sie bitten, zu veranlassen, daß morgen die „Arbeiter-Zeitung“ das richtig stellt. Hier appelliere ich an Ihre Ehre als Abgeordnete! Diesen Vorwurf werden wir auf dem Herrn Bundesminister für Unterricht nicht sitzen lassen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und eine weitere Einladung: Wir haben jetzt die Fondskommission für den Schulbautenfonds, und wir gehen dort gemeinsam hinein. Ich darf Sie bitten: Verhalten Sie sich dort so sachlich wie der Herr Minister. Wir werden, wenn Sie uns so bevorzugen, gegen Sie hier im Hause keine Vorwürfe erheben.

Sie haben also im Lande das Kulturpleite-Plakat entrollt. Lassen Sie mich jetzt das Kulturleistungs-Plakat entrollen. Das Kulturbudget des Bundes hat sich in den letzten fünf Jahren von 1,2 Milliarden — so hat es der Herr Bundesminister für Unterricht übernommen — auf fast 3,5 Milliarden erhöht. Ähnliche Entwicklungen sind in verschiedenen Ländern und Gemeinden festzustellen. Die Ausgaben des Bundes für Kulturbauten haben sich in demselben Zeitraum mehr als verzehnfacht! In den meisten Bundesländern wurden gleichzeitig mehr als 50 Prozent der Gebäude zur Unterbringung der Volks- und Hauptschulen erneuert. Wer hat einmal hier die

Verdichtung des Hauptschulennetzes in Österreich aufgezeigt? Früher war die Hauptschule ein Privileg für den Hauptbezirkssort — noch vor 1945 —, heute steht sie in den einschichtigen Dörfern. Verehrte Freunde! Haben wir nicht die ganze Volksbildung damit um eine Stufe gehoben? (*Abg. Dr. Neugebauer: Die Länder haben das gemacht!*) Ist das nicht ein Ausweis einer Kulturleistung?

Seit dem Schuljahr 1948/49 hat sich die Zahl der Mittelschüler fast verdoppelt, die Zahl der Schüler an den Arbeitermittelschulen verdreifacht, an den Aufbauschulen verzehnfacht. Allein in den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Hochschüler verdoppelt. Jeder dritte Hochschüler stammt aus dem Ausland. Zum ersten Mal sind die Steigerungen nicht als Ergebnisse der Kriegs- und Nachkriegsereignisse, sondern in Gefolge der Steigerung des nationalen Wohlstandes aufgetreten.

In Wien wurden die neu aufgebauten Gebäude der Staatsoper und des Burgtheaters, in Linz jenes des Schauspielhauses und der Kammerspiele, in Bregenz das eines modernen Schauspielhauses dem Spielbetrieb übergeben. Auf die Eröffnung des Festspielhauses in Salzburg im Mai dieses Jahres komme ich noch zu sprechen. In Graz wurde mit dem seit 50 Jahren fälligen Neubau des Schauspielhauses begonnen. Seit 100 Jahren hat es eine solche Bautätigkeit nicht gegeben. Festwochen und Festspiele in allen Bundesländern haben einen bisher nie gekannten Zustrom von Besuchern aus dem In- und Ausland angezogen.

Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat Österreich für eine seiner Städte die Ablaltung Olympischer Spiele gewinnen können. Sie werden 1964 in Innsbruck stattfinden und eine einzigartige Krönung einer trotz aller Beengtheiten und Rückschläge guten Entwicklung des Breiten- und Spitzensports dokumentieren.

Trotz des anhaltenden Schulkampfes in der Koalition ist es gelungen, auch ohne die Mithilfe des Koalitionspartners eine echte Begegnungsförderung an den Mittel- und Hochschulen in Gang zu setzen, die wir ausbauen wollen und die sicher ausbaubedürftig ist. (*Abg. Pölzer: Wir haben natürlich nie etwas gemacht!*) Hiebei ist festzuhalten, daß es derartiges bis vor wenigen Jahren nicht gegeben hat. Für Stipendien, Hochschülerheime, Bundeserziehungsanstalten, Internate und so weiter standen schon vor Jahren erstmalig Mittel zur Verfügung, die längst die Grenze von 60 Millionen überschritten haben. Die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen dem Staat und den anerkannten Religionsgesellschaften wurden geregelt. Trotz der aus-

bleibenden bundesgesetzlichen Regelung werden vom Bund von Jahr zu Jahr in steigendem Maße Mittel zur Förderung der außerschulischen Jugenderziehung, des Volksbildungswesens und der Leibeserziehung zur Verfügung gestellt.

Die bundesstaatlichen Volksbildungs- und Sportheime haben zum Teil europäisches Ansehen erworben und werden in steigendem Maße von der UNESCO und von Organisationen des Europarates für internationale Tagungen in Anspruch genommen.

Auf dem Gebiete der Kunstförderung ist es gelungen, die Kredite in den letzten Jahren mehr als zu verdoppeln. Stipendien, Förderungspreise, Staatspreise, Förderungskäufe und anderes mehr dienen einer Kulturpolitik, die eine Kunstförderung ohne Sachbeeinflussung des freischaffenden Künstlers will.

Das im Aufbau befindliche Museum für Zeitgenössische Kunst wird eine in Österreich seit mehr als 50 Jahren schmerzlich spürbare Lücke zum Vorteil der in unserer Zeit schaffenden Künstler schließen.

Die vor drei Jahren begonnene soziale Fürsorge zugunsten der schaffenden Künstler hat sich als ein Anfang bewährt, ihre Ausgestaltung ist eine im modernen Sozialstaat unabweisbare Forderung.

Otto Beer, ein bekannter Kritiker, schreibt im „Neuen Österreich“ vom 23. August 1960 unter dem Titel „Salzburgs zu kleines Welttheater“ wörtlich, daß wir eine Kulturkonjunktur in Österreich zu verzeichnen haben wie noch nie. Wir haben recht getan mit dem Neuen Festspielhaus. Unsere Aufgabe ist es, nun in das neue Haus auch das Wagnis einzufließen zu lassen.

Die Eröffnung des Festspielhauses hat weltweites Echo gefunden, mehr als 300 amerikanische Zeitungen haben Bildreportagen gebracht. Das ist völkerbindende Kulturarbeit, die im eigenen Lande nicht abgewertet werden soll und darf, wollte man sich nicht versündigen und sich schuldig machen vor den eigenen Leistungen dieses Volkes.

Die Erfolgsvokabeln stehen also nicht einseitig auf der Linken. Figl, Raab und Kamitz sind nun einmal die ersten Autoren aller dieser Erfolge, und unsere Unterrichtsminister haben Zahlreiches dabei in ihren Ressorts geschaffen, wobei wir am Beginn einer solchen Entwicklung nicht gedacht haben, daß sich viele Schwierigkeiten überwinden lassen werden.

Also räumen Sie die demagogischen Plakate im Lande weg — sie verhindern förmlich ein Gespräch — und rücken Sie jetzt heraus mit der echten und rechten Sprache der Koalition: Gemeinsamer Weg, gemeinsame Verantwortung, gemeinsame Anstrengung, gegen-

seitige Anerkennung, Achtung voreinander, damit auch das Volk vor uns Achtung haben kann! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es stimmt, daß der Minoritenplatz gegenüber vielen Einbruchsversuchen der Sozialisten standgehalten hat, und darüber ist man uns böse. Die frühere Abgeordnete Pollak machte in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 1. Jänner 1960 ihre Genossen verantwortlich, daß sie nicht nach dem Minoritenplatz gerissen haben. Früher hätten die Sozialisten gewußt, daß das Bundesministerium für Unterricht die Schlüsselstellung schlechthin ist — und das scheint man sich zu Herzen genommen zu haben.

Wir haben Sie gebeten, wieder an den Verhandlungstisch zu kommen. Wir sind dankbar für die freundliche und rasche Aufnahme dieser Einladung. Sicher, es war eine Einladung, die von unserer Seite aus in Permanenz gestanden ist. (*Abg. Mark: Wir haben sie ausgesprochen!*) Ich wollte es mir wirklich ersparen, wieder auf den nicht beantworteten Brief des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Popp zurückzukommen. Herr Abgeordneter Mark, zwingen Sie mich lieber nicht dazu. (*Abg. Dr. Neugebauer: Wir wollen uns nicht streiten, aber wir werden uns bemühen, daß wir zu etwas kommen!*) Es sei der schönste Ehrgeiz aller Parteien im Parlament, Wissenschaft und Forschung nach besten Kräften zu fördern. (*Abg. Pölzer: Solche Fanatiker!*) Dazu sind wir vom Volke verpflichtet. Jeder Schritt darüber hinaus aber brächte Unfreiheit. (*Abg. Pölzer: Immer einen roten Schädel haben!*) Herr Abgeordneter Pölzer ... (*Rufe: Pölzer! Pölzer!*) Pölzer! So leicht möchte ich es haben: Zuerst gegen die Demokratie zu sündigen — den roten Schädel habe nicht ich, sondern den haben wir allerdings damals bekommen, als wir das rote Plakat gesehen haben! Das geht nicht mehr in diesem Haus, daß Sie uns diffamieren werden, das nehmen wir nicht mehr zur Kenntnis! Es wird ein neuer Stil der Koalition notwendig sein, oder — es werden Konsequenzen eintreten! (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: „Rentenkau“! — Abg. Pölzer: Vom Henker-Plakat werden Sie nichts sagen, nur von der „Roten Katze“!*)

Dazu sind wir vom Volk verpflichtet, jeder Schritt darüber hinaus aber brächte Unfreiheit. (*Abg. Hartl: Pittermann und Koplenig! — Abg. Pölzer: Im Jahre 1950 war ich mehr in der Abwehr des kommunistischen Putsches tätig als Sie alle miteinander!* — *Abg. Dr. Withalm: Und bei uns im Ölgebiet — glauben Sie, das war ein Honiglecken?*)

Ich möchte sagen, daß die Parteien im Forschungsrat kein Mandat haben, auch nicht im Kuratorium eines Stipendienförderungs-

2006

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

werkes. Das ist nach der Verfassung Sache der Verwaltung, die Legislative hat ein umfassendes und übergreifendes Kontrollrecht, nicht aber ein interventionistisches Exekutivrecht. Und wenn die SPÖ diese Grundsätze der Verfassung respektiert, werden wir bald im Besitz der Schulgesetze sein. Sie sollten also ablassen von der unfruchtbaren Kulturblockade, wir sollten uns in einer neuen Gesprächssituation finden, die wahrhafte Toleranz und ein aufrichtiges Entgegenkommen zur Grundlage hat. Das ist der Wunsch meiner Partei.

Der bekannte Journalist Gamschegg hat in der „Presse“ sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß in der Debatte des Finanz- und Budgetausschusses zum Kapitel Unterricht wohl die Bereitschaft zur Beendigung des Grabenkrieges in der Kulturpolitik, nicht aber das Konzept zu seiner Überwindung bekanntgegeben wurde. Hiezu ist zu sagen, daß der kulturpolitische Ausschuß der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei noch einmal das gesamte Problemfeld der Schulgesetzgebung, vom Kindergarten bis zur Hochschule, behandelt und der Parteileitung vorgelegt hat. Sie wissen, daß wir startklar sind. Wir wollen unser Konzept auf den Verhandlungstisch legen und uns ehrlich um jene Nahtstellen bemühen, die die Verhandlungen erfolgreich gestalten lassen.

Es ist bestimmt nicht Aufgabe dieser Debatte, alle die schwierigen Details hier darzulegen. Sicher wird nach Abschluß der Verhandlungen für die Öffentlichkeit das Feuer freigegeben werden müssen. Dann ist der Zeitpunkt für die große Diskussion in der Öffentlichkeit gekommen, die diese auch wünscht. Es scheint mir aber doch notwendig zu sein, einige Gedanken, die ich im Finanz- und Budgetausschuß hiezu geäußert habe, hier zu wiederholen beziehungsweise neu zu formulieren.

Fürs erste: Ich habe schon mehrmals erklärt, daß eine Koalition sich nicht nur in wirtschaftlichen Fragen erschöpfen kann. Sie muß sich vor allem auch auf die Lösung der drängenden kulturpolitischen Probleme besinnen und sich für sie verantwortlich fühlen. Wer verhandelt, muß den anderen anhören. Vorher aber müssen wir in die Probleme hineingehört haben. Wir dürfen die Stimme der Eltern und der Lehrer im Lande nicht überhören. Wir müssen sie hören und wägen. Wir dürfen nicht die Erkenntnisse der modernen Kinderpsychologie, der Pädagogik, der Medizin und vor allem der praktischen Erfahrungen mißachten. Lassen wir alle Voreingenommenheiten! Prüfen wir die Schulsituation, wie sie sich im gegenwärtigen Zeitpunkt in Österreich präsentiert, kritisch-

sachlich, und verfolgen wir auch keine abgelebten Probleme. Sie mögen einmal Aktualität und Geltung gehabt haben — heute ist heute!

Der bekannte Landschulreformer Ministerialrat Dr. Lang hat den richtungweisenden Satz geprägt: Wir haben eine andere Jugend in einer anderen Zeit durch andere Erwachsene zu bilden und zu erziehen!, und daran sollten wir uns halten.

Wenn ich auf die einzelnen Details, die der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer hier dargelegt hat, eingehen soll, so nur sehr kurz. Wir sind für die Verlängerung der Schulpflicht, und wir sind für die Einführung der fünften Volksschulstufe in Verwirklichung dieser neunjährigen Schulpflicht, weil sie den Erkenntnissen der Pädagogik und der Medizin, der Psychologie, der Lehrer- und der Elternerfahrungen entspricht. (Abg. Dr. Neugebauer: Was sagen die Bauern dazu?) Sie wissen, daß das kein politisches Dogma ist. Was sollte denn unsere Partei für ein Interesse haben, dieses Schuljahr aus parteipolitischen Gründen dort festzusetzen?

Herr Dr. Neugebauer, Sie wissen ganz genau, daß niemand anderer als der bekannte Psychotherapeut Hutter, München, erklärt hat: Je später ein Kind heute zum siebenten Lebensjahr hin die Volksschule besucht, umso besser wird es sich als Persönlichkeit entfalten. Wir wissen, daß mehr als ein Drittel unserer Kinder mit sechs Jahren gar nicht schulreif ist. Wir kennen die diskontinuierliche Entwicklung, die in Schüben erfolgt, das körperliche Voranreilen und die geistige Retardierung, diese Diskrepanz, diese unharmonische Entwicklung, in der unsere Kinder so unruhig werden. Das, was wir mit dem Begriff „unaufmerksam“ einmal als psychologischen Inhalt hatten, das ist es heute nicht. Da drängt sich doch selbstverständlich die Frage auf: Natürlich werden wir den Kindern Zeit zur Ausreifung und einen Raum geben. Das Ausreifungsproblem ist ein sittliches Problem unseres Volkes und — ich bestätige es, wie Sie gesagt haben — kein politisches Problem! Vielleicht erörtern wir diese Erkenntnisse, die sehr gut fundiert sind, doch noch einmal und sehr ausgiebig.

Ich möchte über die Möglichkeiten der neunklassigen Mittelschule nicht näher sprechen, es sind sicher welche gegeben. Es wurde mir nicht klar, ob Sie dabei die neunjährige Pflichtschule und die neunjährige Mittelschule meinen. Ich glaube, daß wir das niemals zuwege brächten. Wenn wir also, das ist sicher Ihre Meinung, ... (Abg. Dr. Neugebauer: Herr Kollege, ich meine den Übertritt von der vierten Klasse Volksschule in die erste Klasse Mittelschule! Dafür die Mittelschule neun Jahre!) — Ja, die Mittelschule neun Jahre.

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

2007

Auch hier gibt es zahlreiche Überlegungen, und, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, wir haben uns doch damit beschäftigt. Ich möchte das nicht darlegen, es soll ja keine pädagogische Vorlesung werden. Nur meine ich, daß man dann nicht die Dinge umkehren sollte: vier plus fünf, sondern unter Umständen fünf plus vier. Aber für uns ist die fünfte Volkschulklassie ein so drängendes pädagogisches Problem, daß wir uns vorerst einmal sehr gewissenhaft mit dieser Frage wieder auseinandersetzen wollen.

Es ist richtig, wir müssen jedem Kind die Möglichkeit geben, in die nächsthöhere Schulstufe aufzurücken. Das Prinzip des Begabungsdurchbruches muß in der Schulorganisation seinen Niederschlag finden. Aber auch darüber kommen wir nicht hinweg, daß in der Zielsetzung der Mittelschule vom ersten Tage an die Hochschule steht und daß die Hauptschule eine andere Intention hat. Es entspricht daher die Identifikation der Lehrpläne der Untermittelschule und der Hauptschule nicht den pädagogischen Wirklichkeiten. Aber ich meine, selbst wenn wir das ändern könnten, so müßten wir den begabten Hauptschülern den Weg nach oben öffnen. (*Abg. Dr. Neugebauer: Auf alle Fälle!*) Wir können das durch Bewährungszeiten machen. Wir sollten die Prüfungen nicht mehr im Herbst oder zu Weihnachten abverlangen, sondern die junge Persönlichkeit ein Jahr in die Mittelschule stellen, sie beobachten, ihr Anlaufzeit, Zeit sich einzubüben, Zeit sich einzuleben, geben. Vielleicht ist das ein Weg. Aber man kann nicht krampfhaft eine Konstruktion aufrechterhalten, die seinerzeit nichts anderes war als ein Kompromiß, und die pädagogischen Sünden dieses Kompromisses werden am Schulkörper täglich und täglich spürbar. Ich glaube, darüber kann man reden.

Es ist auch nicht so, daß die Mittelschule im Jahre 1934 bösartig ihre Lehrpläne reformiert hat, um die Hauptschüler zurückzudrängen, nach dem Hauptschulgesetz 1927, sondern die Mittelschulreform war eine innere Notwendigkeit der Mittelschule. Ich habe mich auch damit sehr beschäftigt, und ich habe nirgends ein so hinterhältiges Motiv feststellen können, wie das leider immer wieder in den Kommentaren der Sozialisten anklingt. Sie verstehen, daß wir die Mittelschultypen reinhalten wollen, damit es reingehaltene Typen gibt und keine verwaschenen Typen. Wenn wir also die Möglichkeit des Aufstiegs auch für alle Hauptschüler verankern, so sehe ich keinen Grund, daß wir damit die Mittelschultypen verwaschen. (*Abg. Doktor Neugebauer: Das will ich auch nicht! Das habe ich nicht gesagt!*)

Das humanistische Gymnasium von heute hat bestimmt lebensvolle Beziehungen. Es wird nicht lebensfremd geführt. Dieses Gymnasium lehrt ja auch eine Fremdsprache. (*Abg. Dr. Neugebauer: Nur vier Jahre!*) Es geht dabei nicht nur um eine Überlieferung, sondern es geht sicher auch um die vertiefte Berührung mit den Kulturreisen der Antike und um die Integration mit dem Bildungsgut von heute. Das ist das, was wir modernes humanistisches Gymnasium nennen.

Niemand wird mich für so naiv halten, daß ich meine, mit gutgemeinten Appellen könnten wir die hundert Schwierigkeiten, die uns noch entgegenstehen, überwinden. Politik ist eine harte Arbeit und Kulturpolitik vielleicht die härteste. Sie ist der Prüfstand der Demokratie, auf dem wir gewogen werden. Ich bin also auch dafür — und ich spreche hier für meine Partei —: Reden wir länger und reden wir ausgiebiger als bisher. Fangen wir vielleicht dort an, wo sich neue Gesprächssituationen ergeben. Auf die Frage der Privatschule, der Wissenschaft, des Forschungsrates komme ich kurz im besonderen zu sprechen. Über die Fragen der Lehrerbildung werden wir uns sehr gründlich zu unterhalten haben.

Ich bin dafür, daß wir hier Gegebenheiten der Schulsituation in Österreich zum Ausgangspunkt für neue Überlegungen, aber für keinen Salto mortale in fragwürdige Experimente nehmen. Wir müssen den Weg für jede organische Lehrerbildung aufschließen und ihn offen halten. (*Abg. Dr. Neugebauer: Kein Experiment!*)

Ich kenne sehr gut den Vortrag des Herrn Professors Dr. Schwarz, mit dem ich mich auch auseinandergesetzt habe. In Deutschland war es ein Experiment, denn der bekannte Pädagoge und Erzieher Schneider hat das Büchlein „Die Tragödie der Akademisierung unserer Lehrerbildung“ geschrieben. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Neugebauer.*) Ich habe es genau gelesen. Ich weiß, daß Schneider das nicht als ein Argument gegen die Lehrerhochschule anführt. Aber sie haben ein fragwürdiges Experiment zu schnell begonnen. Sie leiden heute außerordentlich daran, daß diese Lehrerbildung in keiner Weise organisch anläuft. Das ist der Jammer. Das sollte für uns eine Mahnung sein, sicher nicht eine Absage an die Diskussion einer modernen Lehrerbildung.

Noch eines muß ganz klar postuliert werden. Bei der neuen Form der Lehrerbildung muß die konfessionelle Lehrerbildung selbstverständlich gewahrt bleiben. Unlängst hat, wie ich glaube, auch der frühere Stadtschulratspräsident Dr. Zechner in der „Wochen-Presse“

2008

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

ausgedrückt, daß man sich in der SPÖ darüber klar ist, daß kein verantwortlicher Unterrichtsminister der Österreichischen Volkspartei, niemand von uns die konfessionelle Lehrerbildung zurückstellen könnte. (Abg. Doktor Neugebauer: *Wir haben ja das Gesetz von 1868!*)

Der Herr Abgeordnete Dr. Haselwanter hat uns gestern — er ist heute nicht hier und vermindert so erheblich den Prozentsatz der Kulturinteressierten der Sozialistischen Partei — damit apostrophiert und hat sich gestern mit der Berufsschule ... (Abg. Dr. van Tongel: *Ihre Partei ist auch nicht vollzählig hier! Von der SPÖ sind 12 und von der ÖVP sind 15 hier! Die stärksten sind wir! Wir sind 50 Prozent!*) Sie waren wahrscheinlich nicht da, Herr Dr. Tongel, und haben die Ouvertüre des Herrn Dr. Haselwanter nicht gehört. Auch der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer hat sich mit dieser Berufsschule beschäftigt. Ich bin selbst nebenamtlicher Berufsschullehrer gewesen. Ich darf sagen, daß die Berufsschule seit 1945 eine echte, lebensvolle pädagogische Ausformung gefunden hat, die sich sinnvoll in die notwendige Lehrlingsausbildung einfügt. Die Berufsschule hat vielleicht gegenüber anderen Schultypen sogar pädagogisch den größeren Schritt machen können als wir. Ich habe daher den negativen Akzent nicht ganz verstanden (Abg. Dr. Neugebauer: *Nur die lehrgangsmäßigen Berufsschulen!*), den vor allem der Herr Dr. Haselwanter darauf gelegt hat. Und Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, möchte ich zur Frage der lehrgangsmäßigen Unterrichterteilung sagen: Das kommt nicht von einer Partei. Das kommt von der Berufsschulpädagogik. Das ist langsam von der Berufsschulpädagogik eingedrungen, und gerade die Berufsschulpädagogen haben sich weiß Gott was Gutes daran getan, daß ihnen das gelungen ist. Es hat das auch sehr viel für sich, junge Menschen sieben, acht Wochen in einem Internat zusammenzuschließen, sie kameradschaftlich beisammen zu haben, was, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, nicht möglich wäre, wenn wir diese Landesberufsschulen nicht hätten, wir hätten ja dann nicht die Verbindung mit der Lehrwerkstätte. Dann darf ich noch dazusagen — hier scheint Ihnen ein Irrtum unterlaufen zu sein —: Unsere Meister, die an diesen Lehrwerkstätten und Berufsschulen unterrichten und die übernommen sind, haben ja alle eine pädagogische Prüfung. (Abg. Dr. Neugebauer: *Das weiß ich! Ich bin nur gegen Übertreibungen!*) Ich glaube also, daß wir hier keine Sorgen zu haben brauchen.

Ein schulpolitisches Leitmotiv der Österreichischen Volkspartei ist die Freihaltung

unserer Bildungseinrichtungen von jedem staatlichen Monopol, ist die uneingeschränkte Wahrung und Förderung des Elternrechtes. Der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer hat schon in seiner Rede am 12. Juli und heute wieder betont, daß es kein Schulmonopol in Österreich gibt. Unsere Antwort darauf ist die Frage: Welche Förderung gab es bisher? Ich und unsere gesamte Partei, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, nehmen dankbar zur Kenntnis, daß Sie heute hier in Aussicht gestellt haben, daß es einen Weg zur Einigung in der Frage der Subventionierung der Privatschule gibt. Aber bisher hat diese Förderung der Privatschule gefehlt. Wir könnten, da Sie ja die konfessionelle Subventionierung aus dem Verhandlungspaket nicht herausnehmen, was ich für das richtigere hielte, weil die Subventionierung der Privatschule nichts anderes ist als die Entsprechung und Anerkennung des Elternrechtes, das überhaupt herauslösen aus der Streitmaterie und sofort lösen. Und damit wäre Ihr guter Wille am besten bewiesen. Aber bisher hat diese Schule keine Förderung erfahren. Wenn Sie, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, auch darauf hinweisen können, daß es kein Schulmonopol gibt, weil diese privaten Schulen im Lande bestehen, so muß ich Sie aber auf die Entwicklung hinweisen: Das Monopol wird nämlich erzwungen. In der Steiermark, das wissen Sie, mußte der Diözesanbischof bereits fünf solcher Privatschulen schließen, weil alle Mittel aufgebraucht waren. Und dann haben wir also doch wieder das Schulmonopol. Wir sollten hier also die Dinge ganz offen darlegen.

Ich weiß, daß Sie und viele in Ihrer Partei nicht mehr an diesen überalterten Vorstellungen haften, wie etwa der Herr Dr. Rupert Gmoser, der erst kürzlich in der „Neuen Zeit“ einen Aufsatz mit dem Titel „Kirche und Staat 1960“ veröffentlicht hat und dort heute noch wörtlich von „überspitzten Forderungen des politischen Katholizismus“ spricht, die nichts mehr mit kirchlichen Anliegen zu tun hätten. Und das ist auch angesichts Ihrer Erklärung nicht wohlgetan, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, Sie haben selbst seinerzeit dankbar festgestellt, daß sich die Kirche von jeder Partei als Schutzmacht distanziert hat, daß es also gar keinen politischen Katholizismus gibt. (Abg. Dr. Migsch: *Keinen kirchlichen, sondern einen laienmäßigen! Der ist ärger!*) Wir sind dankbar, zu wissen, daß wir es hier nur mit einem Anachronisten zu tun haben und nicht mehr mit dem offiziellen Sprecher der Sozialistischen Partei. (Abg. Dr. Migsch: *Er meint ja Ihre Arbeitsgemeinschaft und nicht die Kirche!* — *Gegenrufe bei der ÖVP.* — Abg. Mark: *Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände ist nicht ein Teil der*

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

2009

katholischen Kirche, was?) Nein, das ist sie bei Gott nicht. (*Abg. Mark: Das ist der politische Katholizismus!*) Ich rede jetzt vom Verhältnis Staat und Kirche und nicht von einer Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände. Ich glaube also, ich muß logisch bei meinem Thema Staat und Kirche bleiben. (*Abg. Dr. Withalm: Der Dr. Massiczek hat damit nichts zu tun? — Ruf bei der ÖVP: Was macht der Massiczek?* — *Abg. Dr. Neugebauer: Wir behaupten nicht, daß Massiczek die Kirche sei!*) Ich darf also fortfahren: Hier spricht Dr. Rupert Gmoser von den konfessionellen Schulen als „Konkurrenzunternehmen zu den allgemeinen Schulen“. Und er spricht wörtlich in diesem Aufsatz „Staat und Kirche 1960“ von einer „politischen Ideologie“. Ich stelle fest: Das Elternrecht ist keine politische Ideologie, sondern eine Rechtsidee, die wir in einem Rechtsstaat zu verwirklichen haben, wie es auch andere Ländern, darunter solche mit sozialistischen Regierungen, tun.

Lassen Sie mich kurz zu den Fragen des Forschungsrates und der Wissenschaft überleiten. Vorerst stelle ich fest, daß Abgeordnete der Sozialistischen Partei einen Initiativantrag eingebracht haben, um die im Budget für den Forschungsgrat vorgesehenen 6 Millionen Schilling zu retten. Ich darf dazu sagen, daß der Herr Bundesminister für Unterricht bereits vor einigen Wochen den Herrn Bundesminister für Finanzen gebeten hat, auf administrativem Wege diese 6 Millionen Schilling zu treuen Handen dem Verein „Forschungsrat“ zu übergeben. (*Abg. Dr. Migsch: Eine typische Maßnahme der Einseitigkeit!*) Sollte sich diese administrative Lösung nicht finden lassen, müßten wir also zum Gesetzesausweg greifen. Wir begrüßen die Konstituierung des Forschungsrates, wir bedauern die ablehnende Haltung der Sozialistischen Partei, die Absenz der Gewerkschaft und der Kammern. (*Abg. Mark: Aller Kammern!*) Ja! (*Abg. Mark: Auch der Industriellenvereinigung!*) Wir würden sehr rasch zu der erforderlichen Einigung kommen, spielten nicht bei den Sozialisten doch parteipolitische Überlegungen eine entscheidende Rolle. Nirgends müßte sich aber die Parteipolitik verheerender auswirken als im Raume der Wissenschaft und im Raume der Forschung. Es gibt keine Koalitionswissenschaft und keine Proporzissenschaft. Professor Stratil-Sauer hat einmal gemeint, man könnte doch nicht von einer roten Physik und von einer schwarzen Chemie sprechen. Der Forschungsrat kann und darf also nicht ein parteipolitisch beeinflußtes Hoheitsgebiet sein.

Die Devise aller Parteien in diesem Hause kann nur sein: möglichste Koordinierung und Ausweitung der Kapazität der wissenschaft-

lichen Forschung und der wissenschaftlichen Produktion. Für dieses große, lebenswichtige Ziel unseres Volkes müssen wir die ganze nationale Kraft einsetzen. Alle staatlichen und alle privaten Stellen haben die Pflicht, an der materiellen Förderung und an der Koordinierung mitzuarbeiten. Für die Gewerkschaft und für die Kammern ist diese Pflicht meiner Meinung nach doppelt gegeben. Wer wollte die Verantwortung für die Desintegration dieser Bemühungen auf sich nehmen? Die Parteien mögen sich finden in der Förderung von Wissenschaft und Forschung, indem sie in der Legislative eine initiative Front zum Schutz und zu reichem Wachstum von Wissenschaft und Forschung bilden. Dabei ist zu beachten, daß Forschung und Lehre eine untrennbare Einheit bilden.

Worum geht es denn im letzten bei der Bildung des Forschungsrates? Vertrauen wir doch den Wissenschaftern und Forschern; sie verdienen dieses Vertrauen. Wir dürfen sie nicht bevormunden und nicht lenken. In einer Demokratie kann es keine gelenkte Wissenschaft geben!

Lassen Sie mich über dieses aktuelle Anliegen hinaus in den gegebenen Zusammenhängen ein Wort über das Verhältnis von Volk und Wissenschaft sagen. Dürfen wir die Feststellung: Die Wissenschaft dient uns allen, daher geht sie uns alle an!, als eine deklarierte Erkenntnis breiter Volksteile herausstellen? Das ist leider nicht der Fall. Darum, so meine ich, ist für unsere gesamte Volksbildung die Konsequenz gegeben, dieser Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen und dabei einsichtig zu machen, daß unsere Verpflichtung gegenüber der Wissenschaft eine mehrfache ist, daß sie vor allem eine starke ethische Komponente hat. Ob zum Beispiel das Atom Leben zerstört oder dem Leben dient, das ist in die Hände der Menschen gelegt. Wir wollen keine wissenschaftsgläubigen Menschen, sondern eine gläubige Wissenschaft fortentwickeln. Wissenschaft und Volk dürfen nicht nebeneinander herleben, sondern müssen einander dienen.

Nie dürfen die Träger von Wissenschaft und Forschung eine Klasse mit Überlegenheitskomplexen bilden, sondern sie müssen ehrfürchtige Diener ihrer Mitmenschen sein. Und der Lebensstandard eines Volkes, der aus einer solchen Haltung und Gesinnung erwächst, wird gleichzeitig auch ein geistiger Standort in der Auseinandersetzung mit den Fragen der Zeit sein und nicht eine böse Verzerrung des rechten Anspruches auf ein besseres Leben, wie er uns in der freien Welt vielfach heute schon in der Erscheinung der Luxusverwahrlosung entgegentritt.

Mit Bestürzung stellen wir die wachsende materielle Überlegenheit des Ungeistes in der

2010

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

Welt fest. Das ist der Anruf an die freie Wissenschaft und Forschung, noch besser der Freiheit, dem Fortschritt, der Wahrheit und dem Frieden zu dienen und unsere Jugend mit diesen Idealen zu erfüllen. Die freie Verkündung der erkannten und erforschten Wirklichkeit und Wahrheit bleibt die vornehmste Aufgabe unserer hohen Schulen, die für sie typisch sein muß.

In den Ostländern gibt es keine freie Wissenschaft und Forschung. Sie dient dort der politischen Expansion und Aggression weltrevolutionärer Zielsetzungen. Wir dürfen eben in Wissenschaft und Forschung nicht die kommunistischen Kulturpraktiken nachahmen, sondern müssen die geistige Apperzeption der freien Welt immer klarer erfassen und ausformen. Noch nie in der Geschichte haben Wissenschaft und Forschung eine so entscheidende Position in der menschlichen Gesellschaft eingenommen wie heute. Fühlen sich aber die Menschen, die Völker in diesem Wissen um die globale Bedeutung der Wissenschaft glücklich? Nein! Sie fühlen sich der Wissenschaft gegenüber mehr oder minder hilflos ausgesetzt, es schaudert sie vor der anonymen Machtfülle, die sie nur als eine schreckliche Bedrohung ihrer Existenz empfinden, nicht aber als eine stolze Leistung des gemeinschaftsdienenden Geistes der Wissenschaft. Die Wissenschaft darf nicht nur tausend Hände zum Weltergreifen haben, sondern sie muß zuvörderst wieder den Sinn für das Weltbegreifen wecken.

Es ist recht und billig, das von Schiller an die Künstler gerichtete Wort heute auf den Kreis der Wissenschaft und der Forschung auszudehnen:

„Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben,
Bewahret sie!

Sie sinkt mit euch! Mit euch wird sie sich heben!“

Leider stoßen sich auch im Raume der Hochschule die Dinge sehr hart. Die taktische Linie der Sozialisten zielt auf eine größere Einflußnahme, auf eine größere Beherrschung ab. Selbstverständlich stellt sich das Bundesministerium für Unterricht an der ganzen Front gegen solche Zielsetzungen, nicht nur durch negative Abwehrmaßnahmen, sondern durch konzeptive Vorschläge zur Lösung aller offenen Probleme. Und diese Vorschläge werden leider wieder von den Sozialisten mit folgenden Sprüchen des 1. Mai quittiert: „Das Drimmelreich ist kein Himmelreich!“, „Schon wieder ein Drimmel-Verein“ und so weiter, und so weiter.

Der Herr Minister Dr. Drimmel hat zum Beispiel für den Herbst 1960 eine Round-Table-Konferenz avisiert, die mit allen Institutionen Fühlung aufnehmen will, die derzeit Stipendien an Studenten gewähren. Diese

Institutionen sollen zur Mitarbeit an dem geplanten Studienförderungswerk eingeladen werden. Es soll durch entsprechende Koordinierungsmaßnahmen eine bessere Steuerung der Stipendien und die Ausschüttung in ausreichender Höhe sowie die Schaffung gleicher Voraussetzungen hinsichtlich der Leistungsnachweise und der Beurteilung der sozialen Bedürftigkeit erreicht werden. Dadurch soll auch vermieden werden, daß ein Student gleichzeitig von mehreren Institutionen Stipendien bezieht. Minister Drimmel will das staatliche Stipendienwesen ausbauen, aber auch, was sehr richtig ist, private Stipendien aktivieren. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat dieses Bemühen leider mit den Worten von einem fruchtlosen Alleingang eines neuen Drimmel-Vereines abgetan. Den Sozialisten schwert hier in einer gesetzlichen Regelung als Fondsverwalter ein Kuratorium vor, in dem auch das Parlament vertreten ist, und das ist verfassungswidrig: die Legislative kann nicht gleichzeitig Exekutive sein. Der Abgeordnete kann nicht aus dem Parlament, in dem er das Budget beschließt, hinausgehen und drüben auf dem Minoritenplatz etwa über die Verwendung dieser Gelder bestimmen. Nehmen wir also an, daß die Sozialisten davon abgehen. Wir sollten nicht die eindeutig festgelegten Kompetenzen der Schulverwaltung stören, nicht Sand in dieses Getriebe streuen, sondern die Schulverwaltung ihre Aufgaben uneingeschränkt erfüllen lassen.

Nun zum Schluß: Der Österreichische Bundesjugendring hat uns einen Bundesjugendplan 1961 vorgelegt, dem wir gerne die volle Erfüllung gewünscht hätten. Es wurde ein Betrag von insgesamt 12,193.000 S genannt. Ein Mangel dieses Planes ist sicherlich in der Tatsache gegeben, daß erstens die Landesjugendreferate, die doch wesentliche Jugendarbeit leisten, nicht aufscheinen und daß zweitens das Jugendherbergswesen fehlt.

Hier darf ich einige grundsätzliche Überlegungen anstellen: Im Bundesjugendring haben beispielsweise die großen Organisationen der Landjugend und der Alpenvereinsjugend keine Aufnahme gefunden. Die Sozialisten sind dagegen, daß, wie in der deutschen Bundesrepublik, alle Jugendorganisationen aufgenommen werden, die diese Aufnahme anstreben. Man verweist bei der Landjugend auf ihren mehr fachlichen Charakter und ihre Abhängigkeit von den Kammern. Ist dieser Einwand nicht gleichberechtigt auch für die Gewerkschaftsjugend zu machen? Und doch sind wir für den Verbleib der Gewerkschaftsjugend, aber nicht für den Ausschluß beachtlicher Jugendorganisationen.

Es hat sich leider auch eine merkwürdige 1 : 1—Proporzpraxis herausgebildet. Ich bin

der Meinung, daß die Mittel vom Bundesministerium für Unterricht nach einem Schlüssel aufzuteilen sind, der der Stärke und der Bedeutung der Jugendverbände gerecht wird. Weiters rege ich an, daß der Bundesjugendring in Hinkunft allen demokratischen Jugendorganisationen den Beitritt gestattet. Legen wir unsere Jugend nicht auf die Proporzwaage der Parteien. Alle staatsbürgerliche Erziehung von der Familie aufwärts muß vorerst abzielen auf die Liebe zu einem gemeinsamen Vaterland, auf seine Anerkennung durch ein gründliches Wissen um unsere Jugend, um die Geschichte, um den gegenwärtigen Auftrag dieses Vaterlandes. Dann erst soll die Jugend erkennen lernen, daß in der Einheit dieses Landes vielgestaltige Kräfte am Werke sind und sein müssen, um diese Einheit zu wahren und zu garantieren. Dann soll die Jugend erkennen lernen, daß Parteien unerlässliche Instrumente der Demokratie sind, die nicht trennen, sondern die Wege suchen sollen nach dem einen großen, verpflichtenden Ziel: das Glück und die Wohlfahrt des Landes und seiner Bewohner zu begründen und zu festigen! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Olah: Ich erteile das Wort dem nächsten gemeldeten Redner, Herrn Abgeordneten Mark.

Abgeordneter Mark: Hohes Haus! Es ist nicht sehr leicht, zu sprechen, wenn man weiß, daß man nur 17 Minuten Zeit hat, mit dem fertig zu werden, was man hier zu sagen hat. Denn um zwölf Uhr wollen wir abstimmen, und der Herr Präsident hat mir schon mitgeteilt, daß er mir höchstens fünf Minuten zugeben kann, dann sind es also 22 Minuten.

Ich möchte daher auch nicht so anfangen wie im Ausschuß, nämlich mit einem Sektfrühstück in der Nationalbibliothek, obwohl ich darauf keine Antwort bekommen habe, sondern ich will gleich mit dem beginnen, womit ich im letzten Jahr aufgehört habe: nämlich mit dem Hinweis, daß wir für die Kultur in Österreich, für Wissenschaft und Forschung einen Goldenen Plan, wie ich es damals genannt habe, brauchen, etwas, was systematisch darlegt, was auf diesen Gebieten geschehen soll. Ich möchte sagen: Wir haben jetzt einen Grünen Plan und werden über ihn demnächst verhandeln. Wir hören von einem Roten Plan, und auch über den werden wir verhandeln. Das Wesentliche an dem Plan scheint mir nicht zu sein, daß er etwa im Unterrichtsministerium besteht, ohne daß irgend jemand auf der Welt etwas davon weiß, sondern darin zu liegen, daß die Öffentlichkeit sich auch mit dieser Frage eingehend beschäftigen kann. Mit Recht haben die Herren der ÖVP, die aus dem Agrar-

sektor kommen, verlangt, daß die Fragen der Landwirtschaft hier im Parlament klar und deutlich ausgesprochen und verhandelt werden. Mit Recht verlangen die Herren, die im wesentlichen die Arbeiterschaft vertreten, also die Gewerkschafter, einen Roten Plan, der hier verhandelt werden soll. Aber ebenso ... (*Abg. Sebinger: Nein, einen Sozialplan!*) Es kommt mir hier nicht auf die Farbe an, sondern auf die Sache, das ist sehr wesentlich. Es soll also ein Sozialplan hier auf Verlangen der Gewerkschaften verhandelt werden, es soll der Agrarplan — dann sage ich auch nicht Grüner Plan — auf Verlangen der Bauern hier verhandelt werden, und es soll ein Goldener Plan für die Kultur hier verhandelt werden. Darauf kommt es an. Das ist es auch, was ich dem Herrn Minister vorwerfen möchte: daß es ihm nicht gelungen ist, die Fragen, die hier wesentlich sind, wirklich zu einem Gegenstand der Diskussion zu machen. Er hat sich im Budgetausschuß darüber beschwert, daß, wenn es darauf ankommt, der Herr Minister allein auf weiter Flur steht und ihm niemand hilft. Eine ähnliche Behauptung habe ich vor noch nicht allzu langer Zeit von einem Herrn gehört, der Landwirtschaftsminister war, der auch gesagt hat, man läßt ihn im Stich. Ein neuer Minister, der jetzt in der Regierung ist — ich möchte des Proporz halber sagen, zwei Minister —, also zwei Minister haben uns gezeigt, daß es möglich ist, auch für Dinge, die scheinbar weit außerhalb des Gesamtinteresses liegen, das Gesamtinteresse zu erreichen. Es sind das Herr Minister Hartmann, der für sein Konzept des Landwirtschaftsgesetzes, und Minister Broda, der für sein Konzept der Justizreform das ganze Haus — das ganze Haus! — gewinnen konnte. (*Abg. Dr. Hurdes: Interessieren konnte! Wir haben noch nichts beschlossen!*) Bitte: interessieren und gewinnen konnte. Für die Justizreform hat er das Haus gewinnen können; über die Einzelheiten werden wir uns noch unterhalten. (*Abg. Dr. Hurdes: Sehr richtig!*) Aber auch wenn ein Kulturkonzept bestände, wäre es genug, uns dafür zu interessieren, wir werden uns dann über die Einzelheiten unterhalten können, wenn wir einmal eine Diskussionsgrundlage haben. Darauf kommt es nämlich, wie ich glaube, an: daß wir imstande sind, uns über diese Fragen einmal zu unterhalten. Beide Minister, von denen ich gesprochen habe — es ist einer von Ihnen und einer von unserer Seite —, haben über die Regierungskoalition hinaus auch die Opposition für ihr Konzept mobilisieren können, wenn auch noch nicht in jeder Beziehung gewinnen, so doch mobilisieren können. Das ist aber offensichtlich hier nicht gelungen. Darauf käme es in Wirklichkeit an: daß man imstande ist, eine Diskussionsbasis zu schaffen.

2012

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

Es ist hier gesagt worden, das Kulturpurpleplakat verhindere Gespräche. Ich habe das Gefühl, es ist fast umgekehrt: Verhinderte Gespräche haben in den Kreisen unserer Intellektuellen die Voraussetzungen für dieses Plakat erzeugt. Ich habe an der Beschlusfassung über dieses Plakat nicht mitgewirkt, ich habe nichts damit zu tun. Aber ich kann mir vorstellen, daß in den Kreisen, die auf unserer Seite daran interessiert sind, die Menschen gesagt haben: Endlich muß doch etwas geschehen!, und sie haben dem deutlich Ausdruck gegeben. Wenn Sie das Plakat aufgeregt hat, dann verstehe ich es, aber ich hoffe, daß es dazu führt, daß wir anfangen zu reden, über die Dinge zu verhandeln und über sie zu diskutieren. (*Abg. Dr. Hurdes: Komische Methode!*) Andere Methoden waren ja nicht möglich! Seit Jahren reden wir davon: Seit zwölf Jahren rede ich vom Forschungsrat, und es ist nicht gelungen, weiterzukommen. Seit sechs Jahren haben wir das Studiengesetz zur Diskussion, aber es wird nicht diskutiert. Das ist das entscheidende! (*Abg. Dr. Hurdes: Das kommt mir so vor, wie wenn ich zu jemand hingeho, ihm zuerst eine herunterhaue und dann sage: Ich will verhandeln! Das ist die Methode!*) — *Abg. Dr. Gorbach: Diskussion — ja, Kapitulation — nein!*) Herr Kollege, ich werde darauf zu sprechen kommen. Wir haben dem Herrn Unterrichtsminister in den ersten Tagen seiner Ministerschaft einen Weg gezeigt, von dem wir geglaubt haben, daß damit eine Möglichkeit ersteht, ein Forum zu schaffen, in dem über die Fragen der Wissenschaft diskutiert werden kann. Wir haben damals durchgesetzt, daß in die Bestimmungen des Hochschul-Organisationsgesetzes einstimmig ein Akademischer Rat aufgenommen worden ist, der die Vertreter der Unterrichtsverwaltung, die Vertreter der Wissenschaft, die Vertreter des Volkes, nämlich die Volksvertreter, zusammenführen sollte. Das haben wir beschlossen, und der Herr Minister — ich erinnere mich noch genau — hat damals gesagt ... (*Unruhe.*)

Präsident Olah (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte den Herrn Redner, einen Augenblick zu unterbrechen. Ich ersuche das Hohe Haus um etwas mehr Ruhe!

Abgeordneter **Mark** (*fortsetzend*): Er hat gesagt: „Fragen wird man noch dürfen.“ Ich habe in den sechs Jahren eine einzige Einladung bekommen, es war also nicht möglich, zu fragen. Wir haben damals das Hochschul-Organisationsgesetz als einen Silberstreifen am Horizont bezeichnet, ich selber habe diesen Ausdruck gebraucht, weil ich damals, im Jahre 1955, geglaubt habe, wir würden jetzt zu einer wirklichen Auseinandersetzung über die kulturpolitischen Fragen kommen. Das ist

aber nicht geschehen, das ist die entscheidende Sache.

Da man uns immer Kulturfeindlichkeit vorwirft — entschuldigen Sie, wenn ich hier in eigener Sache feststelle: Den Antrag über die Einberufung einer Kulturenquete habe ich persönlich mit Herren aus Ihrem Kreise gestellt, aber als Erstunterzeichner. Sie haben damals die führende Rolle der Sozialisten in dieser Frage anerkannt, indem Sie im Finanzausschuß über ein Thema, das dem Unterrichts- und dem Finanzausschuß zugehört, einen Sozialisten zum Berichterstatter gewählt haben. Es ist also ganz klar, daß hier die Initiative anerkannt worden ist.

Wenn der Herr Minister sagt, er stehe allein, so erinnere ich ihn an die Kulturbautenkommission. Er würde, wenn er uns hier ehrlich seine Meinung sagen könnte, zugeben müssen, daß damals die Sozialisten mit allen Kräften für diesen Fonds in diesem engen Ausschuß eingetreten sind und daß er das selber auch gewürdigt hat in der Erkenntnis, daß er hier eine Hilfe hat.

Ich glaube, er könnte noch viel mehr Hilfe im Parlament haben, wenn er sich um dieses Parlament mehr kümmerte. Hier kann ich die Ausführungen des Kollegen Mahnert nur unterschreiben. Wenn wir als Unterrichtsausschuß zusammentreten, so kommen wir nur zusammen, um irgendwelche verhältnismäßig unbedeutende Dinge zu beraten. Nur bei der Budgetdebatte können wir uns äußern, aber eine Beratung über Fragen der Kulturpolitik gibt es nicht. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Daran ist doch die Geschäftsordnung des Parlaments schuld!*) Das sagt mir ein Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses, wo wir festgestellt haben, daß wir diesen Ausschuß dadurch aktivieren konnten, daß wir den Minister gebeten haben, uns formlose Berichte zu erstatten, über die wir dann sprechen können. Dieselbe Möglichkeit würde auch im Unterrichtsausschuß bestehen. (*Abg. Glaser: Sind die Berichte von Minister Kreisky formlos?*) Das war damals die Formel, auf die wir uns geeinigt haben. Kollege Glaser, Außenminister war damals Figl. (*Abg. Glaser: Formlos, haben Sie gesagt!*) — *Abg. Pölzer: Wie der Beckmesser, der Glaser!*) Sie können ja nichts dafür, daß Sie nicht dabei waren, Kollege Glaser! Fragen Sie den Kollegen Stürgkh und fragen Sie den Kollegen Kranzlmayr. Die haben nämlich damals mitverhandelt, und damals haben wir uns auf die Formel geeinigt: formlose Berichte. (*Abg. Glaser: Formlos, ja!*) Diese Berichte hat jahrelang der jetzige Präsident dieses Hauses, Herr Präsident Figl also, erstattet. Es handelt sich hier nicht um Kreisky; so billig, wie Sie glauben, kommen Sie nicht davon.

Sie hätten also die Möglichkeit gehabt, zu solchen Aussprachen zu kommen. Aber der Herr Minister hält sich an die Geschäftsordnung. Eine Frage: Hat Minister Hartmann etwa den Landwirtschaftsausschuß zuerst beschäftigt? Er hat die Interessenten von beiden Seiten eingeladen und hat sich mit ihnen unterhalten. Er ist zu einem Schluß gekommen, weil er mit den Menschen verhandelt hat, weil er nicht auf dem Standpunkt gestanden ist: Fragen wird man ja dürfen, aber ich laß dich nicht fragen!, sondern auf dem Standpunkt: Mit Reden kommen die Leute zusammen. Das ist nämlich ein parlamentarischer Standpunkt, und deshalb ist das Landwirtschaftsgesetz zustande gekommen.

Dieses Erfordernis, daß man miteinander reden muß, ist ja nicht nur in Österreich gegeben, sondern auch woanders. Ich habe hier vor mir — Sie brauchen sich nicht zu fürchten, daß ich es vorlesen werde — ein paar Auszüge aus deutschen Zeitungen der letzten Tage, und zwar vom 26. und 27. November, die also ein paar Tage alt sind, die sich mit einem großen Dokument beschäftigen, das der deutsche Wissenschaftsrat herausgebracht hat. Er besteht aus 16 Wissenschaftern, 6 Vertretern der Bundesministerien und aus den 11 Länderpolitikern — in Deutschland ist ja die Kulturpolitik eine Länderangelegenheit —, die sich mit den Fragen der Kulturpolitik beschäftigen. Alle großen Zeitungen berichten darüber unter Titeln wie: „Das Unerlässliche“, „Die Notlage“, „Der große Plan der deutschen Hochschulen“, „Probe der Kulturpolitik“. Das wird in Deutschland sicherlich zu einer großen Auseinandersetzung führen, in jenem Deutschland, in dem eine Ihnen, der Volkspartei, zweifellos nahestehende Partei die Mehrheit hat. Es ist also möglich, weiterzukommen, wenn man weiterkommen will und wenn man mit all denen spricht, die daran interessiert sind. (*Zwischenrufe.*) Ich komme gleich auf die Frage des Forschungsrates zurück.

Es war für mich beschämend, wie ich schon mehrfach gesagt habe, daß in dem Bericht über eine Beratung des Europarat, wo über die Frage der Zusammenführung von Parlamentariern und Wissenschaftern gesprochen wurde, steht: Aus Griechenland, aus der Türkei und aus Österreich kann nichts berichtet werden. In allen anderen Ländern gibt es nämlich solche Ausspracheforen zwischen Wissenschaft und Politik, weil dort nämlich die Leute nicht auf dem kindischen Standpunkt stehen, daß Politik so etwas wie der Gottseibeins sei, vor dem man sich schützen müsse, sondern weil sie wissen, daß die Volksvertreter die Vertreter der Gesamtinteressen gegenüber den Vertretern der ver-

schiedenen Spezialinteressen sind. Das ist der Sinn, warum wir bei diesem Forschungsrat immer wieder verlangt haben, daß ein Mitspracherecht des Parlaments möglich ist.

Wenn hier gesagt worden ist, das sei nicht möglich, so muß ich fragen: Wieso kann es dann in anderen Ministerien, etwa im Handelsministerium beim Wiederaufbaufondsbeirat oder im Finanzministerium beim Schulbautenfonds möglich sein? Wie ist das auf den verschiedensten Gebieten möglich, nur hier nicht? Das sehe ich nicht ein, und ich glaube, daß es auch auf diesem Gebiet möglich ist.

Ich muß dazu noch sagen: Wir haben ernste Verhandlungen mit dem Verein Forschungsrat geführt, der gegründet worden ist unter einem, wie ich glaube, wirklichen Mißbrauch eines Terminus technicus, der seit zwölf Jahren in diesem Hause, seit der Regierungsvorlage des Herrn Dr. Hurdes eindeutig gebraucht wurde als Bezeichnung für eine öffentlich-rechtliche Körperschaft. So hieß es in der Regierungsvorlage Hurdes, so hieß es in allen Initiativanträgen, darauf haben sich die Budgetposten bezogen. Ich glaube also, es war ein Fehler, diesen Namen usurpiert zu wollen und zu glauben, mit dem Namen habe man die Sache erreicht. Man hat sie nämlich nicht erreicht, sondern man hat das Gegenteil davon erreicht.

Wir haben mit dem Präsidium dieses Vereines verhandelt. Auf dessen Wunsch haben wir Vertreter geschickt, es sind zwei Hochschulprofessoren mit mir gemeinsam dort gewesen und haben mit den Herren verhandelt. Wir sind zu einer Einigung gekommen, die letzten Endes dazu geführt hätte, daß der Forschungsrat aus 18 Wissenschaftern, aus 5 Vertretern der Körperschaften, von denen auch der Kollege Harwalik gesprochen hat, und aus 2 Parlamentariern bestanden hätte. Wir wären aber auch mit einem zufrieden gewesen, nur kann man in Österreich nicht mit einem Parlamentarier in irgendeine Körperschaft gehen, das geht leider nicht. Es mußten also zwei sein.

Dieses Ergebnis ist dann leider von der Vertreterversammlung des Vereines abgelehnt worden. Ich glaube, daß es notwendig sein wird, weiter zu verhandeln, bis man endlich dazu kommt, klarzustellen, daß wir uns nicht auf den Standpunkt stellen können, den wir alle für die Kunst lange abgelehnt haben, nämlich: L'art pour l'art, die Kunst ist für die Kunst da. Die Wissenschaft ist nicht für die Wissenschafter da, die Forschung ist nicht für die Forscher da, sondern Wissenschaft und Forschung sind für uns alle da, wir sind daran mitbeteiligt, und zwar sehr brennend mitbeteiligt, das soll man festhalten. Um die Möglichkeit des Mitwirkens der Volksvertretung an diesen

2014

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

Dingen handelt es sich, und daher möchte ich, daß wir uns doch darauf einigen können.

Zum Studiengesetz: Jahrelang habe ich hier den Standpunkt vertreten, daß es unmöglich ist, in ein Studiengesetz eine Verordnungsgewalt einzubauen, die die Festsetzung der Studienordnung dem freien Ermessen des Unterrichtsministers, wenn auch nach Anhören verschiedener Körperschaften, überläßt. (*Abg. Dr. Grünsteidl: Auf keinen Fall dem Parlament!*) Auf keinen Fall?

Darf ich feststellen, daß der Rektor der Wiener Universität und der Dekan der juridischen Fakultät — das sind nämlich Leute, die davon auch etwas verstehen, Herr Professor Grünsteidl — mir gesagt haben, daß es unmöglich sei, in Österreich ein Gesetz zu beschließen, ohne daß in dem Gesetz das steht, was dann durch eine Verordnung ausgeführt werden kann. Das ist der Standpunkt wichtigster Verfassungsjuristen, das ist auch der Standpunkt des Professors Graßberger, des derzeitigen Dekans, der mir das selbst persönlich erzählt und mich darauf aufmerksam gemacht hat, daß er das für unmöglich hält. (*Abg. Dr. Grünsteidl: Unter Mitwirkung der Rektorenkonferenz!*) Die österreichischen Gesetze werden vom Parlament beschlossen. Die Gesetze, die wir beschließen, Kollege Grünsteidl, müssen so sein, daß der Verfassungsgerichtshof sie nicht aufheben kann. Wenn wir ein Gesetz beschließen, das die Studienordnung der Verordnungsgewalt überläßt, deren wesentlicher Inhalt nicht gegeben ist, so wird der erste Jurist, der durchgefallen ist, klug genug sein, beim Verfassungsgerichtshof die Gesetzmäßigkeit dieser Verordnung zu bestreiten. Das ist längst festgestellt, und ich glaube, das ist Ihnen nur noch nicht bekannt geworden. Damit beschäftigen wir uns seit vielen Jahren, und auch der Herr Unterrichtsminister steht seit Jahren in Verhandlungen über dieses Thema. Ich glaube, wir werden hier weiterkommen können, und wir werden vielleicht am besten tun, wenn wir aus dem Studiengesetz die Studienordnungen ausklammern, sie einem eigenen Studienordnungsgesetz überlassen und damit das durchführen, was wichtig ist: nämlich das, was bereits feststeht, in Kraft zu setzen.

Wir werden uns dabei sehr eingehend mit der Einschränkung des Werkstudententums beschäftigen müssen, die in diesem Gesetz enthalten ist und die wir absolut bejahen, aber natürlich davon abhängig machen, daß wir es den Menschen ermöglichen, ohne eine Arbeit, die ihnen einen großen Teil des Tages wegnimmt, ihren Lebensunterhalt während der Studienzeit zu sichern, daß wir also zu einem wirklichen Studienförderungsgesetz gekommen sind.

Ich werde hier nicht lange über unseren Initiativantrag sprechen. Wir sind der Auffassung, daß er eine Diskussionsgrundlage ist, die wir gegeben haben, über die man sich unterhalten soll. Wenn wir diesen Initiativantrag einem Unterausschuß zugewiesen hätten, so wären wir schon lange in der Lage, uns über all diese Probleme auszusprechen, ihn unter Umständen abzulehnen oder anzunehmen, nachdem wir darüber diskutiert haben, aber nicht vorher.

Auch die Hochschülerschaft hat sich auf ihrem Studententag auf diesen Standpunkt des Anspruches und nicht auf den der Gnade gestellt. Noch im vergangenen Herbst und im vergangenen Frühjahr hat die Hochschülerschaft sich für das Prinzip des Anspruches eingesetzt, sie hat leider dann unter einem sehr massiven Druck — ich werde heute nicht darüber sprechen, ich habe im Unterrichtsausschuß die entsprechenden Dokumente vorgelesen, ich kann sie jederzeit vorweisen — ihren Standpunkt in der Spitze geändert. Aber sie steht noch immer zu den Beschlüssen des Studententages, und diese haben auch eine Anspruchsberechtigung verlangt.

Forschungsrat, Studiengesetz, Studienordnungen, Studienförderungsgesetz, das alles ist noch sehr aktuell, und deshalb haben wir Verhandlungen verlangt und angeboten. Der Herr Minister hat erklärt, daß er damit einverstanden ist. Wir haben Unterhändler bestimmt. In den letzten Tagen erfahre ich, daß auch die ÖVP Unterhändler bestimmt hat. Fangen wir doch einmal mit diesen Dingen an! Sie sind sehr, sehr dringend für die ganze Entwicklung in Österreich.

Und nun ein paar Worte zu einem anderen Thema, das ich verpflichtet bin hier vorzu bringen. Ich glaube, daß ich dazu nicht länger als zwei Minuten brauchen werde. Es ist dies die Frage der Förderung der Volksbildung, und ich muß hier darauf verweisen, daß das Budget mir folgende Ziffern gibt. Der Verwaltungsaufwand für die, wie uns allen nicht unklar ist, auf einer ungesetzlichen Grundlage betriebenen Tätigkeit der bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten ist von 2,3 auf 2,6 Millionen Schilling gestiegen; alles, was damit zusammenhängt. Die Förderungsausgaben sind von 12,2 auf 11,9 Millionen gesunken. Obwohl Finanzminister und Vizekanzler mitgeteilt haben, daß dieser Betrag auf 14 Millionen erhöht worden ist, ist der Betrag dann um 10 Prozent gekürzt worden — ich weiß nicht, es hat hier jemand von einer 20prozentigen Kürzung gesprochen, mir ist nur eine 10prozentige bekannt. Es müssen also 12,645 Millionen da sein. Davon sind nun einige hunderttausend Schilling für die Investitionsförderung abgezweigt worden, sodaß in Wirk-

lichkeit heute der Volksbildung weniger zur Verfügung steht als vorher, als noch im vorigen Jahr, wesentlich weniger, obwohl eine Erhöhung beabsichtigt war.

Das bedeutet, daß die Volkshochschulen nicht mehr imstande sein werden, ihren Dozenten die notwendigen Honorare zu bezahlen, die heute schandbar sind. Wenn ein Wissenschaftler für 27 S in der Stunde einen Vortrag halten soll, so wird uns jeder zugeben müssen, die Vorbereitung, die Zufahrt und dergleichen nimmt einen beträchtlichen Teil davon in Anspruch, er wird also mit den 27 S elend bezahlt. Die Gemeinde Wien hat für Wien versprochen, einen Teil dieser Kosten auf sich zu nehmen, der Bund sollte einen ebensolchen Teil auf sich nehmen, also für Wien, aber noch viel mehr in den Ländern, wo das noch schwieriger ist. Das ist jetzt scheinbar unmöglich. Ich kann nur an alle, die verantwortlich sind, einen Appell richten, so wie es der Vorstand des Verbandes der Volkshochschulen Österreichs beschlossen hat, einen Appell, dafür zu sorgen, daß die Volksbildung in Österreich nicht zum Verderren kommt. Es wäre für uns alle ein sehr schlechter Tag, an dem wir sagen müßten, die Volksbildung in Österreich ist nicht mehr imstande, ihren Verpflichtungen der Gesamtheit gegenüber nachzukommen. Der Verbandsvorstand unter der Führung des Professors Kerschagl, also keines Sozialisten, hat beschlossen, das noch einmal an die Öffentlichkeit heranzutragen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Volksbildung abzulehnen. Ich bitte auch hier eben in demselben Sinn alle Verantwortlichen: Sorgen Sie dafür, daß das nicht eintreten muß! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Olah: Gemäß einem bereits früher einvernehmlich festgelegten und bekanntgegebenen Terminplan unterbreche ich die Spezialdebatte über die Gruppe VI. Wir kommen zur Abstimmung über die bisher behandelten Gruppen und die hiezu eingebrochenen Entschließungsanträge.

Bei der Abstimmung wird den Gruppen

I: Kapitel 1: Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 2: Organe der Bundesgesetzgebung, Kapitel 3: Gerichte des öffentlichen Rechtes, und Kapitel 3 a: Rechnungshof,

II: Kapitel 7: Bundeskanzleramt (ausgenommen Titel 1 § 3: Verstaatlichte Unternehmen), und Kapitel 28 Titel 6: Staatsdruckerei,

II a: Kapitel 7 Titel 1 § 3: Verstaatlichte Unternehmen, und Kapitel 18 Titel 1 a: Investitionsfonds der verstaatlichten Unternehmen,

IV: Kapitel 9: Inneres, sowie

V: Kapitel 10: Justiz, in der beantragten Fassung — Gruppe II, Gruppe II a, Gruppe IV und Gruppe V unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigungen — mit Mehrheit die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.

Die Ausschußentschließungen zu den Gruppen II (S. 1816) und IV (S. 1826) werden einstimmig angenommen. Die fünf Entschließungsanträge Dr. van Tongel zu den Gruppen I, II und IV (S. 1817, 1826, 1889 und 1894) werden abgelehnt.

Präsident Olah: Wir setzen nun die Spezialdebatte über die Gruppe VI, Unterricht, fort.

Zu Wort gemeldet ist als nächster Redner der Herr Abgeordnete Dr. Geißler. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Geißler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! So wie in den vergangenen Jahren möchte ich mir erlauben, in der heutigen Debatte über das Kapitel Unterricht verschiedene Wünsche und Anliegen der evangelischen Kirche in Österreich vorzutragen. Mit besonderer Freude können wir evangelische Christen die Tatsache vermerken, daß die Verhandlungen über ein neues Protestantengesetz nunmehr ihrem erfolgreichen Abschluß entgegengehen.

Im April 1861 wurde das Protestantengesetz von Kaiser Franz Josef erlassen, jenes Gesetz, welches die Beziehungen zwischen Staat und evangelischer Kirche bislang geregelt hat, derzeit aber nur noch in einigen Paragraphen Gültigkeit besitzt. Es wäre wahrlich ein erfreulicher Anlaß, wenn das Parlament der Zweiten Republik genau 100 Jahre später die Beziehungen zwischen der evangelischen Kirche und dem Staat erneut einer gesetzlichen Regelung zuführen würde.

Die Verhandlungen über das neue Gesetz laufen ja schon seit langer Zeit, und was wir anstreben, ist ein Reformwerk, welches für die Zukunft das Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und dem österreichischen Staat neu ordnet. Die derzeitigen Verhandlungsresultate lassen erkennen, daß wir bei dieser Gesetzesmaterie vielfach Neuland betreten. Wir sind besonders dem Herrn Unterrichtsminister und allen beteiligten Bundesministerien für das Entgegenkommen und die Bereitwilligkeit dankbar, in dieser sicherlich nicht einfachen Materie neue Wege zu gehen, Wege, die dem Grundgedanken folgen: eine freie Kirche in einem freien Staat.

Da auch die vermögensrechtlichen Fragen in diesem Gesetz geregelt werden sollen, wäre die evangelische Kirche die erste Religionsgemeinschaft in Österreich, welche eine endgültige Klärung ihrer Beziehungen zum

2016

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

Staate herzustellen in der Lage war. Wir sind fest überzeugt, daß durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten eine wirkliche Reformat gesetzt wird, die sicherlich ihren gewichtigen Einfluß auf die Entwicklung der gesamtstaatskirchenrechtlichen Auffassungen in Österreich und vielleicht darüber hinaus auch in anderen Staaten der freien westlichen Welt ausüben könnte.

Die Regierungsvorlage, betreffend das Bundesgesetz über die Entschädigung für die Inanspruchnahme evangelischer Schulen im Burgenland, ist dem Unterrichtsausschuß bereits zugewiesen und dürfte in Kürze vom österreichischen Parlament verabschiedet werden. Hier werden, so nehmen wir an, kaum Schwierigkeiten zu erwarten sein, weil die gleiche Regelung mit der katholischen Kirche bereits die Sanktion der gesetzgebenden Körperschaften gefunden hat.

Im Zuge der angekündigten Verhandlungen über die Schul- und Ehegesetzgebung werden verschiedene Wünsche der evangelischen Kirche zu berücksichtigen sein, wobei die Forderung nach Subventionierung auch der evangelischen Privatschulen von besonderer Bedeutung ist.

Auf Grund großzügiger Unterstützung der zuständigen öffentlichen Stellen dürfen wir festhalten, daß schon jetzt unseren evangelischen Schulen durch lebende Subventionen entscheidende Hilfe zuteil wurde. Wir wollen aber hoffen, daß diese Unterstützungen in absehbarer Zeit eine endgültige gesetzliche Regelung finden.

Wenn ich mich nunmehr einigen Tätigkeitsbereichen der evangelischen Kirche in Österreich zuwende, so deshalb, weil ich aufzeigen will, in wie großem Umfange auch unsere Kirche am kulturellen und sozialen Leben und Wiederaufbau unserer Heimat beteiligt ist.

Auf karitativem Gebiet können wir in diesem Jahr, um nur einige Beispiele anzuführen, auf die Eröffnung des Evangelischen Krankenhauses in Schladming, den Neubebauungsweise Umbau von Altersheimen in Mödling, Pinkafeld und Graz, zu denen noch andere Projekte für die Versorgung unserer alten Mitbürger kommen, hinweisen. Zahlreiche Kirchen und Bethäuser konnten neu errichtet werden. Die feierliche Einweihung der weit über die Grenzen Wiens hinaus bekannten wiedererbauten Evangelischen Schule am Karlsplatz gestaltete sich zu einem erhebenden Feste unserer evangelischen Glaubensgemeinschaft.

Aus der Sozialarbeit der evangelischen Kirche kann weiters Erfolgreiches berichtet werden. 76 Heime, Krankenhäuser und so weiter mit fast 4000 Plätzen, darunter 18 Heime

für Schüler und Lehrlinge, 4 Säuglings- und Kleinkinderheime, 2 Heime für körperbehinderte und geistesschwache Kinder, 15 Jugendherholungsheime werden von der Inneren Mission sowie anderen Werken und Kirchengemeinden der evangelischen Kirche derzeit geführt und betreut.

Dazu zählen auch die für alte Mitmenschen bestimmten 17 Altersheime mit rund 800 Plätzen und 8 Krankenhäusern, 3 Heilanstanlagen und 7 Erholungsheime mit über 1000 Betten, die im Dienste von Kranken und Erholungsbedürftigen stehen. Ein großer Teil dieser Anstalten, besonders die Krankenhäuser, werden in vorbildlicher und aufopferungsvoller Weise von Diakonissen betreut, deren Mutterhaus sich in Gallneukirchen befindet, denen wir von dieser Stelle aus aufrichtigen Dank für ihre selbstlose Arbeit sagen wollen.

Auch zu dem Fremdenverkehr in Österreich trägt die evangelische Kirche das Ihrige bei, indem sie für unsere Feriengäste in 23 Orten in österreichischen Fremdenverkehrszentren Kurseilsorgestellen eingerichtet hat. Da der größte Teil der Österreich besuchenden Feriengäste aus mehrheitlich evangelischen Ländern, wie zum Beispiel aus Skandinavien, aus Holland und aus Westdeutschland stammt, so sind diese Gäste für die Möglichkeit eines Gottesdienstbesuches im Urlaub sehr dankbar, ja in mehreren Orten haben regelmäßig wiederkehrende Kurgäste die Errichtung evangelischer Kirchen und Kapellen angeregt und gefördert. Bemerkenswert ist, daß in einzelnen Orten, in denen keine evangelische Kirche zur Verfügung steht, Gottesdienste auch in katholischen Kapellen abgehalten werden.

Im September vergangenen Jahres wurde in Wien ein evangelischer Verein für Studenten gegründet, und besonders evangelische Akademiker haben die Anregung zu dieser Vereinsgründung gegeben. Der neue Verein will in allen österreichischen Hochschulstädten, also in Wien, Graz, Innsbruck und Leoben, allenfalls auch in Linz, Studentenheime errichten, konzentriert aber derzeit seine Arbeit im wesentlichen auf ein Projekt, welches besonders in nächster Zeit gefördert werden soll. Es ist dies der Neubau eines evangelischen Studentenheimes in Wien. Auf dem Gelände der im Krieg schwer beschädigten Garnisonskirche soll das erste ökumenische Studentenheim in Wien errichtet werden. Dank dem besonderen Entgegenkommen des Herrn Bundesministers für Unterricht und des Herrn Finanzministers war es möglich, das hiefür notwendige Grundstück zu erwerben, und dort soll ein Zentrum für die evangelische Studentenarbeit in Wien geschaffen werden.

Die Unterbringung und Wohnversorgung unserer Studenten stellt in allen Hochschul-

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

2017

städtchen ein besonderes Problem dar. Daher ist jede private Initiative zu unterstützen und zu fördern, die dahin geht, für unsere in- und ausländischen Studenten entsprechende Wohnräume und Unterkünfte zu planen und zu bauen. Der Evangelische Verein für Studentenheime ist der Auffassung, daß diese Heime nicht nur Österreichern, sondern Studenten aller Fachrichtungen aus allen Ländern zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Heime sollen Stätten der Begegnung sein gerade auch mit christlichen Studenten aus den anderen Erdteilen, die vielfach hier mehr unter der Gefahr der Vereinsamung leiden als die Studenten aus den Nachbarländern. Es sind daher bei diesen studentischen Heimstätten nicht nur Ein- und Zweibettzimmer vorgesehen, sondern auch Klubräume, Aufenthalts- und Lernzimmer sowie ein Raum für Gottesdienste. Dadurch könnte die besondere Betreuung der sehr oft nur am Rande unserer Kirche stehenden Akademiker intensiviert werden.

Dem Bau dieses Studentenheimes wird von der Ökumene und dem Ausland her größte Förderung zuteil, und wir dürfen hoffen, daß auch die staatliche Wohnbauförderung helfend eingreifen wird. Da Wien die einzige Stadt mit einer evangelisch-theologischen Fakultät in Österreich ist, kommt diesem evangelischen Studentenzentrum selbstverständlich größte Bedeutung zu, und wir sind allen freiwilligen Mitarbeitern an diesem Werke zu besonderem Dank verpflichtet.

Von der Evangelischen Filmstelle in Österreich — um hier ein weiteres kulturelles Tätigkeitsfeld zu streifen — ist ein wichtiger Schritt auf dem Gebiete des Filmwesens unternommen worden, der darin besteht, wertvolle Filme aus der Vergangenheit vor ihrer Vernichtung zu bewahren. Das Bundesministerium für Unterricht hat die Initiative der Evangelischen Filmstelle aufgegriffen und zugesagt, bei der nächsten Generalversammlung der UNESCO in Paris die entsprechenden Anträge zu stellen. Dieses Vorhaben hat internationale Anerkennung gefunden.

Auch auf dem Gebiete der Flüchtlingsfürsorge wurde eine sehr interessante und einprägsame Aktion in Jordanien unternommen. Die Anregung hierzu stammt von zwei österreichischen Arbeitnehmern, die sich auf einer Urlaubsreise in diesem Lande Gedanken darüber machten, wie dem großen Flüchtlingselend in Jordanien nicht allein mit Gaben des Mitleids abgeholfen werden könnte, sondern wie bei diesen Flüchtlingen die Freude an der eigenen Arbeit zu wecken sei. Deshalb hat sich der Inhaber eines Strickmaschinenbetriebes in Wien, bei welchem die beiden Arbeitnehmer beschäftigt sind, entschlossen, diesen Gedanken

aufzugreifen und in einer eigenen Aktion ein Strickzentrum zu schaffen, um mit Hilfe seiner Maschinen die in dieser Gegend anfallende Wolle zu Strickerzeugnissen zu verarbeiten und den Flüchtlingen damit Arbeit zu verschaffen. Diese Aktion wird durch Unterstützung der evangelischen Kirche besonders gefördert, sie hat bereits erfreulicherweise weiten Widerhall auch in den Kreisen der Caritas gefunden.

Besondere Bedeutung scheint auch der Arbeit in den Evangelischen Akademien, welche sich in Wien und Kärnten gebildet haben, zuzukommen. Wenn wir uns vor Augen führen, welche bedeutsame Grundlagenforschung aus christlicher Sicht beispielsweise auf dem Gebiete der Sozialpolitik von den Akademien beider Konfessionen bisher geleistet wurden, ist es unbedingt wünschenswert, diese Arbeit in den Akademien weiter zu fördern und so ihrer Öffentlichkeitsarbeit noch nachhaltigere Erfolge zu verschaffen. In diesem Jahr hat die Evangelische Akademie erstmalig Journalisten und Politiker zu zwei Tagungen nach Oberösterreich eingeladen. Von allen Teilnehmern wurde diese Initiative wärmstens begrüßt und der Wunsch geäußert, die dort begonnenen Gespräche fortzusetzen und zu vertiefen.

In meiner Rede vor dem Hohen Haus im vergangenen Jahr konnte ich darauf hinweisen, daß in vielen Belangen und Bereichen die beiden großen Konfessionen vielfach weltweit zusammenarbeiten und gemeinsam wirken. Die in der Zwischenzeit erfolgte Ankündigung eines neuen vatikanischen Konzils hat sicherlich auch dazu beigetragen, interkonfessionelle Gespräche aufzunehmen oder auf breitere Basis zu stellen. Diese Tatsache war auch Anlaß, an der evangelischen Falkutät in Wien einen Lehrauftrag für Kontroverstheologie zu erteilen, ein Auftrag, der die Aufgabe zu erfüllen hat, die katholische und evangelische Theologie in ihrem Spannungsverhältnis darzustellen, wobei zu erwähnen wäre, daß dieser wissenschaftliche Auftrag der erste im deutschsprachigen Raum ist.

Wir stehen am Anfang einer neuen bedeutsamen Entwicklung der christlichen Kirchen und können erfreulicherweise feststellen, daß auch weiterhin auf verschiedenen Gebieten zu gemeinsamen Aktionen geschritten werden soll, so bei der Missionsarbeit, die nach einer Anregung aus Frankreich von beiden Kirchen gemeinsam zu tragen wäre.

Die weltweite Ausbreitung und Verbreitung des Atheismus und der atheistischen Ideologien ist die große Herausforderung der heutigen Christenheit. Dies wurde vor kurzem auf einem von beiden Konfessionen beschickten Publizistentreffen wieder erneut betont und fest-

2018

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

gehalten. Diese Herausforderung, meine Damen und Herren, stellt aber beide Kirchen und alle Christen auch in Österreich vor die Notwendigkeit, dieser atheistischen materialistischen Bewegung gemeinsam wirksam zu begegnen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Olah: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Spielbüchler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Spielbüchler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Den heutigen Anlaß möchte auch ich als evangelischer Abgeordneter ganz kurz dazu benützen, um zu den zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche bestehenden offenen Problemen und Fragen kurz Stellung zu nehmen.

Die Beziehungen zwischen dem österreichischen Staat und der evangelischen Kirche sind bekanntlich durch das Protestantengesetz vom 8. April 1861 und durch das Grundsatzgesetz 1861 geregelt.

Die evangelische Kirche bemüht sich nun seit dem Jahre 1921 um eine Novellierung des Protestantengesetzes, und zwar im Sinne der modernen, den heutigen Zeitverhältnissen angepaßten staatskirchenrechtlichen Auffassung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Es wurde darüber bereits 1932 verhandelt, die Ereignisse des Jahres 1938 haben die Verhandlungen unterbrochen. In den Jahren 1947 und 1949 wurde mit den zuständigen Stellen ebenfalls darüber verhandelt und wurden Gespräche geführt.

Es geht nun um eine Neufassung des Protestantengesetzes, weil eine Novellierung nicht mehr zweckmäßig wäre. Mit dem neuen Gesetz sollen nun die wesentlichen Fragen einer befriedigenden Lösung zugeführt werden. Nach den bestehenden Grundgesetzen für die evangelische Kirche hat der Staat das Recht, einzugreifen, hat sich der Staat das Recht vorbehalten, wichtige kirchliche Rechtsakte zu genehmigen, wie etwa bei der rein innerkirchlichen Gesetzgebung, dem organisatorischen Aufbau, ja sogar bei der Wahl der Mitglieder der Kirchenleitung.

Es geht nun vor allem darum, in Übereinstimmung mit dem Staatsgrundgesetz der Kirche ein Organisationsrecht zu geben, durch das die Kirche in den rein kirchlichen Rechtsangelegenheiten von aller staatlichen Einflußnahme befreit wird. Es geht also darum, die Frage der Autonomie der Kirche zu regeln, die Frage der Parität, das heißt der Gleichheit mit allen anderen gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften. Es geht um die Rechtspersönlichkeit der Kirche, um die Kirchenleitung, um Rechtshilfe, es geht um Militär- und Gefangenenseelsorge und der gleichen.

Auch ich möchte mit Befriedigung feststellen, daß nun vor wenigen Tagen die Regierungsvorlage über die Entschädigung der evangelischen Kirche in Österreich für die Inanspruchnahme kircheneigener Liegenschaften und Gegenstände im Burgenland dem Nationalrat vorgelegt wurde. Es geht aber noch um finanz- und vermögensrechtliche Angelegenheiten. Nach § 20 des Protestantengesetzes hatte die Kirche Anspruch auf Beiträge aus dem Staatsschatz. 1938 wurden diese Ansprüche beseitigt, und nach Artikel 26 des Staatsvertrages besteht Anspruch auf Wiedergutmachung. Obwohl diese Wiedergutmachung im Sinne der Staatsvertragsverpflichtungen für alle anderen Religionsgemeinschaften — ich verweise auf die Gesetze, betreffend die katholische Kirche, die alt-katholische Kirche, die israelitische Religionsgesellschaft — bereits geregelt ist, gilt das für die evangelische Kirche vorerst leider nur provisorisch.

Der von der evangelischen Kirche angemeldete Anspruch auf eine Leistung des Bundes von jährlich rund 6,6 Millionen Schilling ist sicherlich sehr bescheiden, und ich darf sagen, daß wir dem unsere Zustimmung geben werden.

Die evangelische Kirche feiert also im kommenden Jahr, und zwar in wenigen Monaten, den 100jährigen Bestand des Protestantengesetzes. Die evangelische Kirche — das darf mit besonderer Anerkennung gesagt werden — bemüht sich jederzeit, gute Beziehungen zum Staat, zu den staatlichen Stellen und auch zu allen demokratischen Parteien dieses Landes herzustellen und aufrechtzuhalten. Die evangelische Kirche führt Alters- und Siechenheime — ich verweise nur auf die vielen Diakonissenanstalten —, sie hat gut geführte Krankenanstalten, sie widmet sich vor allem aber auch der Flüchtlingsfürsorge. Gerade die evangelische Kirche muß sich in vielen Gegenden laufend um die Flüchtlinge kümmern, die vielfach evangelisch sind, sie nimmt sich sehr um deren soziale Lage an und ist ständig bemüht, für diese Flüchtlinge Wohnungen zu schaffen. Sie leistet damit, das darf allgemein anerkannt werden, der Allgemeinheit einen guten Dienst.

Es ist sicherlich nicht schlechter Wille, wenn es trotz aller Bemühungen der Kirchenleitung bis jetzt nicht dazu gekommen ist, daß das neue Protestantengesetz beschlossen werden konnte. Alle diese Fragen müssen gründlich behandelt werden. Es geht um Fragen, die das Unterrichtsministerium, das Bundeskanzleramt, das Finanzministerium und das Justizministerium gleichermaßen betreffen. Es darf dabei nicht zu Überschneidungen mit staatlichen Gesetzen kommen, es muß unsere Bundesverfassung beachtet werden:

es muß auf die Gleichheit der Religionsgemeinschaften und auf die Staatsbürger Rücksicht genommen werden. Dies sind gewiß sehr schwierige Fragen, die gründlich geprüft werden müssen. Es wird darüber — wie man hört — sehr intensiv verhandelt, und ich hoffe, daß ein diesbezüglicher Gesetzentwurf nun vom Ministerrat bald behandelt werden wird und dem Nationalrat vorgelegt werden kann. Eine weitere Verzögerung würde mit Recht von evangelischen Kreisen, von den kirchlichen Vertretern draußen in den Ländern und Gemeinden, die bekanntlich nach demokratischen Grundsätzen von den Kirchenmitgliedern gewählt werden, nicht verstanden werden. Wenn nicht bald eine Regierungsvorlage vorgelegt wird, dann, glaube ich, müßten es sich die evangelischen Abgeordneten — und zwar die aller Parteien — überlegen, ob sie das nicht durch einen Initiativantrag beschleunigen könnten (*Abg. Dr. Neugebauer: Eine Unterkoalition!*), damit bis zur Jahrhundertfeier des Protestantentpatentes wenigstens die berechtigten Anliegen der evangelischen Kirche Berücksichtigung finden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Olah: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Kummer.

Abgeordneter Dr. Kummer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Universitätsprofessor Dr. Richard Schwarz, der Ordinarius für Pädagogik und Kulturphilosophie an der Universität Wien, hat am 9. November dieses Jahres einen Vortrag über Sinn und Auftrag der heutigen Universität gehalten, der besonders im Zusammenhang mit der Hochschulpolitik der Gegenwart größte Beachtung verdient.

Er geht in seinem Vortrag davon aus, daß die heutige Universität deshalb in einer latenten Krise steht, weil ihr das Merkmal einer universitas omnium literarum, das Bewußtsein einer Einheit der Wissenschaft verloren gegangen ist. Er sagt:

„Als heute noch kaum angesprochenes Kernproblem wird die Verhältnisbeziehung von Wissenschaft und Weltanschauung erkannt, weil ohne Wertgesichtspunkte keine sinnbestimmte Wissenschaft möglich ist, Wertgesichtspunkte aber nicht ohne weltanschauliche Grundlage bestehen, sondern Weltanschauung als Sinnbezug letzter Stellungnahme gelten soll. Man versuchte, durch ein studium generale diese verloren gegangene universitas wiederzubringen. Dieses kann jedoch nur die Bemühung abzeichnen, den philosophischen Geist einer Fachdisziplin zu erfassen, das heißt, sie mit einem übergeordneten Maßstab in das Ganze des Wissenskosmos einzurichten. Dies bedeutet, daß Sachdenken nur Sinn erhält im Hinblick auf den Menschen, daß also die

Frage nicht lautet, ob der Mensch dem Fortschritt der Wissenschaft zu dienen hat, sondern ob die Wissenschaft der wesenhaften Entfaltung des Menschen zu dienen vermag. Wenn die forschende Haltung die Universität von der Fachschule unterscheidet, so ergibt sich hinsichtlich der verbreiteten Praxis des Anlernens, des Einpaukens, der Skriptengelehrsamkeit freilich heute ein grobes Mißverständnis, was nicht zuletzt in einer verschulten Prüfungspraxis begründet ist und diese wiederum in einer nichtentsprechenden Vorstellung von Ideen und Aufgaben der Universität ihre Ursache hat.“

Professor Schwarz sieht als erstes Anliegen in aller Vermittlung von Wissenschaft die Persönlichkeitsbildung. Er sieht in der Universität nur noch den Kampfplatz vieler Positionen, die alle nach der so vieldeutig gespielten Wahrheit streben. Hier sieht er die tiefe Krise dieser Institution in der heutigen Zeit. „Auch die moderne Universität“ — sagt er — „wird sich von einem neuen Angelpunkt ihrer universitas, also auf ein Minimum gemeinsamer Grundüberzeugungen, ständig bemühen müssen, will sie sich nicht mitschuldig machen an der Auslieferung einer bangenden Menschheit an die unkontrollierbaren technologischen und politischen Mächte.“

Ebenso findet ein Aufsatz in der „Furche“ vom 19. November von Dr. Michael Mitterauer, einem Promoventen sub auspiciis Praesidentis, größte Beachtung, welcher im Anschluß an den Vortrag von Professor Schwarz geschrieben wurde. Der Verfasser beklagt das immer stärker werdende Spezialistentum, sodaß der Durchschnittsstudent von heute über den engeren Kreis seines Fachgebietes nicht mehr hinaussieht. Außerdem steht er dem eigenen Spezialgebiet meist ohne jede innere Beziehung gegenüber, aber nicht in der Haltung eines Studenten, dem die Wissenschaft ein persönliches Anliegen bedeutet. Er stellt eine Stagnation im geistigen Leben der Studentenschaft und damit einen Mangel an geistiger Dynamik fest.

Meine Damen und Herren! Diese Klage eines jungen Akademikers, der erst in jüngster Zeit die Hochschule verlassen hat und von dem anzunehmen ist, daß er mit den Verhältnissen vertraut ist, muß zu denken geben.

Ich sage dies im Hinblick auf eine Reform unseres gesamten Hochschulwesens und konkret im Zusammenhang mit dem schon seit längerer Zeit vorliegenden Entwurf eines Hochschulstudiengesetzes. Es ist keine Frage mehr, daß ein Bundesgesetz der Entwicklung der Wissenschaft im letzten Jahrzehnt und ihren verschiedensten Fachrichtungen Rechnung tragen muß. Außerdem ist es die immer weiter steigende Zahl der Hörer an unseren

2020

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

Hochschulen, die sich einem veralteten Studienbetrieb gegenübersehen.

Der vom Bundesministerium für Unterricht vorgelegte Gesetzentwurf ist gut. Er sollte so rasch als möglich Gesetz werden. Vor allem ist es richtig, daß in ihm Forschung und Lehre eine Einheit bilden.

Oft wird auch bei uns der College-Betrieb gepriesen, ein Begriff, der uns aus den USA beschert wurde. Nicht alles, was von dort herkommt, ist so ohne weiteres zu akzeptieren. Es handelt sich um eine doppelte Organisation von einem solchen College-Betrieb und einem reinen Forschungsinstitut. Bei diesem System sind Lehre und Forschung getrennt. Jeder Forscher aber sollte, ja er müßte sogar gleichzeitig Lehrer sein, und jeder Lehrer gleichzeitig Forscher. Das erstere deshalb, weil er sonst den Kontakt mit dem Leben verliert, und das zweite deshalb, weil sonst die Gefahr besteht, daß er den Kontakt zur Weiterentwicklung auf seinem Gebiet verliert. Gerade diese Tradition deutscher Universitätsverfassung hat sich bewährt und läßt sich ohne Schaden nicht zerstören. Außerdem möge man bedenken, daß die USA bereits daran sind, dieses College-System wieder zu verlassen.

Ein modernes Hochschulstudiengesetz kann nur die Grundsätze enthalten, nach denen Lehre und Forschung aufgebaut werden können. Die konkreten Studienordnungen der einzelnen Zweige der Wissenschaft muß man der Verordnungsgewalt des Ressortministerrums überlassen. Ich glaube, daß sich hier der Kollege Mark irrt, wenn er behauptet, daß eine solche Verordnung verfassungswidrig wäre. Das kann man doch von Haus aus gar nicht so dezidiert behaupten. Warum sollte eine solche Verordnung verfassungswidrig sein? Es kommt doch darauf an, eben der Verfassung entsprechend, Gesetz und Verordnung aufeinander abzustimmen. Aber man sollte doch bedenken, daß es im Verordnungswege viel leichter möglich sein wird, die Studienordnungen der jeweiligen wissenschaftlichen Entwicklung anzupassen. Allerdings wird eine solche Erlassung der Regelung der Studien im engen Kontakt mit dem akademischen Rat erfolgen müssen.

Außerdem wäre für ein modernes Hochschulpersonalgesetz vorzusorgen, um vor allem unserem jungen begabten Akademikernachwuchs, der sich der Forschung widmen will, eine aussichtsreichere Laufbahn zu bieten.

Ich komme im Zusammenhang mit dem studium generale nochmals auf den Artikel in der „Furche“ zu sprechen. Mitterauer weist mit Recht darauf hin, wenn er sagt: „Umfassendes Wissen in den verschiedensten Fachgebieten zu haben, war in der einheitlichen

Bildungswelt früherer Zeiten noch bis ins 19. Jahrhundert hinein möglich. Nach dem heutigen Stand der Wissenschaften kann ein solches Ziel nicht mehr aufrechterhalten werden.“ Der Verfasser spricht sich dafür aus, daß die Forderung nach einem studium generale so aufzufassen wäre, daß es sich um ein studium fundamentale handeln müßte, da es nicht darum gehen kann, additives Wissen zu vermitteln. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß es sich beim Studium um eine Tiefenwirkung handeln müßte, demnach um eine philosophische Betrachtungsweise in allen Fächern. Mitterauer meint, daß zum Beispiel die Jurisprudenz ein Leitbild vom Rechtsphilosophischen her über Sinn, Tätigkeit und Grenzen des Rechtes erhalten müßte, die Medizin zum Beispiel nicht mit der Perfection ärztlicher Technik und Kunst das Auslangen finden dürfe, sondern sie müßte zu den übergreifenden Fragen nach Sinn und Grenzen des ärztlichen Berufes, nach einer ärztlichen Ethik und Anthropologie vorstoßen. Ich möchte noch hinzufügen, daß dies im besonderen für die Technik gilt, daß es heute nicht mehr genügt, reines technisches Fachwissen zu vermitteln, sondern daß auch, wie es erst Minister Drimmel bei der Eröffnung des betriebswirtschaftlichen Instituts so treffend hervorhob, nunmehr die Zeit gekommen sei, daß die Technik auch in den kulturellen Aufgabenbereich miteinbezogen werden muß.

Ich habe gerade im Zusammenhang mit dem Hochschulstudiengesetz sowohl die Ansichten des älteren, erfahrenen Wissenschaftlers als auch die Gedanken eines jungen Menschen, der eben erst die Hochschule verlassen hat, zitiert, weil wir sie beide beachten müssen und weil ich glaube, daß es notwendig ist, gerade diese Gedanken auch in einem künftigen Hochschulstudiengesetz zu verankern. Es ist daher notwendig, daß in allen Studienrichtungen, gleichgültig welcher Art sie sind, Philosophie, Psychologie, aber auch die Sozialwissenschaft Beachtung finden.

Es ist daher gerade das in der letzten Zeit eröffnete betriebswirtschaftliche Institut der Technik zu begrüßen, welches den jungen Techniker mit Wissengebieten bereichert, von denen er bisher so gut wie ausgeschlossen war, die aber die Grundlage für sein eigentliches Fachstudium darstellen und die ihm zu einer Geisteshaltung verhelfen, die eigentlich erst das Wesen des Akademikers ausmacht.

Damit ist aber auch dem Anliegen des Professors Schwarz gedient, wenn er sagt, daß das erste Anliegen der Universität die Persönlichkeitsbildung durch alle Wissenschaften sein soll.

Damit kehren wir zum ursprünglichen Wesen der Universität, ihrem Sinn und ihrem Auftrag zurück. Was aber für die Universität gilt, gilt in der heutigen Zeit in gleicher Weise für alle Hochschulen.

Und nun möchte ich auf eine Frage zu sprechen kommen, die in den letzten Jahren Gegenstand heftiger Diskussionen war und auch heute in diesem Hohen Haus schon erörtert wurde. Es ist die Frage der Studienförderung, über die ich bereits in der Budgetdebatte im vergangenen Jahr gesprochen habe. Es ist heute keine Frage mehr, daß begabte Studenten gefördert werden müssen. Die Diskussion geht jetzt nur mehr um die Art der Durchführung. Die Österreichische Volkspartei befaßt sich bereits seit langer Zeit mit diesem Problem, da es gerade die ihr nahestehenden Studentenorganisationen waren, die immer wieder auf die Vordringlichkeit dieses Problems hingewiesen haben. Der künftige Träger solcher Maßnahmen müßte gegenüber dem staatlichen Verwaltungsapparat eine echte Selbständigkeit erhalten und daher eine öffentlich-rechtliche Institution sein, da ein unorganisches Nebeneinander privater und öffentlicher Förderungsbestrebungen keine sinnvollen Ergebnisse zeitigen kann. Es soll aber die Einsetzung eines solchen öffentlichverantwortlichen Trägers der Studentenförderung die Wirksamkeit privater Förderer nicht ausschließen oder hindern.

Die Leitung dieses Trägers der Studienförderung hätte bei einem kollegialen Organ zu liegen, das sich aus Vertretern der Hochschulen und Akademien, des Unterrichtsministeriums und der Österreichischen Hochschülerschaft zusammensetzen soll. Dieses leitende Gremium hat sich aber bloß mit grundsätzlichen Entscheidungen und strittigen Einzelfällen zu befassen. Das Schwergewicht bei der Vergabe von Stipendien sollte bei den Hochschulen selbst liegen, da diese am besten durch den Kontakt mit den Studierenden ermessen und feststellen können, wer zu fördern ist.

Das Studienförderungswerk sollte keinesfalls in der Entscheidung und in der Verantwortung die Familie ersetzen. Auch auf diesem Gebiet, meine Damen und Herren, hat das Subsidiaritätsprinzip zu gelten. Es kann daher die Förderung nur so weit gehen, als die Familie nicht mehr zu leisten imstande ist. Es darf aber unter keinen Umständen in den jungen Menschen der Eindruck erweckt werden, daß nunmehr der Staat an die Stelle der Familie tritt, daß er nunmehr ausschließlich für ihr Studium aufkommt.

Wenn man bedenkt, unter welch schweren Opfern und persönlichem Verzicht Eltern oft ihre Kinder studieren lassen — und ich weiß,

wie schwer es meinen Eltern gefallen ist, mich studieren zu lassen —, so kann man nicht hoch genug das Opfer solcher Familien in Anschlag bringen. Der Wert des persönlichen Opfers und Verzichtes muß auch in unserer Zeit noch Geltung haben, und daher wäre es verfehlt, nunmehr die materielle Last des Studiums durch ein Studienförderungswerk von der Familie auf den Staat zu überwälzen.

Für die Förderungswürdigkeit kommt es in erster Linie auf die Begabung, in zweiter Linie auf die Bedürftigkeit an. Der Nachweis beider Kriterien wird unschwer zu erbringen sein. Jedes starre Bewertungsschema müßte aber von Haus aus problematisch werden und zu Härten führen. Es muß daher dem Ermessen Spielraum eingeräumt werden. Daher auch das Verlangen, daß die Hochschulen selbst entscheiden.

Anspruch wird auf jenen Betrag bestehen, der sich aus der Prüfung der Bedürftigkeit, also nach den Einkommensverhältnissen der Studierenden und ihrer unterhaltsverpflichteten Angehörigen, ergibt. Auch hier wird es sich empfehlen, von starren Einkommensgrenzen abzusehen und der Eigenart des Einzelfalles Rechnung zu tragen.

Der Antrag der Abgeordneten Mark, Doktor Neugebauer und Genossen auf Schaffung eines Studienförderungsgesetzes gewährt den Studienförderungsbetrag nur als unverzinsliches Darlehen. Ein solcher Vorgang, glaube ich, ist nicht zu empfehlen, weil er für den Studenten eben nicht eine Förderung bedeutet, sondern ein Darlehen, das er unter Umständen wieder zurückzahlen muß; allerdings kennt auch der sozialistische Vorschlag eine Erlassung der Rückzahlung bei rechtzeitiger Ablegung der Prüfungen. Bis dahin aber schwebt über dem Haupte des Studierenden diese Rückzahlungspflicht, da er nicht weiß, ob er den Betrag zurückzahlen muß oder nicht, wenn er einmal bei einer Prüfung Pech gehabt hat oder infolge Krankheit an der Einhaltung des Prüfungstermins verhindert ist.

Es geht also heute in der Diskussion um den sogenannten Rechtsanspruch. Nun, ich bin der persönlichen Überzeugung, daß ein absolut freies Ermessen der Behörden nicht dem Rechnung tragen kann, was man mit der Einführung einer Studienförderung letzten Endes erreichen soll.

Meine Damen und Herren! Viele Eltern werden nicht wagen, ihre Kinder studieren zu lassen, weil sie befürchten müssen, die Kosten des Studiums nicht tragen zu können, weil sie annehmen, daß es ungewiß oder zumindest sehr schwierig ist, ein Studium zu vollenden. Gibt der Staat aber von Haus aus eine gewisse Gewähr, ein Versprechen auf ein

2022

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

Stipendium, wenn bestimmte Voraussetzungen, wie Begabung und Bedürftigkeit, erfüllt sind, dann wissen die Eltern um diese Voraussetzungen, die sie dann selbst überprüfen können. Sie werden sich dann eher für das Studium ihrer Kinder entschließen. Nur wenn die Eltern breitesten Bevölkerungsschichten wissen, daß sie es unter Umständen wagen können, ihre Kinder studieren zu lassen, wird auch eine echte Auslese der Begabten gewährleistet sein.

Aus einem Rechtsanspruch wird befürchtet, daß auf diese Weise die freie Berufswahl beeinflußt werden könnte. Einem solchen Einwurf muß entgegengehalten werden, daß die Erfahrung lehrt, daß sich die Wahl des Studiums nicht nur nach dem Interesse richtet, sondern vor allem auch darnach, welche Aussichten in dem künftigen Beruf bestehen. Wir haben es ja während des zweiten Weltkrieges erlebt, daß damals aus den bekannten Gründen alles zum Medizinstudium drängte, und die Folge davon war, daß wir nach dem Kriege fast bis in die letzte Zeit ein Überangebot an Medizinern hatten. Nunmehr hat sich aber die Situation von selbst verschoben, da nach dem Kriege immer weniger Medizin studierten und wir heute fast befürchten müssen, bald einen Mangel an Ärzten zu haben.

Etwas Ähnliches können wir bei den Juristen feststellen. Immer mehr drängen zu diesem Studium. Wir haben noch immer Mangel an Juristen, weil die aufstrebende Wirtschaft in unserem Lande lange immer mehr Juristen gebraucht hat und daher wie ein Sog wirkte. Dagegen klagt das Justizressort über Mangel an Richtern. Aber ich glaube, daß sich auch hier wahrscheinlich bald eine Übersättigung wird feststellen lassen, sodaß sich auch dort wieder eine Umschichtung vollziehen wird.

Ich glaube also, daß man keine Sorge zu haben braucht, wenn der Staat die Verpflichtung zur Gewährung von Stipendien bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen und Bedingungen übernimmt. Ich glaube also nicht, daß damit auch ein Einfluß auf die Berufswahl verbunden wäre.

Es wäre nur zu wünschen, daß ehestens sowohl das vorliegende Gesetz über die Studien an den wissenschaftlichen Hochschulen, also das Hochschulstudiengesetz, als auch ehestens ein Gesetz über die Förderung begabter Studierender an den österreichischen Hochschulen vom Hohen Hause verabschiedet wird. (*Präsident Dr. Gorbach übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Zuletzt möchte ich noch einen Gedanken aufgreifen, der ebenfalls aus Hochschulkreisen kommt und der von Hochschulassistent Dr. Brusatti unter dem

Titel „Eine Chance für Österreich“ in der „Furche“ vom 5. November deponiert wurde. Dr. Brusatti geht ebenfalls von dem gleichen Anliegen aus, das auch der Unterrichtsminister immer wieder hat, nämlich daß es die Aufgabe Österreichs sei, gerade den jungen Menschen aus den Entwicklungsländern Möglichkeiten zu ihrer akademischen Ausbildung zu geben. Er sagt mit Recht, daß die traditionellen Entwicklungsstätten in Oxford und an der Sorbonne nicht mehr so geeignet sind wie früher, da sich in England und Frankreich die Ressentiments aus der Kolonialzeit erheben, und meint, daß gerade Österreich, dem man aus seiner früheren Zeit keine Ressentiments kolonialer Epochen entgegenbringt, geeignet wäre, sich dieser Studierenden aus den Entwicklungsländern, vor allem Asiens und Afrikas, anzunehmen. Ich weiß, daß die Meinungen über das Studium ausländischer Studenten besonders aus dem Nahen Osten gerade in Wien sehr geteilt sind und daß vielleicht mit Recht Klage geführt wird, und ich bin mir bewußt, daß gerade das Studium der Studenten aus den vorderasiatischen Gebieten eine Reihe von Problemen aufwirft. Ich glaube aber, daß Österreich infolge seiner Situation einfach um diese Aufgaben nicht herumkommt und eine Sendung zu erfüllen hat.

Ich glaube daher, daß der Gedanke, der von Dr. Brusatti ausgesprochen wird, grundsätzlich richtig ist. Er klagt mit Recht darüber, daß die vorhandenen Institute nicht einmal zur genügenden Ausbildung der inländischen Studenten ausreichen. Es ist selbstverständlich, daß ihre Förderung an erster Stelle steht. Das am 29. November beschlossene Schulbaufondsgesetz, das in erster Linie dem Bau von Mittelschulen dienen soll, wird auch hier vielleicht die notwendigen Mittel erschließen, um unsere Einrichtungen an den Hochschulen auszubauen zu können. Was wir aber brauchen, sind internationale Studentenheime, in denen wir diese ausländischen Studenten unterbringen können. Dies ist ein dringendes Gebot, dem wir unser besonderes Augenmerk zuwenden müssen. Wenn wir solche internationale Studentenheime haben, dann kann vielleicht auch daran gedacht werden, das Studium an einer österreichischen Hochschule von dem Wohnen in einem solchen Heim abhängig zu machen, um diese Studenten auch unter eine gewisse Obhut außerhalb des Hochschulbetriebes zu bringen und sie besser betreuen zu können, als dies heute der Fall ist. Es wären auf diese Weise manche Probleme zu lösen, glaube ich, die wir heute zu lösen einfach nicht imstande sind.

Meine Damen und Herren! Diese Fragen sind so wichtig, daß wir an ihnen nicht vorbeigehen können und dürfen, denn es kann uns

nicht gleichgültig sein, wie diese Völker des asiatischen und afrikanischen Raumes ihre neu gegründeten Staaten ordnen, ob sie den Weg in die echte Freiheit gehen oder sich zu einem kommunistischen Zwangssystem entschließen. Diese Entscheidung aber wird von jener Intelligenzschicht abhängen, die Europa auszubilden imstande ist. Aus den bereits angeführten Gründen kommt hier Österreich eine ganz große Bedeutung zu. Darum dürfen und können wir nicht an dieser Aufgabe vorbeisehen, sondern müssen alle Kräfte mobilisieren, um auch dieses Problem zu lösen. Wir können es uns nicht leisten, an solchen Aufgaben, die uns die Weltsituation stellt, vorbeizusehen, sondern wir sind mit diesen Aufgaben auch in die Entscheidung miteinbezogen, nämlich in die Entscheidung, wie die künftige Weltordnung gestaltet werden soll. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw. Ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte an den Beginn meiner heutigen Ausführungen die Vorlesung der Sätze aus dem Protokoll stellen, die ich bei der Schulbauten-Debatte gesprochen habe. Ich habe darüber gesprochen, daß geographische und politische Veränderungen das Schulgefüge verändert haben. Ich zitiere:

„Aber es kam nicht nur infolge der geographisch-politischen Verschiebungen zu großen Schulbaunotzuständen, sondern auch bedingt durch soziale Verschiebungen. Erlauben Sie mir zwei Zahlen anzuführen ...“ Nun führte ich die Zahlen an für Floridsdorf und Donaustadt einerseits und den 1. und 3. Bezirk anderseits, und ich setzte fort: „Aber in Floridsdorf und in Donaustadt zusammen gibt es eine ganze Mittelschule, besser gesagt, zwei Mittelschulen in einem Gebäude, für uns also eine Mittelschule, im 1. und 3. Bezirk aber — Sie würden es nie erraten — zehn Mittelschulen. Zehn dort, eine hier! Die Bevölkerungszahlen habe ich Ihnen vorhin genannt. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, verstehen Sie mich recht, damit ich mich nicht Vorwürfen aussetze, wie sie dem Kollegen Benya gemacht wurden ...“ Ich will das folgende überspringen. Ich betonte dann, daß es nicht darum geht, daß Bezirke wie der 1. und 3. weniger Schulen haben sollen, sondern Bezirke wie der 21. und 22. mehr. „Und darum,“ — so sagte ich weiter — „ist die Schulraumnot auch ein Politikum, weil man natürlich in dieser Beziehung fordern, anerkennen und klugerweise auch recht-

zeitig Vorsorge schaffen muß.“ Auf den Einwand des Herrn Dr. Gruber: „Wir haben auch viele Bezirke auf dem Lande, die gar keine Mittelschule haben!“ antwortete ich: „Ach ja, da haben Sie ganz recht; Sie unterstreichen nur das, was ich sagen wollte. Wir haben auf dem Lande so viele Bezirke, die keine Mittelschule haben! Und wissen Sie, wie schlecht das ist, Herr Kollege? Glauben Sie, daß ich froh darüber bin, daß wir in Floridsdorf keine Schule haben, und Sie auf dem Lande auch keine haben? Gar keine Spur! Ich bin der Meinung, daß auch das ein schlimmer Notstand ist, weil ich glaube, daß es sich ein Staat wie Österreich, ja kein Staat überhaupt leisten kann, große Kreise der bäuerlichen Bevölkerung vom Mittelschulstudium auszuschalten. Was Sie gesagt haben, unterstützt mich. Ich beziehe die Arbeiter in der Bevölkerung im großen Sinne mit ein, damit ja nichts mißverstanden wird. Dazu gehört die bäuerliche Bevölkerung und die ganze arbeitende Bevölkerung und ihre Kinder. Sie gehören in die Mittelschulen, wenn sie dafür geeignet sind, und das darf nicht davon abhängen, ob es Raum für sie gibt oder nicht. So ist der Sachverhalt, das möchte ich betonen.“ Ich habe dann noch darüber gesprochen, daß auch die Gleichberechtigung der Frauen zur Schulraumnot beigetragen habe.

In dieser besinnlichen und ruhigen Art habe ich meine Antwort auf das gegeben, was mir der Kollege Harwalik vorgeworfen hat. Man hat den Ausführungen, die genauso ruhig waren, wie ich sie vorgelesen habe, einen anderen Sinn unterschoben. Ich habe nämlich gesagt: So sind die Verhältnisse!, und ich habe gesagt, daß diese Schulen Ende des vorigen, Anfang dieses Jahrhunderts gebaut wurden. (*Abg. Harwalik: „Arbeiter-Zeitung“!*) Und kein Mensch konnte mißverstehen, daß ich den Herrn Minister Drimmel etwa für Schulen verantwortlich mache, die zu einer Zeit gebaut wurden, in der er noch nicht geboren war! (*Abg. Harwalik: Also die „Arbeiter-Zeitung“! — Gegenruf bei der SPÖ.*) Dazu komme ich jetzt. Wenn Sie aber solche Konsequenzen aus meiner Rede gezogen haben, dann möchte ich Ihnen sagen, daß Sie hätten weitergehen müssen, denn ich habe dann darüber gesprochen, daß durch die Gleichberechtigung der Frauen zuwenig Schulen für Frauen da sind, und Sie hätten mich daher auch anklagen müssen, weil ich den Herrn Minister Drimmel einer Frauenfeindlichkeit bezichtigt habe; mit demselben Unrecht, wie Sie das bei der Schulen-Frage getan haben! Aber das habe ich nicht getan; das würde ich nie tun. Ich weiß, mit welcher Liebenswürdigkeit er mir immer versprochen hat, daß ich einmal eine Schule bekomme — um nichts

2024

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

anderes zu nennen. (*Heiterkeit. — Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.*)

Ich möchte also feststellen: Wenn Sie das Protokoll meiner Rede, das ich erst heute bekam, gelesen hätten, bevor Sie, Herr Kollege, in einer nicht sehr besinnlichen Art zu meiner Rede Stellung genommen haben, dann ... (*Abg. Harwalik: In einer offenen Art!*) In einer nicht sehr besinnlichen Art. Denn etwas zu sagen, was — Sie haben es ja jetzt gehört — nicht einmal stimmt, sondern was Sie herauslesen (*Abg. Harwalik: Was liest denn die „Arbeiter-Zeitung“ heraus? Auf das kommt es nämlich hier an!*), und das dann als meine Meinung darzustellen, nenne ich keine besinnliche Art! (*Abg. Uhlir: Sie waren doch da! Wozu sitzen Sie im Parlament?*) Sie können nicht Ihr Entsetzen und Ihre Empörung über das Plakat so übertragen, daß Sie uns allen das, was wir sagen, so auslegen, wie Sie es haben möchten!

Ich möchte aber weiters sagen, daß in der „Arbeiter-Zeitung“ nur steht: die Arbeiterbezirke sind benachteiligt. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) „Sind“ heißt, sie sind jetzt benachteiligt durch all das, was vorher geschehen ist, und das heißt nicht: sie werden benachteiligt! Würde stehen: sie werden fortlaufend benachteiligt, dann könnte man es sich noch überlegen, ob das ein Angriff auf den Herrn Minister ist.

Im übrigen aber möchte ich sagen: Dem Herrn Kollegen Harwalik habe ich nur als ich zu antworten und den Inhalt meiner Rede festzustellen. Welche Titel die Presse gemäß ihrer Einstellung und der Pressefreiheit den Reden gibt, das muß er sich mit der Presse ausmachen.

Ich möchte jetzt zu meiner Rede übergehen, die sich mit den inneren Problemen der Schule beschäftigt. Ich möchte davon ausgehen, daß in der Welt von heute bei der Erziehung des Menschen Verschiedenes beachtet werden muß. Ich zitiere den heute bereits erwähnten Professor Heinrich Rodenstein, der einen Lehrstuhl für staatsbürgerliche Bildung an der Kant-Hochschule in Braunschweig hat und der sagt, daß bei der Erziehung der Menschen beachtet werden muß, daß an die Stelle des einseitig ausgebildeten, des routinierten Arbeiters der vielseitig geschulte, anpassungsfähige Mensch tritt. Er meint, daß dieser Mensch der Zukunft fähig gemacht werden muß, mit seiner Freizeit etwas anzufangen, daß er fähig gemacht werden muß, der Reklame und allen ihren schlechten Formen Widerstand zu leisten. Er meint, daß die Erziehung zum Staatsbürger den schwersten und verantwortungsvollsten Teil der Erziehungsaufgaben unserer Zeit darstellt. Die

Zeit vom 14. bis zum 17. oder 18. Lebensjahr ist die, die am wichtigsten ist. Daher schreibt er dieser Mittelstufe der Schule die größte Bedeutung zu. Er fährt fort: „Der Mensch des Automationszeitalters muß außerdem zum Herrn der vermehrten Freizeit erzogen werden“. Weiter: „Bei der Erziehung des Menschen zum sittlichen Wesen ist zu beachten, daß sich der junge Mensch in einer Welt der Außensteuerung ... nicht ausschließlich von den Vorschriften der ihn umgebenden Außenwelt leiten läßt, sondern auch der inneren Zuneigung zur künftigen Tätigkeit...“

Wenn ein Mann, der den Lehrstuhl für staatsbürgerliche Erziehung an einer Universität, wie die Kant-Universität eine ist, innehat, das sagt, so können wir nur zustimmen. Trotzdem glaube ich, daß ein Punkt von ihm nicht genügend betont worden ist: Es muß gerade in dieser Zeit, in der aus dem Kind langsam ein heranwachsender und dann ein erwachsener Mensch wird, das Seelische sehr beachtet werden. Der Mensch ist in dieser Zeit allen Einflüssen weltanschaulicher, aber auch allen Einflüssen seelischer Art besonders weit aufgetan.

Herr Minister Dr. Drimmel hat laut dem Österreich-Bericht Nr. 112 vom 13. Mai 1960 gesagt, daß gerade die Lehrer dazu aufgerufen seien, „der um sich greifenden Standpunktlosigkeit ein Ende zu bereiten und der auf Grundsätzen aufgebauten Existenz Raum zu verschaffen“.

Ich bin ganz seiner Meinung. Wovor wir die Jugend gerade in diesen eindrucksfähigsten Jahren absolut bewahren müssen, ist, daß sie dieser Standpunktlosigkeit verfällt, dem — was ich Nihilismus genannt habe — Gefühl der Ausweglosigkeit.

Ich glaube, wenn Herr Dr. Weiß in seiner gestrigen Rede als Ziel der Erziehung den Menschen hingestellt hat, daß er — und zwar ungeachtet der Umstände, in denen er lebt — doch ein glücklicher Mensch wird, so möchte ich das nur unterstreichen und möchte sagen: Ja, gerade in dieser Zeit der Mittelstufe hat die Schule die große Aufgabe, den Menschen so zu leiten und so zu erziehen, daß er zum Glücke fähig wird, daß er glücksfähig wird und froh ist, zu leben, daß er sich auf den Beruf freut und auf seine Zukunft.

Daher glaube ich, hier sagen zu müssen, daß es eine der hauptsächlichen Forderungen an unsere Zeit ist, die eine neue ist, eine neue Schule zu schaffen. Über die Organisation dieser neuen Schule hat mein verehrter Kollege, Präsident des Stadtschulrates Dr. Neugebauer gesprochen. Diese neue Schule muß der neuen Zeit, aber auch dem Menschen von heute gerecht werden, einem Menschen, der nicht so

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

2025

geborgen und nicht so zufrieden ist, wie der Mensch es früher war.

In der ganzen Welt gibt es das Ringen um eine neue Schule. Zwei Beispiele: In Deutschland wird in weitesten Kreisen der pädagogischen Welt die Diskussion darüber geführt, ob auf dem Dorfe eine sogenannte Mittelpunktschule besser sei oder die Kleinschule, das heißt, ob mehrere Dörfer zusammen eine Schule haben sollen oder jedes Dorf für sich eine Schule. Die Stellungnahmen zu diesem Mittelpunktschul-Problem gehen quer durch die Parteien. Die Frage des neuen Schulaufbaues, der den veränderten Anforderungen an die Schule entspricht, ist wirklich nur die Frage, ob die Schule im Gesamtkörper der Gesellschaft von heute organisch lebt und ob der Mensch, der die Schule besucht, durch sie und in ihr befähigt wird, erstens mit sich selbst und zweitens mit dem Leben fertig zu werden.

Daß die Welt komplizierter geworden ist, ist ein Gemeinplatz, den man aber immer wieder anführen muß. Die Kenntnisse müssen erweitert werden, das Können des Menschen muß größer werden. Aber das führt zu der Gefahr, daß zu viele Kenntnisse auf zu vielen Gebieten den jungen Menschen verwirren, ihn von der eigenen Konzentration abbringen könnten.

Darum müssen wir sagen, daß wir von der Schule von heute auch erwarten können und dürfen, daß die Kenntnisse nicht so sehr nach der Quantität wie nach der Qualität geschätzt werden, daß sie vertieft dem Menschen geboten werden, daß sie dem Menschen so geboten werden, daß er sie adaptieren kann, daß er eben mit ihnen etwas anfangen kann.

Vielfach — und darauf hat mein Vorredner, Herr Dr. Kummer, hingewiesen — ist es durch eine verschobene Familiensituation dazu gekommen, daß viele Kinder nicht studieren können, auch wenn sie studieren sollten. Ich habe darauf im Vorjahr und bei der Befragung der Schulraumnot verwiesen. Es ist aber auch oft zu einer Lockerung des Familiengefüges gekommen. Wenn heute die Psychologen sagen, das Kind, gerade das Kleinkind braucht die Nestwärme, so muß ich noch etwas sagen: Gerade im Pubertätsalter braucht der junge Mensch das Gefühl dieser Wärme, dieses Umsorgtsein. Es ist nicht nur das körperliche Umsorgtsein — auch das gehört noch dazu —, es ist das seelische und geistige Umsorgtsein.

Darum muß die Schule von heute Werte geben. Ich möchte aber ganz deutlich sagen, daß ich nicht Wertungen in diesem Sinne meine, daß die Schule dem jungen Menschen etwas als Wertung mitgeben soll, das er mitzu-

nehmen hat. Sie muß ihm Werte geben: die ethischen, die ästhetischen, die geistigen Werte, mit denen er selbst fertig werden muß.

Wir hören so oft: die Welt ist weiter geworden. Das stimmt. Aber die Schule muß intensiver sein, damit die weite Welt nicht zu sehr zerstreut. Und dann sagt man im Gegensatz dazu, daß die Welt kleiner geworden ist, weil Europa Amerika erreicht und Afrika mit Amerika und Europa in Kontakt tritt. Sie ist durch den Verkehr und die verschiedenen Kontakte übersichtlicher geworden, man sieht die anderen, die Jugend sieht die Jugend anderer Länder, man vergleicht sie, man erlebt mit.

Eine solche Situation erfordert eine Schule, in der neue Aufgaben, Aufgaben der Gemeinschaftsbildung, auf einer weiteren Basis vorhanden sind. Ich verweise nur auf den Europagedanken, der in unseren Schulen von heute eine Selbstverständlichkeit geworden ist, aber noch mehr vertieft und erweitert werden kann. Ich verweise darauf, daß die Menschen in der Schule von heute etwas erfahren von der Not und dem anderen Leben der Entwicklungsländer, daß sie vergleichen müssen, um daraus zu erkennen, was unsere Kultur ist, was sie uns bedeutet und was wir mit ihr anzufangen wissen.

Dieses Alter, von dem wir sprechen, ist das anfälligste Alter. Ich habe gesagt: Ein Kind kommt in die Mittelschule, ein fast Erwachsener, ein Scheinerwachsener verläßt sie. Welche Gefahr! Es besteht nämlich die Gefahr, daß das Kind in dieser Zeit — wenn die Familie eben nicht das ist, was sie sein sollte — die Führung verliert oder gar keine hat. Und gerade in dieser Zeit ist das Gemeinschaftserleben besonders stark. Das geistige und das gemeinschaftliche Erlebnis aber ist in der Schule von heute so stark verankert, weil ja gerade in der Schule die soziale Koedukation, das Nebeneinander von Menschen verschiedener Bevölkerungsgruppen, das Nebeneinander und Miteinander der jungen Menschen aus verschiedenen Milieus sich doch so auswirkt, daß sie verstehen, wie die Welt ist, daß sie in einer Welt, die keine Scheinwelt ist, sondern eine Gemeinschaftswelt der Jugend, aufwachsen.

Bei der Ausschußberatung habe ich ein paar Worte über das Problem der Autorität im Zusammenhang mit der Schulordnung gesprochen, und der Herr Minister hat in seinem Schlußwort betont, daß die Autorität niemals so notwendig gewesen sei wie jetzt. Ich gebe ihm vollkommen recht. Aber was ich meine, ist, daß die innere Autorität, das, was ich unlängst die Autorität des Vorbildes, des Vorlebens, des Leitbildes genannt habe, in

2026

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

der Schule besonders wichtig ist. Für die jungen Menschen, die die Schule besuchen, ist der Lehrer, ist das Schulgeschehen in dieser Zeit die Welt. Und der Eindruck, den sie von der Schule, vom Lehrer erhalten, ist gleichgesetzt der Welt der Erwachsenen. Wenn also die Schule, die Mittelstufe der Schule, gerade in der inneren Autorität, in dem Erfassen des Sinnes dieser inneren Autorität, maßgebend ist und wenn das junge Mädchen und der junge Mann in der Schule erlebt haben, daß man mit ihnen arbeitet, daß sie zur Mitarbeit erzogen werden, daß sie arbeiten und denken gelernt haben, dann wird, so meine ich — und ich bin ja nicht die einzige, die es meint —, aus diesem jungen Menschen, wenn er in die Welt, ins Leben hinaustritt, ein Mensch werden, der keine Ressentiments gegen die Welt der Erwachsenen hat, der die Welt der Erwachsenen nach dem mißt, was sie leistet, und nicht nach dem, was sie — seiner Meinung nach — ihm sagen muß.

Ich weiß, die Schule ist niemals Alleinzieher, und es wäre schlecht, wenn sie es wäre. Sie muß nur dort allein erziehen, wo kein Erzieher in der Familie ist. Daher besteht die neue Schule darin, daß Elternhaus und Schule zusammenarbeiten, daß der Vater und die Mutter mit der Schule in Kontakt bleiben, daß sie sich Rat holen, daß die Schule dem Elternhaus hilft, das Kind zu erziehen, und daß oft das Elternhaus der Schule hilft, das Kind zu verstehen. So verschieden sind oft die Funktionen. Aber die Zusammenarbeit Schule—Elternhaus ist eine der Forderungen, die selbstverständlich zum Teil erfüllt ist, in der Welt von heute. Je mehr die Familie versagt, desto stärker muß die Schule in die Bresche springen. Aber das Richtige wäre, wenn keine der beiden versagte, wenn Schule und Familie, ohne zu versagen, so wie sie sind, eine Ganzheit in der Erziehung bilden.

Professor Schelsky hat in seinem Buch die Bedenken geäußert, daß so wie der Dirigismus des Staates auch der Dirigismus der Schule sich sehr verderblich bemerkbar macht, daß die Schule zuviel Macht, zuviel Alleinherrschaft oder Alleineinflußnahme für sich in Anspruch nehmen könnte. Das wäre sehr schlimm, und das wollen wir wirklich nicht. Die Schule muß aber, ohne daß sie sich eine Allmacht anmaßt, doch miterziehen. Und so wollen wir den Mittelweg gehen zwischen diesem Dirigismus, vor dem Schelsky Angst hat, vor dem übrigens auch Professor Klenner in seinem Buch in einem anderen Zusammenhang warnt, und auf der anderen Seite der Entschlossenheit, nur zu lehren, ohne zu erziehen. Die Möglichkeit, daß heute eine Schule Erfolg hätte, wenn sie nur lehrte,

nur Bildung, allgemeine Bildung oder Fachbildung beibrächte, ist abzulehnen. Und so stellen wir uns vor, daß zwischen dem Dirigismus des Staates und der Entschlossenheit, nur zu lehren, ohne in die Erziehungsaufgaben einzugreifen, dieser Mittelweg der ist, den die neue Zeit fordert und von der Schule erwartet. Der Mensch steht im Mittelpunkt, aber es muß ein gebildeter Mensch sein, ein seinen Fähigkeiten entsprechend unterrichteter Mensch, ein anständiger und ein aufrechter Mensch. Aus diesem fähigen, gebildeten, unterrichteten, aus diesem anständigen und aufrechten Menschen besteht ja die gesunde Gemeinschaft, auf ihn stützt sie sich.

Wenn wir uns fragen: Was ist denn das Ideal, dem die Schule zustrebt, gerade die Mittelschule und die Mittelstufe ?, so ist es eben dieses Ziel, die Menschen so zu bilden, daß ihre Bildung sie fähig macht, zu sehen, zu begreifen, richtig zu empfinden und zu fühlen. Daher: Wollen wir eine große Anzahl gebildeter, anständiger, wohl nicht selbstzufriedener, aber mit sich selbst ringender und zu einer Glücksfähigkeit gelangender Menschen haben, dann müssen alle Menschen richtig erfaßt und herangezogen werden. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die Forderung: Gleiche Möglichkeiten für alle!

Bestehen diese gleichen Möglichkeiten für alle ? Gerade der Herr Abgeordneten Dr. Gruber hat mich vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, daß sie für die Bauernkinder nicht bestehen. Ich bin der Meinung, daß sie auch für die Arbeiterkinder nicht bestehen. Ich möchte Ihnen aus einer Schule einen Querschnitt bringen. Es ist das die Schule eines Arbeiterbezirkes, es ist die Schule, deren Direktorin ich bin. In dieser Schule sind 55 Prozent der Kinder Kinder von Festbesoldeten — Angestellten, Beamten und Privatangestellten —, 18 Prozent sind Arbeiterkinder, 6 Prozent sind Kinder von Kleinrentnern und Witwen im Haushalt. Wenn in so starken Arbeiterbezirken, wie es Floridsdorf und Donaustadt sind, bloß 18 Prozent von den die Mittelschule besuchenden Kindern dem Arbeitermilieu angehören, so können wir doch wirklich nicht sagen, daß die Begabungen gleichmäßig ausgeschöpft sind. Ich könnte Zahlen bringen, die zeigen, wie das im Verhältnis zu der Bevölkerungszahl ist.

Aus dem Statistischen Handbuch beziehungsweise der Österreichischen Hochschulstatistik stammt folgende Übersicht: Die Selbständigen, die 17 Prozent der Bevölkerung bilden, haben 33,6 Prozent Anteil an der studierenden Jugend, die Arbeiter, die 41,8 Prozent der Bevölkerung stellen, haben 6,17 Prozent Anteil an der studierenden Jugend!

Warum ist das so? Sind die Arbeitersöhne und -töchter weniger begabt? Nein! Eine Untersuchung in Deutschland: „Die Begabungen in der sozialen Wirklichkeit“, hat gezeigt, daß bei 8500 Schülern von einem Unterschied der absoluten Begabung und Intelligenz nicht zu reden ist, sie bleiben also zumindest nicht hinter den anderen zurück. Warum kommen sie also nicht in die Mittelschule, warum studieren sie nicht? Streichen wir einmal die Schulraumnot, sprechen wir momentan nicht über sie. Sie trägt einen Teil der Schuld, aber nicht die Alleinschuld.

Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, wie viele von Ihnen sich dessen bewußt sind, wieviel schwerer es ein Arbeiterkind in der Mittelschule hat, weiterzukommen, als ein anderes Kind. So oft sind beide Elternteile berufstätig, es gibt zu Hause kein Tischgespräch, die Kinder sprechen Dialekt, eine andere Sprache. Sie haben oft Angst davor, in die Mittelschule zu kommen.

Dazu kommt noch etwas; ich möchte es die Schultradition nennen. Es ist selbstverständlich für das Kind eines Intellektuellen, eines hohen Beamten, daß es die Mittelschule besucht. Es war immer selbstverständlich für die Kinder der Arbeiter, daß sie die Volks- und Hauptschule oder die achtklassige Volkschule besuchen. Alle Tradition ist fest geworden, und man muß sehr oft diese Tradition erst langsam umbiegen oder, besser gesagt, man muß den Menschen Mut machen, von dieser Tradition wegzukommen. Daher: Wir müssen alles tun, um die Nachteile, die die Kinder derer haben, deren Tradition es bis jetzt nicht war, die Mittelschule zu besuchen, aufzuheben, damit das Kind, das begabt ist, von den Eltern in die Schule geschickt wird, in die es gehört, und nicht in die, in die es zufällig kommt.

Aber es ist oft auch so — ich glaube, Doktor Kummer hat es gesagt —, daß die Eltern es nicht wagen, diese Kinder in die Schule zu schicken, weil sie Angst vor den Kosten haben.

Es herrscht ein relativer Wohlstand in Österreich. Wir leben in einem Land, das Hochkonjunktur hat. Wir sind in einem Staat, der sich bemüht, den Menschen das Leben lebenswert, wahrlich lebenswert zu machen. Ich habe aber schon im Budgetausschuß gesagt — ich darf zitieren —: Aus dem Anlaß des Weltkindertages hat sich die österreichische Gesellschaft „Rettet das Kind“ zwei Aufgaben gestellt: Sie will dazu beitragen, daß endlich jedes österreichische Kind sein eigenes Bett bekommt, denn in Österreich schläft noch immer jedes achte Kind in einem fremden Bett.

Viele Kinder sind Schlüsselkinder, Kinder, die den ganzen Tag kein Zuhause haben. Ich habe im Budgetausschuß gefragt, und ich möchte es hier wiederholen: Können Sie sich vorstellen, daß ein Kind, das in der Nacht nicht im eigenen Bett schläft, dieselbe Möglichkeit geistiger Konzentration hat, wie das Kind, das im eigenen Zimmer schläft? Können Sie sich vorstellen, daß ein Kind, das nach der Schule in die Kälte des Zimmers kommt, das selbst einheizen, Essen kochen muß, das keine Mutter oder keinen Vater hat, der zu Hause ist und sagt: „Hast du Aufgaben? Welche Aufgaben? Komm, wir setzen uns hin!“, in der Mittelschule gleich gut wie die anderen mitkommt? Ich habe es erlebt, daß dem nicht so ist. Daher unsere Forderung nach Abhilfe.

Vor allem die Bundeserziehungsanstalt für die Auslese, aber dann auch Internate; Schulmahlzeiten, die in der angelsächsischen Welt, aber auch in Deutschland in vielen Fällen zur Selbstverständlichkeit geworden sind, sind in weite Ferne gerückt, aber siewären sehr wichtig. Stipendien sind zwar vorhanden — ich spreche jetzt über die Mittelschulstipendien —, aber ich würde wünschen, daß es eine Stipendienmöglichkeit gibt, die über das Gewöhnliche hinausgeht und bei Fällen besonderer Härte Abhilfe schafft.

Ich habe heute im Radio gehört, daß sich der Herr Minister mit dem Gedanken eines solchen Fonds trägt und daß er darüber gesprochen hat. Ich bin froh darüber und hoffe, daß die Mittelschule davon wirklich profitieren wird.

Wir sprechen so viel von Familienpolitik. All das, was ich bis jetzt gesagt habe, sind Beiträge und Bitten, an der konstruktiven Familienpolitik auch die Schule teilhaben zu lassen. Die Schulforderungen von heute sind in diesem Sinne nicht nur schulische Forderungen, sondern familienpolitische Forderungen von erheblicher Bedeutung. Man nützt und hilft der Familie dadurch, daß man es ihr ermöglicht, die Kinder großzuziehen, für die Kinder Familienbeihilfen zu bekommen, aber man nützt und hilft ihr auch, indem man ihr ermöglicht, ihre begabten Kinder in die Schulen zu schicken, in die sie gehören, sie in der Schule gut lernen zu lassen und sie auch innerhalb des Schulganges erziehen lassen zu können.

So kommen wir zum Mittelschullehrer, dem Erzieher in der Welt von heute. Dieser Mittelschullehrer muß all den Anforderungen gerecht werden, die die neue Zeit mit sich bringt. Seine Ausbildung aber ist eigentlich eine reine Wissensausbildung, eine theoretische und Fachausbildung. Ich habe sie in meinen Fächern, andere haben sie in ihren Fächern genossen, aber es ist nicht so wie an den anderen Fakultäten. An der medizinischen Fakultät

2028

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

muß jeder Student praktisch arbeiten; an anderen auch. Der Mittelschullehrer bekommt seine sicherlich gediegene und gute Ausbildung, die eine Fachausbildung ist, und er kommt dann zum Probejahr in die Mittelschule. Ein Jahr Schul- und Lehrpraxis, im Alter von 24 oder 26 Jahren! In diesem Jahr soll er jetzt lernen, mit Kindern zu lernen oder Kinder zu lehren. Wissen Sie, was das für ein Dilemma, was das für ein Konflikt ist für die Direktoren, für die in das Lehramt Einführenden, wenn so ein junger Mensch, Mann oder Frau, kommt, mit dem besten Wollen, und man in diesem einen Jahr entdeckt, daß er zwar ein guter Fachmann ist, manchmal sogar ein brillanter Fachmann, aber daß die Schule nicht sein Gebiet ist? Und jetzt bitte ich Sie, zu bedenken, was das heißt! Soll man diesem Menschen, der oft jahrelang gespart und gedarbt hat und der am Ende seiner Ausbildung ist, sagen: Du hast versagt, du kannst nicht das sein, was du sein wolltest! Jeder Tischler lernt am ungehobelten Holz, bevor man ihn an ein teures läßt. Jede Schneiderin lernt zuerst an einem ganz billigen Material, bevor sie das teure bekommt. Aber der Mittelschullehrer wird in die Schule, ich möchte fast sagen, „geworfen“ oder gestellt. Nach seiner langen Ausbildung weiß er selbst nicht, ob er in der Mittelschule als Mittelschullehrer im Umgang mit den Kindern, beim Arbeiten mit den Kindern bestehen kann.

Darum glaube ich, daß wir verlangen müssen, daß die praktische Ausbildung der Mittelschullehrer auf den Universitäten gesteigert wird. Es ist die pädagogische Kanzel besetzt. Wir haben einen Pädagogen, der dieser Forderung irgendwie Nachdruck verleihen könnte. Wir wollen, daß unsere Mittelschullehrer glücklich sind in ihrem Beruf und daß sie etwas leisten. Aber, ob sie es tun werden können, ob sie an ihrem Beruf Freude haben werden, das müssen sie vorher wissen und nicht erst, wenn sie fertig sind.

Der Mittelschullehrer von heute hat große Aufgaben. Ich möchte nur einige nennen. Es ist selbstverständlich, daß er Studienberater ist, daß er den psychologischen Dienst macht. Es ist selbstverständlich, daß er das „Theater der Jugend“ an die Schüler heranbringt, es ist selbstverständlich, daß er die „Bibliotheca pauperum“, das ist die Schülerlade, die Bibliothek, die die Kinder — es sind nicht nur arme Kinder —, die keine eigenen Schulbücher haben, versorgt. Das muß er alles leiten. Darf ich Ihnen sagen, daß alle diese Dienste — und es sind oft schwere Dienste, die er in der Pause, die er nach der Schule leistet — unbezahlt sind? Die Studienberatung, die Schülerlade, das Kulturreferat — lauter unbezahlte Leistungen!

Daher glauben wir, daß man die Anerkennung der gesteigerten Inanspruchnahme der

Lehrer auch darin zum Ausdruck bringen soll, daß man ihre Leistungen materiell anerkennt. Ich weiß, wer Lehrer werden will, der wird es werden, ob er nun eine Stunde mehr bezahlt bekommt oder nicht. Aber ist er es geworden, dann zeigen wir ihm doch, daß wir seine Mehrarbeit anerkennen!

Es besteht ein großer Mangel an Erziehern. Der Herr Unterrichtsminister hat im vorigen und in diesem Jahr betont, wie schwer es sein werde, Erzieher zu bekommen. Ich habe hier eine Resolution der Erzieher von Graz-Liebenau, einer Bundeserziehungsanstalt, in der die Erzieher darauf hinweisen, wie überbeansprucht sie sind. Ich glaube daher, daß das Erzieherproblem nicht so sehr ein finanzielles Problem ist, daß die jungen Menschen nicht Erzieher werden wollen, weil sie zuwenig bezahlt bekommen, sondern daß es vor allem ein Zeitproblem ist. So fordern die Erzieher, daß sie die 45-Stunden-Woche oder mindestens eine Verminderung ihrer jetzigen Stundenanzahl erhalten. Es wird behauptet, daß es in der Woche bis zu 108 Stunden Erzieherdienst kommt. Ich konnte das nicht überprüfen, das möchte ich gleich sagen, aber ich weiß, daß meine Kolleginnen in der Schule, die in den Konvikten arbeiten, aber auch die Bundeserziehungsanstalts-Erzieher immer wieder darüber klagen, wie wenig Zeit ihnen für sich selbst und für ihre Weiterbildung bleibt.

Wir müssen daher sagen: Erziehen braucht Zeit — so hat einmal der Herr Präsident des Stadtschulrates gesagt —, und Erziehen braucht Geduld. Der Erzieher braucht also Geduld, aber damit er sie hat, braucht er Zeit für sich selbst zur Konzentration, zur Selbstbildung.

Lassen Sie mich dieses Kapitel mit einer vielleicht etwas humoristischen Einschaltung schließen. Der Satiriker Bernard Shaw sagte einmal: „Those who can do, those who can't teach“ — die, die etwas können, tun es; die, die es nicht können, lehren die anderen. Ich weiß nicht, ob das je gegolten hat. Ich muß sagen: Meine Lehrer waren nicht so. Heute gilt sicher das Gegenteil. Unseren Lehrern, den Mittelschulprofessoren, muß der Dank ausgesprochen werden für die Bereitschaft, alles zu tun, und ihnen muß gesagt werden: Vielleicht hat das, was Shaw gesagt hat, einmal gestimmt. Bei uns in Österreich kann man nur sagen: Those who can teach! — die, die etwas verstehen, unterrichten auch.

Keine weltfremden Menschen sollen aus der Schule kommen — darum das Problem der Zeitgeschichte. Ich bin dem Bundesministerium für Unterricht dafür besonders dankbar, daß jetzt eine Expertentagung darüber stattfinden wird. Ich möchte betonen, wie wichtig

die Forderung ist, Zeitgeschichte in der Schule zu unterrichten und die Zeitgeschichte in den Unterricht der Schule einzubeziehen. Für die, die meinen, daß Zeitgeschichte darin bestehen könne, daß man Haß hineinträgt in die Jugend, indem man ihr das, was in der letzten Vergangenheit schlecht war, zeigt, möchte ich sagen: Zeitgeschichte heißt, daß man die Dinge zeigt, wie sie waren; es heißt aber nicht, daß man in den Kindern, in den Jugendlichen Ressentiments erweckt, sondern daß man sie durch die Darstellung der Dinge dazu bringt, zu denken, zu überlegen, Entschlüsse zu fassen und zu wissen, wie sie in dieser Welt von heute zum Nebenmenschen und zu den anderen Völkern stehen.

Ich weiß nicht, ob das stimmt, was eine Zeitung als Reportage angibt: sie hätte so undso viele Jugendliche gefragt, was sie über einen Mann namens Adolf Hitler wissen. Die Antworten waren in den meisten Fällen: Aus der Schule nichts! Das darf nicht sein. Es kann doch eine Geschichte, wenn sie sinnvoll sein soll, nicht mit der Zeit aufhören, die in die unsrige reicht. Darum Anerkennung der Bemühungen, die mit der Zeitgeschichte zusammenhängen, und die Forderung, diese Zeitgeschichte zu intensivieren!

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Schule ist ein Teil der Gesellschaft und gleichzeitig ihr Spiegelbild. Die Schule zeigt, wo die Gesellschaft gut ist und wo sie versagt. Sie vermittelt allgemeine Bildung, Denkfähigkeit und Kritikfähigkeit. Aber sie soll niemals zum skeptischen Ablehnen erziehen! Sie soll den Menschen die Sicherheit geben, sich auszukennen. Aber keine Selbstgefälligkeit! Sie soll den Menschen den Sinn für das Praktische geben, aber auch Mut zum Ideellen. Und ich möchte unterstreichen: Wenn gerade wir Sozialisten so oft auf das Materielle hinweisen, so tun wir es nicht, weil wir glauben, daß nur das Geld und nur das Materielle gilt, sondern weil wir in unserem Idealismus und in unserem Bekenntnis zu einer besseren, zu einer guten Welt überzeugt sind, daß alle Menschen die Möglichkeit haben müssen, ordentlich zu leben.

Die Schule soll auch Freude am Geistigen und am Ästhetischen bringen. Was will die Schule und was soll sie? Das ist schwer zu sagen; es ist oft besser, das Gegenteil zu sagen.

Ich fand in der Zeitung des Bundesjugendringes im Juni 1960 folgendes: „Meine Pädagogik ist hart. Das Schwache muß weggehämmert werden. ... Eine gewaltige, herrische, unerschrockene, grausame Jugend will ich. Jugend muß das alles sein. Schmerzen muß sie ertragen. Es darf nichts Schwaches und Zärtliches an ihr sein. Das freie, herrliche Raubtier muß erst wieder aus ihren Augen blitzen. ... Ich will eine athletische Jugend.“

Das ist das Erste und Wichtigste. So merze ich die Tausende von Jahren der menschlichen Domestikation aus. So habe ich das reine, edle Material der Natur vor mir. ... Ich will keine intellektuelle Erziehung. Mit Wissen verderbe ich mir die Jugend.“ Das ist entnommen dem Buch „Hitler im internen Kreis“, das in Deutschland erschienen ist.

Das wollen wir nicht, das will die Jugend nicht. Wir wollen die Jugend, deren Sinnbild der Österreichische Bundesjugendring ist, der ungeachtet aller weltanschaulichen Verschiedenheiten versucht, Toleranz zu üben und tolerant zu sein, dessen Jahresversammlung morgen stattfindet und dem man nur sagen kann, daß sein Weg der richtige ist. Wir wollen die Jugend, deren Sinnbild aber auch die Gewerkschaftsjugend ist, die am Silbernen und Goldenen Sonntag auf den Straßen sein wird mit Plakaten, die darauf hinweisen, daß viele Millionen Menschen weit weg verhungern.

Wir wollen die Toleranz im eigenen Land, das Interesse für das Fremde! Darum: Erwachen wir aus der Beklemmung, die dieses Hitler-Zitat wohl über uns alle gebracht hat — mir wurde sehr kalt, als ich es las —, und schließen wir mit dem, was der Philosoph Schleiermacher in seinen „Betrachtungen“ vor 150 Jahren sagte: „Mehr kann der Mensch, als er meint. Aber auch dem Höchsten nachstrebend, erreicht er nur einiges.“ Zeigen wir der Jugend in den Mittelschulen, in unseren Schulen, daß sie mehr kann, als sie meint, und erziehen wir sie dazu, daß sie, dem Höchsten nachstrebend, doch einiges erreicht und weiß, daß niemand alles erreichen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schönauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Schönauer: Hohes Haus! Ich will mich recht kurz fassen und an das anknüpfen, was meine Vorednerin gesagt hat und worüber zum ersten Mal in dieser Enquête gesprochen wurde: über die Lehrer, die Professoren und darüber, was man von ihnen verlangen kann, was man erwarten kann und was man erwarten muß.

Nun, meine Damen und Herren es ist ganz klar: das ist ganz verschieden. Es gibt, wie überall im Leben, gute Lehrer und schlechte Lehrer, und wer das Glück hatte, gute Lehrer zu haben, der wird sich das ganze Leben daran erinnern und wird auch ihr Beispiel nachahmen. Ich möchte sagen, nicht gerade im Gymnasium liegt das Zentrum der Entwicklung und das Zentrum der Erziehung, das fängt schon viel früher an. Die Kinder kommen aus behüteter Kinderstube und gehen in die Schule. Dort finden sie schon

2030

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

— manchmal wenigstens oder zum größten Teil — die Lehrerin, die ausgezeichnete Frau, die mit liebender Hand das Kind führt und es durchführt durch die vier, fünf Jahre. Dann ist eben zu entscheiden, was weiter geschehen soll. Dann kommt das Kind in eine etwas stärkere, in eine männliche Hand, macht das Gymnasium, und schließlich geht es auf die Hochschule oder geht sonst in eine höhere Entwicklungsschule. Kurzum, wer Glück hat — und ich hatte es, ich habe allerdings beides erlebt, aber zum größten Teil und weitaus die längste Zeit hatte ich ganz ausgezeichnete Lehrer —, der kann so wie ich sich nur mit größter Dankbarkeit seiner Lehrer erinnern.

Wenn dann hier Ausschnitte aus einer Schrift verlesen wurden, so möchte ich als Arzt sagen: Das gehört doch in ein psychiatrisches Lehrbuch. Dort gehört es hinein, das soll man in einer öffentlichen Tages- oder Wochenzeitung doch überhaupt nicht annehmen, und es soll doch keineswegs dazu verwendet werden, Menschen zu erregen und aufzuregen. Hier kann man nur sagen: Tiefstes Bedauern und tiefstes Leid, daß es so kranke Menschen gibt!

Meine Damen und Herren! In der Ausschußdebatte über das Kapitel Unterricht hat man davon geredet, daß die Zwischenräume zwischen den Besetzungen an den Kliniken und Hochschulen und an den Universitäten überhaupt so groß sind. Das sieht man natürlich, das ist nicht abzuleugnen. Es sind lange Zeiten, lange Zwischenräume, und wenn in diesen Zwischenzeiten nichts passiert, dann muß man sehr zufrieden sein. Aber gestatten Sie mir doch, daß ich einmal darlege, woher denn diese Zwischenzeiten und diese langen, langen Karenzen kommen, dieses Unbesetztsein der Kliniken und Institute. Es ist so: Der Alte geht weg, und jetzt wird von einer Kommission ein Vorschlag gemacht. Sie sucht natürlich den Allerbesten, das ist ja auch notwendig, denn man soll die besten Menschen auf die hohen Schulen bringen. Sie sucht also Leute aus dem Inland, sie sucht Leute aus dem Ausland, und wenn sie sich an den einen oder den anderen wendet, der im Ausland lebt, so ist es immer so, daß wir zuerst die Nachricht bekommen, er nehme sehr gerne diese Stelle an und er werde der Berufung folgen. Nun, das ist schon etwas sehr Schönes. So kommt der zu berufende Kollege dann her und schaut sich alles an. Es gefällt ihm ganz gut oder weniger gut. Gewöhnlich aber haben wir es dann erlebt: er fährt weg und — ward nicht mehr gesehen. Wenn wir dann fragen: Um Gottes willen, warum haben Sie denn nicht angenommen, Sie haben doch erst zugesagt,

und wir waren schon sicher, daß Sie die Stelle annehmen ?, so hören wir, es habe ihm eben das eine oder das andere nicht gefallen, etwa der Gehalt, der in Wien im Vergleich zu dem deutscher Kollegen nicht sehr hoch ist, ungefähr ein Zehntel nur. Es war ihm also der Gehalt nicht hoch genug, oder es haben ihm die Kliniken nicht gefallen und so weiter. So haben wir im Laufe der Jahre seit 1945 vier Kliniken besetzt. Für jede Klinik hatten wir zunächst Ausländer berufen, die zugesagt hatten, wirklich ganz ausgezeichnete Fachleute. Aber wir sind glücklich gewesen — es haben alle vier abgesagt —, daß wir auch recht gute Österreicher gefunden haben. Ich meine, das liegt im Wesen der Berufung, weil man eben trachtet, die allerbesten Leute herzubringen. Letzten Endes sind sie dann doch nicht bereit, es muß neuerdings berufen werden, es muß wieder ein Vorschlag gemacht werden. Das alles dauert ziemlich lang, und so kommen diese langen, langen Interferenzen heraus. Das, meine Damen und Herren, nur als Beantwortung der Frage, die im Ausschuß gestellt wurde.

Noch ein zweites ganz kurz. Wir haben gestern gehört, daß einzelne Herren ein gewisses Faible haben für irgend etwas. Der eine ist fürs Dorotheum, der andere hat eine andere Schwäche. Bitte verzeihen Sie, ich habe auch eine Schwäche. (*Abg. Rosa Jochmann: Wir alle haben Schwächen!*) Ja, ich habe ja mehr, aber ich will nur von einer reden. Ich habe auch eine Schwäche, und das ist (*Zwischenrufe*) — haben Sie es noch nicht erraten? — das Allgemeine Krankenhaus in Wien. Ich hatte das Vergnügen, neben der chirurgischen Klinik das Haus 15 Jahre als Direktor zu leiten. Ich muß sagen, es war eine sehr angenehme Zeit. Ich habe natürlich alle Schwächen gesehen, die sich im Laufe der Jahre dort gezeigt hatten. Nun darf man nicht glauben, daß so ein altes Haus nichts mehr kann. Mein dritter Vorgänger Professor Albert war ein wunderbarer Chirurg, so wie es in jener Zeit eben war, mit einem beschränkten Programm. Er hatte einen Schüler, das war Lorenz. Der Name Adolf Lorenz ist den Älteren der Kollegen sicher bekannt. Er hat in dem alten Haus in einem ganz kleinen Kammerl die Behandlung der angeborenen Hüftluxation ausgearbeitet. Meine Damen und Herren! Daß man einem neugeborenen Kind oder einem Kind bis zu einem Jahr, oder noch später kann man es machen, die verrenkte Hüfte einrichtet, daß man dieses Kindchen durch eine besonders sorgfältige Behandlung wieder zum Gehen bringt und normal gehen läßt, und daß diese Mädchen — es sind oft die schönsten Mädchen, die diesen Defekt haben — vollkommen gesunde Mädchen

und Frauen werden, das ist doch großartig. Das hat er alles in einem ganz kleinen, nicht einmal sehr sauberen Raum gemacht vor ungefähr 80 Jahren. Daß der Raum heute noch zweckdienlich ist, zeigt nur, wie wunderbar dieses alte Haus gebaut ist. Es zeigt aber auch, daß es vielleicht doch an der Zeit wäre, daß man hier etwas tut.

Ich möchte damit meine kurzen Ausführungen schließen. Ich möchte bitten und die Bitte wieder an den Herrn Minister richten, und immer werde ich das sagen, daß man sich um das Krankenhaus bemühen soll. Und mit dem Ceterum censeo, — nicht Carthaginem esse delendam, wie der alte Cato gesagt hat, sondern: valetudinarium esse erigendum, das Krankenhaus wäre zu erbauen, werde ich jeden meiner Vorträge und meine Worte schließen und ergebenst bitten, daß doch irgend etwas geschieht. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Chaloupek. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Chaloupek: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Zweig am Baum unseres Pflichtschulwesens sind auch unsere gewerblichen Berufsschulen. Die Bedeutung dieser Schulsparte wird durch einige Zahlen aus der österreichischen Schulstatistik sehr wirkungsvoll illustriert.

Darnach sind im Schuljahr 1958/59 in die gewerblichen Berufsschulen insgesamt 147.008 Berufsschüler gegangen, also fast 150.000 Jugendliche, mithin im Alter zwischen 14 und 17 Jahren. Diese fast 150.000 Berufsschüler wurden von 1868 hauptamtlichen und 2399 nebenamtlichen und nebenberuflichen Lehrern in 296 Schulen mit 5348 Klassen unterrichtet. Zum Vergleich und zur Unterstreichung der Bedeutung dieser Schulart sei angeführt, daß es im Schuljahr 1959/60 an den fünften bis achten Klassen der allgemeinbildenden Mittelschulen, also unserer Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen, Frauenoberschulen — Arbeitermittelschulen und die Aufbaumittelschulen nicht mitgerechnet —, nur 32.547 Schüler dieses Alters gab. Wenn wir auch heute schon immer wieder gehört haben, daß das nicht an der Interesselosigkeit der Eltern allein liegt, so ist doch das Verhältnis immerhin beachtlich.

Wenn auch die Berufsschule nach wie vor ihr Hauptziel in der Heranbildung eines tüchtigen Facharbeiternachwuchses wird erblicken müssen, also immer wieder darauf und in erster Linie darauf wird bedacht sein müssen, daß der Schuhmacher gutes Schuhwerk erzeugt, das gefällig aussieht und nicht drückt, daß der Schneider einen maßgerechten Anzug, der Tischler Möbel und

der Zuckerbäcker Backwerk, um mit den Worten des Herrn Abgeordneten Kulhanek zu sprechen, locker und lecker und delikat erzeugt, so muß doch festgestellt werden, daß die Berufsschule über die Einrichtung einer nur wirtschaftsfördernden Schule und einer bloßen Ergänzung der Meisterlehre längst hinausgewachsen ist und ebenfalls einen erziehlichen Auftrag hat, einen erziehlichen Auftrag, wobei aber nicht übersehen werden soll — und ich möchte das besonders betonen —, daß auch der Berufsschule gerade in der Befolgung ihres erziehlichen Auftrages Grenzen ihrer Wirkungsmöglichkeit gezogen sind und daß wir beachten sollen, daß Lehrlinge und Lehrmädchen keine Studenten und Studentinnen und auch keine Fachschüler sind.

Die Frage ist berechtigt — und sie wird auch immer wieder gestellt —, wozu etwa an unseren Mittelschulen heutzutage noch Latein und Griechisch gelehrt wird. Zwei tote Sprachen, heißt es immer. Sie werden verteidigt gegen die reinen Utilitaristen, die alles nur vom Standpunkt der reinen Zweckmäßigkeit aus betrachten, was dem Tag und der Stunde nützt. Ich möchte aber diesen Gedankengang auch auf die Berufsschulen anwenden. Nun meine ich aber nicht den philosophierenden Schneider oder etwa den Schuhmacher und Poeten dazu. Aber der Mensch, vollends in einem demokratischen Gemeinwesen und in einer ungleich komplizierteren Zeit als jemals zuvor, ist nicht nur Angehöriger eines Berufsstandes, er ist nicht bloß Berufsträger, sondern zutiefst ein gesellschaftliches Wesen und also zunächst ein Mitmensch und Mitbürger, wobei es freilich nicht in erster Linie auf die Ausstattung des Kopfes ankommt, was uns Gegenwärtigen gerade in Betrachtung der hinter uns liegenden Jahre mit ihren staatlichen Wirren und Unselbständigkeit oft erschreckend genug zum Bewußtsein gekommen ist, wenn wir gesehen haben, wie selbst hochgestellte Männer, gelehrte Männer, den Sündenfall mitgemacht haben und den billigsten Propagandaschlagern erlegen sind.

Gewiß röhrt vielleicht gerade davon die weitverbreitete Skepsis in die Wirksamkeit aller Erziehungsbestrebungen und schulischen Einrichtungen her und auch die gewisse mangelnde Bereitwilligkeit, schulischen Fragen das erforderliche Interesse entgegenzubringen. Was ich daher meine, ist, daß man nicht bloß Facherziehung, sondern auch allgemeine Berufserziehung — wie man das genannt hat — an unseren gewerblichen Schulen betreiben müßte und daß neben der Facherziehung auch die allgemeine Berufserziehung hier am Platze wäre. Das soll keinen Rückfall in den unterrichtlichen Leerlauf der überwundenen allge-

2032

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

meinen Gewerbeschule bedeuten — ich möchte das besonders betonen, um ein mögliches Gegenargument im voraus vorwegzunehmen —, jener allgemein-gewerblichen Berufsschule, in der doch bekanntlich alle Berufe vom Zuckerbäcker bis zum Spengler in einer Klasse vereint waren und die für Lehrer, Schüler und für Meister eine Qual gewesen ist.

Diese auch allgemeine Berufserziehung sollte die Tatsache des in unserer Zeit immer häufigeren Berufswechsels ebensowenig unberücksichtigt lassen wie den Umstand, daß für viele der Beruf, der doch Berufung sein sollte, für Zehntausende zu einem öden, inhaltslosen und leeren Lohnverhältnis geworden ist, bar jeder Arbeitsfreude. Und weiters sollte diese allgemeine Berufserziehung auch ermöglichen, die jungen Menschen auf ihrem Weg ins Leben zu einer richtigen Verwendung ihrer Freizeit sowie zu einem vernünftigen Konsum anzuleiten, wobei ich nicht der Askese das Wort rede und mir von der freiwilligen Beschränkung im Konsum keinen Effekt erwarte. Mit der Enthaltsamkeit vom Konsum ist es gewissermaßen so wie mit dem bißchen Arbeitslosigkeit. Sie sind auch eine Flucht nach rückwärts und können keine Lösung der Gegenwartsprobleme bedeuten.

In unserer industrialisierten Gesellschaft, das ist ja wiederum zu lesen und zu hören, muß konsumiert werden, damit produziert werden kann, aber die jungen Menschen sollten befähigt werden — und das sollte mit ein Aufgabengebiet der Berufsschule sein —, daß sie nicht dem schreienden Angebot der Vergnügungsindustrie erliegen. Der Gewinn an Freizeit sollte einen Gewinn an Mensch-Sein bedeuten.

Kein Einsichtiger wird sich der Täuschung hingeben, daß alle Menschen zu dieser höheren Lebensauffassung gebracht und erzogen werden können und daß es nicht immer wieder auch junge Leute geben wird, die im Schaufensterbummel, in der unwährlichen Hingabe an die Traumwelt von Romanheften, von Filmen, von Tanzmusik oder im Konsum von Kleidung und Kosmetik ihr Genüge finden.

Eine sportbegeisterte Arbeiterin kommentierte dieses Verhalten ihrer Arbeitskolleginnen treffend, indem sie sagte: Die haben so gar nichts. Die gehen nur in die Fabrik und wieder nach Hause und denken, das muß so sein, die haben so gar nichts extra. — Soll man aber und kann man diese jungen Menschen angesichts des gewaltigen Reklamerummels, der dauernd auf sie einströmt, verantwortlich machen dafür, daß sie „gar nichts extra“ haben?

Eine Besinnung der Berufsschule auf ihren Erziehungsauftrag wird aber freilich nicht durch eine bloße Lehrplanreform zu bewerkstelligen sein. Hier bedarf es des entsprechend

vorgebildeten Berufsschullehrers. Natürlich meine ich hier den hauptamtlichen Berufsschullehrer. Um diesen ist es freilich gegenwärtig nicht zum besten bestellt. Nach der dermaligen Gesetzeslage ist die Ausbildung des hauptamtlichen Berufsschullehrers — ich möchte ausdrücklich betonen: außerhalb Wiens, denn in Wien werden die Möglichkeiten des Pädagogischen Institutes zur Verfügung gestellt — fast gänzlich dem Autodidaktentum mit all seinen Unzulänglichkeiten überantwortet. Während sowohl für die Volksschullehrerinnen als auch für die Kindergärtnerinnen, für die Horterzieherinnen und für die Arbeitslehrerinnen selbständige Bildungsanstalten bestehen und während für die Abgänger der Obermittelschulen, wenn sie sich dem Beruf des Volksschullehrers zuwenden wollen, ein einjähriger Abiturientenkurs vorgeschrieben ist, entbehren die Berufsschullehrer jeglicher selbständiger Bildungseinrichtung. (Abg. Altenburger: Umso anerkennenswerter ist der Erfolg!)

An staatlichen Maßnahmen für die Heranbildung der Berufsschullehrer können lediglich in Betracht gezogen werden: die Prüfungsvorschriften für das Lehramt an kaufmännischen Berufsschulen vom 1. April 1946, die Prüfungsvorschriften für das Lehramt an gewerblichen Berufsschulen, die Lehrerdienstzweigeverordnung vom 30. Mai 1958 und fallweise kurzfristige Kurse, das ist alles. Nun ist es eine Tatsache, daß ein mangelhaft ausgebildeter Lehrer, ein mangelhaft ausgebildeter Lehrstand schlimmer ist als ein Mangel an Lehrern. In die künftige Regelung der Lehrerbildung muß daher auch die Ausbildung des hauptamtlichen Berufsschullehrers mit einbezogen werden, die nach Lage der Dinge natürlich anders wird verlaufen müssen als die Ausbildung etwa des Volks- oder Hauptschullehrers. Jedenfalls ist der Zustand nicht vertretbar, daß man, wie es anlässlich der Errichtung einer Landesberufsschule vor Jahren der Fall war, 18- und 19jährige Maturanten, Abgänger der Handelsakademien und der Lehrerbildungsanstalten, in die Berufsschulen gegeben hat zur Unterweisung von Vierzehn- bis Siebzehnjährigen, wo man Lehrer und Schüler kaum auseinandergekannt hat.

Das Problem der Ausbildung des Berufsschullehrers ist in Deutschland schon weitgehend gelöst. Auch in der Schweiz ist die Ausbildung bei weitem besser als bei uns, obwohl die Schweiz infolge ihrer Kleinheit keine so weitläufigen besonderen Bildungsanstalten wie etwa Deutschland errichten konnte. Aber für eine gewisse Sparte ist eine mindestens einjährige Ausbildung in eigenen Anstalten vorgesehen, während bei uns auch das nicht der Fall ist, höchstens gibt es vor den Prüfungen einige kurzfristige Kurse. In der Zeit der Ersten

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

2033

Republik gab es die Kurse in Mödling, die waren doch in zwei Jahren während der Ferien, jetzt sind es kaum 14 Tage oder drei Wochen.

Daß man sich — das möchte ich nebenbei auch bemerken — mit der Zeit auch mit dem Problem der schulischen Ausbildung der jugendlichen Hilfsarbeiter wird beschäftigen müssen, wenn man dem Erziehungsnotstand unserer Zeit beikommen will, ist wohl auch klar. Das ist eine Kategorie von Jugendlichen, die aus welchen Gründen immer — oft ist es die mangelnde Einsicht der Eltern, das Bestreben, rasch zu einem Verdienst zu kommen — in keiner Lehre sind, sie unterliegen daher nicht der Berufsschulpflicht. Der Einführung dieser Berufsschulpflicht wird man nicht ausweichen können.

In Deutschland hat man in dieser Angelegenheit auch schon Bedeutendes vorgekehrt. Die Unterrichtung dieser Jugendlichen ist natürlich nicht so einfach wie die von Lehrlingen, es müssen andere Grundsätze hiefür gewonnen werden. Der Vorgang jedenfalls, wie es bei uns in Österreich, etwa in Vorarlberg oder Tirol oder in Kärnten, eingeführt wurde, daß man diese Jugendlichen in die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen schickt, ist keine Lösung. (*Abg. Altenburger: Aber besser als nichts!*) Herr Kollege, fragen Sie einmal einen Berufsschullehrer, der in einer landwirtschaftlichen Berufsschule unterrichtet — ich habe unterrichtet —, was man mit so einem anfängt, so wie man in einer allgemein-gewerblichen Schule nicht wußte, was man mit dem Zuckerbäcker anfangen soll, wenn daneben der Spengler gesessen ist. Sie sind nur bestrebt, irgendwie einen Nachweis zu bringen, daß sie nicht in die Schule kommen können. (*Abg. Altenburger: Nur beim sozialistischen Lehrer geht es!*) Es geht auch bei den anderen nicht. (*Abg. Altenburger: Bei einem sozialistischen Lehrer ist die Bildung gut, wenn es ein anderer ist, schlecht!*) Das sage ich nicht. Der eine ist genauso gequält wie der andere, das trifft jeden gleich, aber es ist keine Lösung, einen Hilfsarbeiter in die landwirtschaftliche Fortbildungsschule zu setzen. (*Abg. Altenburger: Führen Sie den Religionsunterricht ein, damit werden Sie die Moral stärken! Dann reden Sie über diese Dinge!* — *Abg. Nimmervoll: Das ist eine Beleidigung für die Lehrer, die an diesen Schulen tätig sind!*) Herr Kollege, ich habe erst unlängst mit einem solchen Berufsschullehrer gesprochen, der an einer landwirtschaftlichen Fortbildungsschule wirkt. Ich habe ja auch unterrichtet, erzählen Sie mir nichts, ich weiß doch, wie das dort zugeht! (*Abg. Nimmervoll: Beweise dafür!*) Mir wird niemand einreden, daß es eine Lösung ist, einen Hilfsarbeiter aus einer Fabrik in

eine landwirtschaftliche Fortbildungsschule zu schicken!

Nicht nur die menschliche Intelligenz ist in einer großen Streuung vorhanden, auch der Grad der körperlichen und seelischen Reife unserer Schulentlassenen ist sehr verschieden. Es ergibt sich daher auch die Frage: Wann ist denn der junge Mensch reif für den Beruf? Einer Anzahl von Frühentwickelten steht eine große Zahl von Vierzehnjährigen gegenüber, die in der Entwicklung zurückgeblieben sind und bei der Schulentlassung noch einen äußerst kindlichen Eindruck erwecken. Eine Untersuchung der im Schuljahr 1957/58 zur Entlassung gelangten Pflichtschüler ergab, daß zwar 10 bis 15 Prozent als frühentwickelt bezeichnet werden konnten — wir sehen ja solche Kinder immer wieder —, daß ihnen aber 30 Prozent gegenüberstanden, deren Entwicklung hinter dem Durchschnitt zurückgeblieben war. Die Einführung eines neunten Schuljahres erweist sich daher auch vom Standpunkt des Eintritts in einen Beruf als eine Notwendigkeit, wobei ich die Frage, nach welcher Schulstufe dieses neunte Schuljahr angegliedert werden soll, nicht diskutieren will.

Ein Wort aber auch zur Situation an unseren Hauptschulen. Mangels einer Rechtsgrundlage für alle im Verordnungsweg getroffenen Maßnahmen können auch die Empfehlungen der Landesschulinspektoren, so anerkennenswert sie auch sein mögen, wie schon der Name besagt, die fehlende Rechtsgrundlage nicht ersetzen. Infolge der unterschiedlichen Handhabung der Bestimmungen, die zur Anwendung gelangen, bieten namentlich unsere Hauptschulen nach wie vor das unerfreuliche Bild der Uneinheitlichkeit.

Nach den Darlegungen des Unterrichtsministeriums beruht die Organisation unserer Hauptschule derzeit auf dem seinerzeitigen Erlaß des Staatsamtes für Volksbildung, Unterricht, Erziehung und Kultusangelegenheiten vom 6. September 1945, auf dem sogenannten Hauptschulerlaß. Aber auch diesem Erlaß fehlt die in der Bundesverfassung vorgesehene Deckung. Dabei erfährt jedoch dieser zu Unrecht bestehende und mithin förmlich gar nicht existierende Erlaß immer wieder Ergänzungen. Ich erwähne nur die im „Verordnungsblatt des Bundesministeriums für Unterricht“ vom 1. Mai 1960 abgedruckten Erlässe. Der eine betrifft die Wiederholungsprüfung nach der vierten Hauptschulkasse, der andere die Rückverweisung auch von Schülern einzügig geführter Hauptschulen in die Volksschule, dann ist da ein Erlaß, betreffend die Hauptschulreife. Man kann diesen Erlässen weder die Berechtigung noch die Notwendigkeit aberkennen, da sie gewisse

2034

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

Schwierigkeiten und Härten, die sich in der Praxis ergeben haben, die bisher keine Regelung erfahren hatten und die bei den Eltern und bei den Lehrern Unwillen erregten, beseitigt haben. Aber die Praxis, die Übung zeigt doch, welche Widersprüche sich mangels der erforderlichen Rechtsgrundlage einstellen und zu welchen Kniffen immer wieder Zuflucht genommen werden muß.

Die Uneinheitlichkeit in der Organisation unserer Hauptschule offenbart sich vor allem in der Einrichtung der Klassenzüge. Bis zum heutigen Tag finden die Bestimmungen des teils angewandten, teils negierten, immer wieder aber ergänzten Hauptschulerlasses aus dem Jahre 1945 über die Errichtung zweiter Klassenzüge in den Bundesländern Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Burgenland überhaupt keine, in den Bundesländern Niederösterreich und Oberösterreich nur eine beschränkte Beachtung.

Die Begabungen sind nun einmal in einer großen Streuung vorhanden. Eine vernünftige, auf die psychologischen Gegebenheiten und die unterrichtlichen Erfordernisse Bedacht nehmende Organisation unserer schulischen Einrichtungen kann auf die Dauer an dieser Tatsache nicht vorbeigehen. Es ist richtig und es wird niemand in Abrede stellen, daß auch das Klassenzugssystem seine Mängel hat. Die Abschlußklasse aber kann nicht den Anspruch erheben, die bessere und gerechtere Differenzierungsmaßnahme der Mittelstufe darzustellen. Die Abschlußklasse kann auch nicht von sich behaupten, daß sie geringere Schwierigkeiten bereitet. Außerdem bedeutet das Einlehrersystem in der Oberstufe der Volkschule oder in einer Abschlußklasse insofern eine Beeinträchtigung der Bildungsmöglichkeiten der Schüler, als von keinem Lehrer erwartet werden kann, daß er in allen von ihm zu unterrichtenden Gegenständen gleich gut ausgebildet werden kann. Ich habe jedenfalls in meiner langjährigen Dienstzeit keinen solchen Tausendsassa getroffen. (*Abg. Regensburger: Es gibt Lehrer, die so ausgebildet sind in allen Fächern, daß sie einwandfrei unterrichten können! Sie wissen das doch selbst!*) Der kann es auch nicht, Herr Kollege! Das ist ja gar nicht möglich, weil er ein Zauberer sein müßte! Ich habe mir nie zugetraut, daß ich das könnte! (*Abg. Regensburger: Es ist nachgewiesen, daß diese einklassigen Schulen große Vorteile haben!*) Ja, ich kenne die Diskussion um das Einlehrersystem und das Fachlehrersystem. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Regensburger.*) Ja, das gibt es bei Ihnen zu Hause, ich habe ihn jedenfalls nirgends getroffen. Er müßte im Turnen, in Mathematik, in den Realien und in Deutsch und in allen Fächern gleich gut

sein und müßte alles mit der gleichen Liebe und mit der gleichen Einfühlung unterrichten. Ich habe keinen kennengelernt, Herr Kollege, der das kann. Wenn Sie einen solchen kennen — ich möchte ihn gern einmal sprechen.

Während der Schüler, der mangels eines zweiten Klassenzuges in die Abschlußklasse versetzt wird und in dieser die ganze restliche Schulzeit zu verbleiben gezwungen ist, hat er im zweiten Klassenzug der Hauptschule die Möglichkeit eines Aufstieges und kann in jeder Hinsicht besser gefördert werden, da der Hauptschule nun einmal ja mehr Möglichkeiten zur Verfügung stehen, auch wenn sie nicht über einen eigenen Physiksaal verfügt. Ich persönlich habe es an der Schule jedes Jahr immer wieder erleben müssen und hatte mit den Eltern die größten Schwierigkeiten, wenn die Kinder nicht für reif zum Aufsteigen in die erste Klasse der einzügig geführten Hauptschule erklärt wurden, sondern in die Abschlußklasse gesteckt werden mußten.

Da wurde in Wien, wo laut Schulstatistik für das Jahr 1959/60 den 26 einzügig geführten 129 zweizügig geführte Hauptschulen gegenüberstehen, in einem Bezirk eine beachtenswerte Erhebung durchgeführt. Sie ergab, daß von den Kindern, die seinerzeit in die erste Klasse der Bürgerschule eingetreten waren — vor 1927 gab es nur die Bürgerschule, die keine Differenzierungseinrichtungen besaß —, nur etwa ein Drittel, genauer 30 bis 35 Prozent, die dritte Klasse der Bürgerschule erreicht haben, während jetzt durchschnittlich 87 Prozent der Kinder, die in die erste Hauptschulklassen eintreten, den ersten oder zweiten Klassenzug der vierten Hauptschulklassen erreichen.

Ich erinnere mich: Ich habe eine große Bürgerschule in Nordböhmen besucht; da gab es vier erste Bürgerschulklassen und eine einzige vierte. Das war das unterrichtliche Ergebnis der Bürgerschule, wobei ich selbst über die Bürgerschule insofern keine Ursache zu klagen habe, weil ich, wie hier mein Herr Vorredner gesagt hat, ebenfalls das Glück hatte, die besten Lehrer zu haben, vor denen ich heute noch Respekt habe und die ich mir auch als Lehrer immer zum Vorbild genommen habe. Es ist eben die Schule das, was ihr Lehrer ist, heißt es immer.

Es ist begrüßenswert, daß in dem Erlaß des Unterrichtsministeriums vom 7. Juni dieses Jahres eine Reihe von Versuchsvorhaben im Rahmen eines gesamtösterreichischen Versuchsschulwesens im Bereich der Volks-, Haupt- und Sonderschule aufgezählt sind und hier auf die notwendige Differenzierung der Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen auch in der einzügigen Hauptschule hingewiesen wird.

Freilich ist dazu zu sagen, daß überall dort, wo die Voraussetzungen für die Führung von Klassenzügen gegeben sind — und jetzt möchte ich wörtlich den Erlaß zitieren — „das schwierige Versuchsvorhaben einer Differenzierung innerhalb der Klassen der einzügig geführten ländlichen Hauptschulen“ sich erübrigen würde, setze ich fort, und daß es Aufgabe des Unterrichtsministeriums wäre, auf die Einhaltung der diesbezüglichen Bestimmungen zu achten und auch dazu zu ermutigen. Denn es ist ja meine Überzeugung, daß man sich in so manchen Fällen nicht nur irgendwie aus grundsätzlichen Erwägungen an die Errichtung dieses zweiten Klassenzuges nicht heranwagt, sondern es ist damit auch eine gewisse Vorsicht verbunden. Aber wenn man diese Organisationsform in ihrer Auswirkung auf das Fortkommen der Schüler vergleicht, so ist jedenfalls das Klassenzugsystem mit dem zweiten Klassenzug dem Abschlußklassensystem vorzuziehen.

Die Organisationsform der Schule sollte es jedenfalls ermöglichen, daß aus den Kindern das Beste gemacht wird, was aus ihnen gemacht werden kann: aus den einen mit Wissen erfüllte Menschen, die in die Mittelschule überreten, aus den anderen Praktiker der Hände, nach ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten und Anlagen gebildet.

Auch die Schule trägt ihre Verantwortung am Zeitgeschehen. Und die Schule unterliegt in dieser Hinsicht auch der Kritik. Allein man soll doch nicht übersehen, daß die Schule nur einer der Erziehungsfaktoren ist, einer unter vielen, von denen die meisten oft viel mächtiger und einflußreicher sind als die Schule, und daß die Kinder auch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Tages in der Schule verbringen. Man kann daher auch nicht die Schule mit einer Verantwortung belasten für alle Unzulänglichkeiten, die die Gegenwart heute birgt. Gleichwohl muß aber festgestellt werden, daß die Schule, obwohl ihre Wirkungsmöglichkeiten nur beschränkt sind, nicht immer gerechten Werturteilen begegnet. Den Klagen über die mangelhaften Kenntnisse und Fertigkeiten, über ungebührliches Betragen der Schulentlassenen stehen oft sehr bewegte Klagen gegenüber, die auf die Überforderung der Schüler durch die Schule hinweisen. Es wäre hier fast angezeigt, von dem Übelstand des Nachhilfewesens zu sprechen.

Jedenfalls hat es die Schule in unseren Tagen schwerer als in den vergangenen Jahrzehnten, und die Arbeit des Lehrers ist nicht leichter geworden. Da ist die geänderte, für den Lern- und Erziehungserfolg nicht immer ersprießliche Situation in so manchen Familien,

da ist die vermehrte Reizüberflutung unserer Kinder durch den unvorhergesehenen Aufschwung der Technik, da ist die ganze Hast und Unrast unserer Tage. Ich muß wiederholen, was vorher schon hier gesagt wurde: Erziehung und Bildung ist ein Akt der Stille. Nach Möglichkeit sollte daher auch alles von der Schule ferngehalten werden, was diese Stille beeinträchtigt.

Nun soll meine Aufzählung kein Vorwurf gegenüber dem Ministerium sein. Ich erinnere mich des Ausspruches eines Herrn vom Ministerium, welche Mühe es kostet, Ablenkungen von der Schule fernzuhalten. Ich meine jetzt gar nicht die Tierschauen, die immer wieder veranstaltet werden, die Rezitatorien, die in die Schule kommen, die Kasperltheater, die sich immer wieder aufdrängen. Gegenwartsnaher Unterricht — ja! „Tag des guten Willens der Kinder von Wales“, „Tag des Lichtes“, „Tag des Waldes“, „Weltspartag“, „Weltmilchtag“, „Tag der Menschenrechte“, „Alkoholfreie Jugendwoche“, „Tier schutztag“, „Tag der österreichischen Fahne“: dreimal ja — aber keine Fortsetzung dieser Reihe!

Ich möchte auch sagen: Zweifellos würden so manche Klagen — und ich will gestehen, oft berechtigte Klagen, und zwar seit eh und je und nicht erst in unseren Tagen berechtigte Klagen — über die mangelnden Rechtschreibkenntnisse unserer Schüler verstummen, wenn es einmal gelänge, der schon so oft erörterten Rechtschreibreform, die vor allem die Kleinschreibung der Hauptwörter anstrebt, irgendwie einmal eine Möglichkeit zu bieten und ihr zum Durchbruch zu verhelfen. Freilich ist das keine bloß österreichische Angelegenheit und vor allem keine Parteisache. Ich möchte dieses Anliegen hier nicht erwähnt haben, wenn mir dabei irgendwie auch nur ein leiser Anschein von Parteilichkeit unterlegt werden sollte.

Die Schwierigkeiten, das Für und Wider um diese Reform sind bekannt. Ich erinnere mich aber hier immer wieder einer Situation in meiner Kriegsgefangenschaft. Da wurde ich als der Herr Unteroffizier, der des Stenographierens Kundige, ausgesucht, ich solle einen Lehrgang für Stenographie einrichten. Unter den Zuhörern war auch ein Herr Major. Ich sprach einleitend über die sehr vereinfachte Rechtschreibung in der Stenographie, daß es dort weder Groß- noch Kleinschreibung gibt und daß demnach keine Irrtümer vorkommen und keine Sinnwidrigkeiten entstehen können. Worauf mir der Herr Major — er hatte einen 13jährigen Sohn — sagte, er habe die Rechtschreibung gelernt, so werde es der Bengel, sein Sohn, auch lernen können. Das ist wahr

2036

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

oder auch nicht. Denn ich könnte eine Sammlung von Entschuldigungszetteln zeigen, die wir als Lehrer in die Hände kriegen von Eltern, von Großeltern, die in der Zeit der Monarchie in die Schule gegangen sind. Da würde man staunen, was man dort an „Rechtschreibkenntnissen“ gelernt hat. Das ist kein Vorwurf gegen die Schule von damals; ich habe es auch gelernt. (Abg. Dr. J. Gruber: *Die alten Leute haben im allgemeinen eine gute Rechtschreibung!*) Aber gerade vorhin, Herr Kollege, habe ich gehört, daß im vorigen Jahr sich einer Ihrer Parteifreunde im Ausschuß beklagt hat über die mangelnden Rechtschreibkenntnisse der Lehrlinge. Das ist mir neu, ich freue mich, daß Sie das sagen. (Abg. Dr. J. Gruber: *Nein, die älteren Leute, wollte ich sagen, haben im großen und ganzen eine gute Rechtschreibung!*) Wer? Die älteren Leute? (Abg. Dr. J. Gruber: *Ja!*) Ich bringe Ihnen ein paar Entschuldigungszettel, Herr Kollege, da würden Sie staunen. (Abg. Dr. J. Gruber: *Das beweist gar nichts!*) Lesen Sie einmal „Flachsmann als Erzieher“, da sind auch so Entschuldigungszettel drinnen. Sie werden staunen, was da drinnen steht! Wie oft schreibt man das Wort „mit“ mit Doppel-t, und wenn man es bedenkt: recht wär's so, weil man es auch so ausspricht! (Abg. Dr. J. Gruber: *Da kann ich Ihnen aber auch sehr viele Beispiele von heute zeigen!*) Herr Kollege! Da müssen wir uns einmal allein unterhalten, das wäre ganz interessant. (Abg. Dr. J. Gruber: *Bitte sehr, sehr gerne, ich stehe zu Diensten!*)

Es muß daher begrüßt werden, daß sich Herr Bundesminister Dr. Drimmel entschlossen hat, den Präsidenten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Universitätsprofessor Hofrat Dr. Richard Meister, mit der Aufgabe zu betrauen, die österreichische Kommission für Orthographiereform einzuberufen und ihr vorzustehen. Es wäre wünschenswert, bald etwas von der Tätigkeit dieser Kommission zu vernehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Leisser gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Leisser: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Präsident des Stadtschulrates hat in seiner sicherlich sehr großartigen Rede unter anderem auch das Wort „Klerikaler“ gebraucht. Als Freund der Sprache habe ich so scharf pointierte Antithesen wie „Klerikaler“ und „Kleriker“ ja an sich sehr gern. Wir wissen, was ein Klerikaler ist. Ein Klerikaler, das ist ein Mensch, der die Religion herunterziehen will in die Sphäre der Tages- und der Parteipolitik.

Wir alle haben kennengelernt, daß das der Religion nicht genutzt und auch der Politik sehr geschadet hat. (Abg. Dr. Neugebauer: *Sehr richtig!*) Aber diesen Vorwurf, Herr Präsident, wollen wir nicht auf uns sitzen lassen. Er hat uns getroffen, und ich glaube, vielleicht ist Ihnen dieses Wort, Herr Präsident, doch nur so herausgeschlüpft, wie es eben mit einem lateinischen Wort heißt: fugit irrevocabile dictum — unwiderruflich entflieht das Wort. Es passiert einem hie und da so, wir wissen das aus eigener Erfahrung.

Hohes Haus! Wenn man die vielen Worte, die heute gesprochen wurden, gehört hat, glaubt man eigentlich, es sei fast am besten, sich nicht zum Wort zu melden, damit nicht im Strome der Worte auch noch die paar kurzen Worte, die ich sagen möchte, vielleicht zur Gänze verschwinden. Der Tag ist etwas vorgeschritten, und ich muß sagen, die Sedisvakanz ist ja auch sehr groß geworden. Gestern waren wir dran, heute seid ihr dran. (Heiterkeit.) Nos desumus omnes — wir alle lassen es fehlen, will ich sagen, an Pflichtgefühl. (Abg. Dr. J. Gruber: *Der Vorwurf war zu früh, Herr Dr. Haselwanter!*) — Abg. Dr. Haselwanter: *Er war im Sozialausschuß!* — Abg. Dr. J. Gruber: *Nein, zuwenig Interesse für Kultur haben Sie festgestellt! Auf Ihrer Seite ja, leider!* — Abg. Aigner: *Dr. Gruber, wir zwei sind da!* — Abg. Dr. Neugebauer zum Abg. Dr. J. Gruber: *Herr Kollege! Unsere Leute gehen eben mit der Zeit!* — Heiterkeit.)

Hohes Haus! Immer wieder hören wir die Worte: Eine Schulreform ist dringend notwendig. Damit geben wir wohl das eine zu, daß wir das Richtbild eines allgemeingültigen Bildungs- und Erziehungsziels verloren haben. Wir sind da einer Meinung mit dem Ordinarius für Pädagogik an der Wiener Hochschule: Es gibt kein Bildungsbild als Richtbild vom Menschen und seinen Daseinsordnungen ohne Wertgesichtspunkte, und es gibt keine Wertgesichtspunkte ohne eine weltanschauliche Voraussetzung und Begründung. Und auch heute kann ein gültiger Maßstab, geeignet, alle Bezirke sinnvoll zu tragen, noch in der Ewigkeitsbindung des Menschen gesehen werden.

Daß und wie wir dieses Leben sinnvoll bestehen, ist das gültige Anliegen einer Lebenshilfe für den geistigen Menschen. Der moderne Mensch muß allerdings sicherlich mit der Wirtschaft, mit dem Arbeitsprozeß mitkommen. Das ist nach unserer Überzeugung eine Frage der Ausbildung. Die eigentliche Bestimmung des Menschen aber liegt nicht in seiner fachlichen Größe und in seiner technischen Bewährung, sondern im Kampf, einen existenziellen Lebenssinn zu gewinnen. Und das ist nach unsere Überzeugung eine Frage der Bildung.

Scientia — Wissen, ja! Dazu aber auch die conscientia — das Gewissen! Wenn in diesen Tagen der Ruf des Täufers ertönt: *Μετανοεῖτε!* — Denket um!, so gilt das auch für diese Frage. Auf diese Bildung hin soll die allgemeinbildende Mittelschule vorbereiten. Das verstehen wir als Ziel der akademischen Bildung. Auch die Demokratie braucht eine Elite solcher Menschen. Diese Elite will kein Vorrecht, sondern ist bereit, eine höhere Verpflichtung zu übernehmen. Was uns junge Menschen an Sokrates so begeistert hat, das war sein unbedingter Gehorsam dem *δαιμόνιον* gegenüber, dem Göttlichen in seiner Brust, dem Gewissen; daß er es wagte, in seiner Zeit gegen seine Zeit aufzustehen, deren Zeitgeist es war, der schlechteren Sache zum Siege zu verhelfen. Und er war der gerechten Sache gehorsam bis zum Tode. Ich glaube, auch wir brauchen in der heutigen Zeit solche Menschen, die den Widerstand des freien Geistes im Kampf gegen die Technokraten, im Kampf gegen die sogenannten Funktionäre und Manager wagen.

Einige Worte möchte ich noch zum humanistischen Gymnasium sagen. Herr Präsident! Die Tatsache, daß Sie so warme, offene Worte für den Bestand des humanistischen Gymnasiums gefunden haben, hat mich wieder mit Ihnen versöhnt. (Abg. Dr. Neugebauer: *Das ist ja auch die einzige Schule mit Koedukation! — Heiterkeit.*) Richtig, richtig! Aber begründet nur durch die geringe Anzahl der Mädchen! (Abg. Dr. Neugebauer: *Das hebt auch den Bildungsgrad!*) Sehr richtig! (Abg. Dr. J. Gruber: *Aber doch nicht die geringe Anzahl der Mädchen? — Neuerliche Heiterkeit.*) — Abg. Dr. Neugebauer: *Gewiß, die Buben werden sanfter, umgänglicher, und die Mädchen nicht so ganzerhaft!*)

Bei der 50-Jahr-Feier des Vereines der Freunde des humanistischen Gymnasiums am 6. März 1956 hat der Hochschulprofessor Walter Heinrich aus Wien im Auditorium Maximum der Wiener Universität einen Vortrag gehalten. Dabei hat er eine Stelle aus der Rede zitiert, die der Hochschulprofessor Hans von Arnim bei der Gründungsversammlung dieses Vereines am 31. März 1906 gehalten hat. Es ist schon lange her, aber immerhin gelten seine Worte auch heute noch:

„Der geschichtliche Sinn ist die Versöhnung von Idealismus und Realismus. Die Geschichte lehrt uns, daß jedes heilsame Schaffen nur in den Formen eines gegebenen Stoffes besteht; das Gegebene mit nüchternem Realismus aufzufassen zu können, das ist die eine Bedingung heilsamen Schaffens, die andere besteht darin, daß man die ewigen Ideale der Menschheit, die man als inneren Kern alles Geschehens in

der Geschichte kennenlernt, als Leitsterne walten läßt.“

Wir Freunde des humanistischen Gymnasiums glauben, daß zu einem ganzen und vollen Menschenglück das Glück der reinen Betrachtung ebenso unentbehrlich ist wie das Glück der Tat.

Die atemberaubende Entwicklung der Technik und die Ausformung eines neuen Naturbildes, das die Lehren der klassischen Physik aufsprengt und dem menschlichen Denken Räume von ungeahnten Dimensionen erschließt, könnten vielleicht den Glauben erwecken, es würde dadurch einfach die Überzeugung jener überrollt, die meinen, der Weg des reifenden Menschen durch die Antike führe auch heute und gerade heute zu entscheidenden Werten. Gerade aber im Bereich der Technik finden wir Bundesgenossen in unserem Kampfe für den Bestand des humanistischen Gymnasiums. Ich erwähne den Vorstand des Elektrotechnischen Instituts der Wiener Technischen Hochschule, Herrn Professor Leonhard Kneißler, der eine überzeugende Kampfschrift für das humanistische Gymnasium als Vorbildung des künftigen Technikers verfaßte. Und eine Reihe von Kollegen seiner Schule schlossen sich seiner Auffassung an. Ich erwähne den Professor der Hochschule für Welthandel in Wien Dr. Walter Heinrich, der ebenfalls die Bedeutung der humanistischen Bildung für die neuzeitliche Wirtschaftsführung in einer eigenen Broschüre niedergeliegt. Max Planck hielt bis zu seinem Ende an den Werten humanistischer Bildung fest. Erwin Schrödinger hat 1955 das Buch „Die Natur und die Griechen“ herausgegeben. Das erste Kapitel dieses Buches trägt die Überschrift: „Gründe für die Rückwendung zum Denken der Antike“. Werner Heisenberg erklärt in seinem Buch „Das Naturbild der heutigen Physik“, man könne kaum moderne Atomphysik betreiben, ohne die griechische Naturphilosophie zu kennen.

Große Männer der Wissenschaft legen also ihre Überzeugung über unser Verhältnis zur Antike dar. Dagegen wirken oft Angriffe, die in unserer Zeit gegen die humanistische Bildung gemacht werden, sehr niedrig und beschämend. Auch wir erklären mit allem Nachdruck: Wir treten dafür ein, daß das humanistische Gymnasium in Österreich auch in Zukunft gesichert und erhalten bleibt!

Meine Damen und Herren! Wir klagen sehr oft darüber, daß unsere Jugend zuwenig Interesse für die res publica habe. Wir rufen auf zur staatsbürgerlichen Erziehung. Vergessen wir aber nicht, daß auch hier das alte Sprichwort gilt: „Worte bewegen, Beispiele reißen mit.“ Aber geben wir selbst immer ein

2038

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

gutes Beispiel? Sehr oft sind Jugendliche im Haus und sehen und hören uns. Und oft sehen sie leere Sitze, sehen sie, wie wir uns unterhalten, wie wir Zeitungen lesen, sie hören Worte, die die Würde dieses Hauses herabsetzen. Wir haben oft Gelegenheit, bei Versammlungen, Festen und Feiern zu sprechen. Sicherlich sind dabei auch junge Menschen. Sagen wir stets die Wahrheit? Sind unsere Worte immer frei von Haß und Beschimpfung unserer Gegner? Ist unsere Rede immer offen und ehrlich oder auch hinterhältig und demagogisch? Viele Jugendliche hören uns zu, und sie sind genaue und kritische Zuhörer.

Erleben wenigstens unsere eigenen Kinder an uns ein Beispiel der Hingabe an die res publica? Aus den Reden der jungen Menschen können wir ja oft entnehmen, was Vater und Mutter zu Hause über den Staat und seine Vertreter reden beim Essen, bei der Unterhaltung. Oft ist es beißender Spott und eine grenzenlose Verachtung. Das nimmt der Jugendliche mit in sein Leben. Kann er sich dann für das öffentliche Leben begeistern? (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

So wollen wir Abgeordnete als erste uns bemühen, ein gutes Beispiel zu geben. Andere werden uns nacheifern, sicherlich nicht zuletzt die Lehrer. Denn was nützt uns die beste Schulreform, wenn dahinter nicht die Lehrer stehen, die diese Schulreform durchführen?

Mit dem Dank an diese Lehrer verbinden wir die Bitte, sie mögen wieder weiterarbeiten für unsere Jugend. Wir wissen, daß sie oft die Stillen im Lande sind. Nur selten erlebten wir, muß ich eigentlich sagen, die Stunden ungetrübter Freude, wo unser Herz übergeht. Gar oft stehen oder standen wir im Betrieb der Schule, ermüdet vom spröden Stoff und enttäuscht durch Unfähigkeit und Unverständnis.

Schauen wir Erwachsene zurück, so finden wir immer auch den Lehrer, der unser Auge geöffnet hat zum wahren Guten und Schönen. Dieses staunende Augenöffnen treffen wir Gott sei Dank auch heute noch im einsamen Bergdorf in Tirol wie im verschlagenen Waldviertel bei uns da oben und auch in der Reizflut der Großstadt. Und immer ist es der Lehrer, der dieses Thauma erregt. In einer richtigen *μαίευτική τέχνη*, in der Hebammenkunst, wie sie Sokrates gelehrt hat, gebiert er die Großen der Zukunft.

So ist dieser Tag der Schuldebatte, den viele spöttisch den Kirtag der Schullehrer nennen, in Wirklichkeit doch unser Tag, viel belächelt und verspottet, ausgenutzt und mißbraucht, enttäuscht und verbittert und gezeichnet von den Malen politischer Umbrüche. Dennoch wollen wir den Kolleginnen und Kollegen zurufen: Seid da! Seid zur Stelle! Denn

die Zeit und das Volk braucht euch! (*Lebhafte Beifall bei der ÖVP, Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Grünsteidl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Grünsteidl: Hohes Haus! Die Worte meines Vorredners dünken mir eigentlich als würdiger Abschluß einer solchen Debatte in diesem Hause, und es fällt mir schwer, nunmehr das, worüber ich hier sprechen wollte, auszuführen. Es ist aber vielleicht doch irgendwie symbolisch, daß ich zufällig heute der letzte Redner bin, weil ich meiner Herkunft nach über unsere hohen Schulen noch einmal sprechen möchte.

Der heutige Tag war ein Tag, an dem wieder einmal reichlich über Kultur gesprochen wurde. Wieder einmal ist in diesem Zusammenhang auch mit eindringlichen Worten über die Bedeutung des Bildungswesens und über die Not der Hochschulen und die stiefmütterliche Behandlung von Wissenschaft und Forschung gesprochen worden. Meine Damen und Herren! Die Worte „wieder einmal“ sollen aber einen Uneingeweihten nicht zu der falschen Annahme verleiten, daß in diesem Hohen Hause allzu oft über Kultur geredet wird. Ich glaube, es ist das Gegenteil der Fall. Mit Ausnahme der einmal im Jahr stattfindenden Budgetdebatte im Ausschuß und im Plenum wird zu den Problemen der Kultur, im besonderen zu den Fragen der Hochschule, Forschung und Wissenschaft nicht gesprochen, sondern geschwiegen.

Ich habe im Verlauf der vorjährigen Budgetdebatte versucht, dem Hohen Hause die außerordentliche Verantwortung vor Augen zu führen, die Sie alle, auch die, die heute nicht hier sind, zu tragen haben, wenn nicht ohne Verzug alle Maßnahmen ergriffen werden, um an unseren hohen Schulen und an den übrigen wissenschaftlichen Institutionen in personeller und sachlicher Hinsicht die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der internationale Standard erreicht und gehalten werden kann.

Es wird viel davon gesprochen, und auch hier wurde heute davon gesprochen, daß die im Entstehen begriffene „Bildungsgesellschaft“ — ein Wort, das der heute zitierte Professor Drucker geprägt hat — einen immer größer werdenden Bedarf an Akademikern mit sich bringt. Es wird davon gesprochen, daß anderseits die großen Umwälzungen in der Güterproduktion das Verhältnis von ungelernten Hilfsarbeitern zu Facharbeitern immer mehr zugunsten des hochqualifizierten Spezialisten verschieben. Alle diese Leute müssen ausgebildet werden. Um diese Ausbildungsarbeit leisten zu können, muß die Hochschule herangezogen werden. Die Heranbildung der Aus-

bildungskräfte beginnt notwendigerweise an unseren Hochschulen. Die Ingenieure, die Chemiker, die Wirtschaftswissenschaftler, Doktoren aller Grade und aller Arten, die für die Ausbildung dieser Fachkräfte notwendig sind, müssen eben an den hohen Schulen ihr Fachwissen und ihre Bildung erwerben.

Ich habe im Vorjahr auch darauf hingewiesen, daß die große Auseinandersetzung zwischen der freien Welt und der Welt des Kollektivismus nicht auf dem Schlachtfeld ausgetragen wird, sondern in den Laboratorien, in den Konstruktionsbüros, in Bibliotheken und Studierstuben unserer Forscher. Ihre Arbeit schafft die Grundlagen für den Wohlstand unseres Volkes von heute und morgen, und nur dieser Wohlstand der breitesten Massen allein kann ein tragfähiges Fundament eines modernen Wohlfahrtsstaates sein.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen schon im Vorjahr zugerufen: Was nützen Ihnen und uns allen die schönsten und bestens durchdachten Sozialgesetze, wenn die Quelle, aus der jener gewaltige Sozialaufwand gespeist werden soll — nämlich die Wirtschaft —, verdrorrt, weil Wissenschaft und Forschung, die stärksten Triebkräfte für den Aufstieg und die Entfaltung der Produktion, mit ihren wohlbegündeten Forderungen und Ansprüchen dauernd hintangesetzt werden?

Dies hat nun einen Zustand herbeigeführt, der nicht anders als ein nationaler Notstand bezeichnet werden kann, dessen ganze Tragik darin liegt, daß er nicht nur nicht von der Masse der Bevölkerung erkannt wird — dies kann dem einfachen Mann niemand verargen —, sondern daß auch weite Kreise derer, die es wissen müßten und die an dem Zustand ein gerütteltes Maß von Verantwortung tragen, an diesen Tatsachen ungerührt vorbeisehen und vorbeigehen.

Dank der unentwegten Bemühungen unseres Herrn Unterrichtsministers ist es endlich gelungen, durch die Schaffung des Schulbautenfonds an die Beseitigung der ärgsten Raumnot in den Schulen, Hochschulen und Laboratorien herantreten zu können. Freilich ist für uns Hochschullehrer ein bitterer Wermutsropfen dabei, da die ursprünglich für fünf Jahre geplante Aktion auf sieben Jahre erstreckt wurde.

Schon heute blickt so mancher Lehrkanzler vorstand mit Bangen auf den Ansturm von Hörern, der ihn vor das einfach unlösbare Problem der Aufteilung der kärglichen Zahl von Labor-, Übungs- und Seminarplätzen stellt.

Die gleiche Platzmisere herrscht in den Hörsälen der Hauptvorlesungen, wo die Studenten vielfach auf mitgebrachten Not-

sitzen die Mittel- und Seitengänge und jedes andere freie Plätzchen im Saal verstopfen. In jedem Theater, in jedem Kino und sonstigen öffentlichen Lokal würde die Polizei unter solchen Verhältnissen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit mit der sofortigen Sperre dieser Lokale vorgehen. Der Hochschullehrer stellt nun, so glauben wir, mit Recht die Frage: Gelten für unsere akademische Jugend nicht die gleichen Bestimmungen für die Bereitstellung eines ausreichenden und in hygienischer Hinsicht entsprechenden Arbeitsplatzes, wie sie für jeden anderen Arbeitenden in Österreich mit vollem Recht verlangt wird?

Wird hier nicht unverantwortlicher Raubbau am höchsten Gut unseres Volkes, an der akademischen Jugend, getrieben? Ist es da verwunderlich, daß wir Hochschullehrer angesichts der Tatsache, daß der auf der realen Basis des technisch Möglichen beruhende Fünfjahresplan des Unterrichtsministers auf sieben Jahre hinausgezögert wurde, mit tiefer Sorge in die Zukunft blicken?

Jeder Eingeweihte weiß — und das wurde auch heute hier im Hause betont —, daß der Hörerzustrom an die Hochschulen in den nächsten Jahren auf keinen Fall zurückgehen wird, ja daß er auf keinen Fall zurückgehen darf, wenn sich der Westen gegenüber dem Osten behaupten will. Und es steht daher zu befürchten, daß der Raumbedarf dem vermehrten Raumangebot in diesen sieben Jahren davonlaufen wird und die Raummisere ein chronisches Übel der österreichischen Hochschulen wird.

Lassen Sie mich aber noch ein anderes, womöglich noch schwerwiegenderes Problem behandeln, nämlich das des personalen Sektors unseres Hochschulwesens. Es wurde schon mehrfach auf die außerordentliche Zunahme der Hörer hingewiesen. Wie Sie aus den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz, zweiter Teil, entnehmen können, ist die Hörerzahl an den österreichischen Hochschulen vom Wintersemester 1958 zum Wintersemester 1959 von 29.845 auf 34.142 gestiegen. Das entspricht einer Zunahme von 10,3 Prozent; eine Zunahme, die auch nicht annähernd durch eine Vermehrung der Zahl der Professoren und des wissenschaftlichen Personals ausgeglichen wurde.

Noch krasser wird das Verhältnis, wenn man die gegenwärtigen Zahlen denen des Wintersemesters 1937/38 gegenüberstellt. Danach ist die Hörerzahl von 16.957 auf 34.142 gewachsen, das ist also eine Steigerung auf 201,3 Prozent.

Ergänzend möchte ich dazu sagen, daß zum Beispiel diese Steigerung an der Technischen Hochschule Graz 600 Prozent bei weitem übersteigt.

2040

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

Ich habe vor einigen Tagen im Rahmen einer akademischen Feier über dieses Problem gesprochen und Zahlen genannt, die auch den Weg in die Presse gefunden haben, zum Teil aber nicht richtig abgedruckt wurden. Ich möchte von dieser Stelle aus an die Presse den Appell richten, den Sachverhalt auf Grund der hier im Hohen Hause gegebenen Darstellung richtigzustellen, damit in der breiten Öffentlichkeit keine falschen Vorstellungen entstehen.

Die Frage, ob eine Hochschule mit Professoren zureichend oder unzureichend besetzt wird und ist, wird allgemein nach dem Verhältnis zwischen Professoren und Studenten beurteilt. Wenn wir die wichtigsten wissenschaftlichen Hochschulen Österreichs daraufhin überprüfen, dann ergibt sich folgendes Bild: An der Universität Wien ist das Verhältnis 1 : 80, an der Universität Graz 1 : 49, Universität Innsbruck 1 : 46, Technische Hochschule Wien 1 : 74, Technische Hochschule Graz 1 : 95, Montanistische Hochschule 1 : 51, Hochschule für Welthandel 1 : 216.

Der krasseste Fall ist hier zweifellos die Hochschule für Welthandel, wo im letzten Semester einer Zahl von 3239 Höhrern ein Kollegium von 15 Professoren mit zwei vakanten Lehrkanzeln gegenübergestanden ist, was eben dem Verhältnis von 1 : 216 entspricht. Wenn man von diesem Fall absieht, ist das durchschnittliche Verhältnis für alle österreichischen Hochschulen ohne die Hochschule für Welthandel 1 : 56.

Diese Zahlen sagen aber dem Außenstehenden nicht allzuviel. Der vor kurzem so tragisch ums Leben gekommene Professor an der Universität Rangoon, unser ehemaliger Dozent Dr. Karl Herczeg, schrieb mir, daß an seiner Universität das Verhältnis von Professoren zu Studierenden 1 : 24 sei, daß man über dieses Verhältnis sehr unglücklich sei und es im allgemeinen, nicht nur an der Universität selbst, als vollkommen untragbar bezeichne. Man verweist auf die Universität Peking, auf der das Verhältnis 1 : 12 ist.

Ich muß weiter noch darauf hinweisen, daß diese Prozentzahlen die Verhältnisse nicht ganz klar widerspiegeln. Wir müssen bedenken, daß an Hochschulen ohne Fakultätsgliederung, wo einfach besetzte Lehrkanzeln für Pflichtfächer mit Pflichtprüfungen bestehen, der Vertreter eines solchen Faches der Gesamtzahl der Hörer seiner Hochschule gegenübersteht, zum Beispiel an unserer Hochschule für dieses Wintersemester eben 1 : 3721.

An der Technischen Hochschule in Wien führten diese Zustände dazu, daß gewisse Hauptvorlesungen, besonders Experimentalvorlesungen, durch Fernsehen in einen zweiten

Hörsaal übertragen werden müssen, weil die Studenten in dem einen Saal nicht mehr untergebracht werden können und für Parallelvorlesungen weder der Raum noch das Personal zur Verfügung steht.

Daß unter solchen Bedingungen eine echte akademische, das heißt Hochschulbildung nicht mehr möglich ist, muß jedem, der vom Hochschulwesen westlicher Prägung auch nur eine Ahnung hat, vollkommen klar sein. Liegt doch das wesentlichste Merkmal westlicher Hochschullehre in der Persönlichkeitswirkung des Lehrenden, in der Strahlungskraft seiner Individualität. Diese Grundauffassung, darüber müssen wir uns klar sein, bildet einen integralen Bestandteil westlichen Freiheitsideals. Wir sehen ja auch, daß der Kollektivismus gerade hier den Hebel ansetzt, um in seinem Bereich das westliche System durch Einführung von Hochschulfernkursoen mit der damit verbundenen Entpersönlichung aus den Angeln zu heben.

Der Personalmangel betrifft aber nicht nur den Professorenstand, sondern in noch verstärktem Maß die Assistenten und wissenschaftlichen Hilfskräfte. Diese jungen, hochqualifizierten Kräfte werden heute in einer Weise überfordert, daß bei allem Idealismus, den man von einer Hochschullehrkraft billigerweise fordern kann und muß, jedes Maß an Arbeitsbelastung längst überschritten ist. Wir müssen die Frage stellen: Wo bleiben die Arbeitszeitgesetze, die für jeden Arbeitenden in Österreich Geltung haben, aber für den Stand der Hochschullehrkräfte aller Kategorien anscheinend nicht existieren? Vom Professor und Assistenten wird wissenschaftliche Arbeit, wird Forschungstätigkeit verlangt, weil er sonst als Hochschullehrer dem Studenten kein aus dem lebendigen Quell der Forschung gespeistes Wissensgut vermitteln kann. Es gehört oft eine übermenschliche Kraft dazu, unter den heutigen Verhältnissen diesem Auftrag noch gerecht zu werden. Unsere Assistenten kommen heute meist überhaupt nicht mehr zu einer wissenschaftlichen Arbeit, womit vielen bei höchster wissenschaftlicher Qualifikation der Weg zur Habilitation versperrt ist. Das bedeutet, daß sie nach einer gewissen Zahl von Jahren nicht mehr wiederbestellt werden können und ihren Posten daher verlieren müssen. Hier versiegt vor unseren Augen der lebendige Quell unseres so notwendigen wissenschaftlichen Nachwuchses. Wie soll unter diesen Verhältnissen nur der Status quo aufrechterhalten werden, der, wie sich zeigt, ja völlig unzureichend ist? Und wie soll die so notwendige Ergänzung auf dem Personalsektor ermöglicht werden?

Die österreichischen Hochschulen haben mit großer Sorgfalt und allem gebotenen

sachlichen Ernst eine Aufstellung der für den geordneten Studienbetrieb notwendigen zusätzlichen Zahl von Professoren, Assistenten und wissenschaftlichen Hilfskräften erarbeitet. Daraus ergibt sich ein Bedarf an 116 Professoren und 618 Assistenten und wissenschaftlichen Hilfskräften. Vergleichen Sie, meine Damen und Herren, diese Zahl mit der dem Bundesministerium für Unterricht im heurigen Jahr bewilligten Zahl von Dienstposten, so werden Sie sich unschwer errechnen können, wann hier mit einer wirksamen Abhilfe gerechnet werden kann. Vielleicht werden wir bis dahin unseren Ruf als in aller Welt geschätztes und geachtetes Hochschulland schon weitgehend abgeschrieben haben, und vielleicht sind wir bis dahin zum geistigen Aftermietter der Welt herabgesunken.

Hohes Haus! Vielleicht ist einer oder der andere unter Ihnen, der sich denkt, ich hätte zu schwarz gezeichnet, ich hätte übertrieben. Gott gebe, daß es so wäre! Leider ist dem nicht so, leider! Der, der so denkt, würde nur den Beweis erbringen, daß er den Ernst der Lage nicht zu erfassen vermag. Das wäre allerdings ein bedenkliches Zeichen für einen Volksvertreter, der ja schließlich für das Wohl des Volkes verantwortlich ist.

Ich habe von verschiedenen Seiten aus diesem Hause Kritiken an den Hochschulen und an Hochschullehrern gehört. Wer je wirklich Einblick in unsere Hochschulverhältnisse in allen ihren Einzelerscheinungen hat, dem muß wahrlich jedes kritische Wort im Munde ersterben angesichts eines solchen Idealismus und einer solchen selbstlosen Hingabe an das akademische Lehramt und damit an dem höchsten Dienst an unserem Volk. Es kommt mir so vor, daß ein solches Gerede nur allzu leicht einer Rede eines Blindgeborenen über das Problem der Harmonie der Farben gleichen könnte oder einer Erörterung eines Taubgeborenen über die Klangfarbe verschiedener Orgeln.

Meine Damen und Herren! Ich habe in meinen Ausführungen bewußt jede persönliche Apostrophierung vermieden und so manche Möglichkeit einer schärferen Pointierung nach einer bestimmten Richtung unterlassen, weil mir das Objekt meiner Darlegungen viel zu ernst erscheint, als daß es für billige, wenn auch noch so wirksame Effekte mißbraucht werden dürfte. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß die gewaltige Aufgabe, die auf uns allen lastet und zu deren Lösung wir unserem Volk gegenüber für alle Zukunft verantwortlich sind, nur in einer ruhigen und sachlichen Atmosphäre gemeistert werden kann. Dies wird nur möglich sein, wenn der ganze Fragenkomplex aus der Parteien Zank und Hader herausgehoben wird und wenn man

bei der Lösung dieser wichtigen Fragen vor allem auf die hört, die über die Dinge am besten Bescheid wissen, nämlich auf die Hochschullehrer selbst. Bei der Größe des Problems, der Schwere der Verantwortung, die, ich wiederhole es noch einmal, durch einen wahrhaft nationalen Notstand gegeben ist, muß es möglich sein, wie in der Außenpolitik eine gemeinsame Linie aller Parteien zu finden.

Die Arbeit kann allerdings, wie ich schon betont habe, nur in einer ruhigen Atmosphäre klarer Sachlichkeit geleistet werden und sollte nicht nach dem „Rentenföhn“ durch eine Sturmperiode auf dem kulturellen Sektor gestört werden.

Meine Damen und Herren! Lassen wir alle unsere Windmaschinen in den Requisitenkammern stehen und blicken wir auf den gigantischen Berg der Arbeit, die uns die von mir hier aufgezeigten Probleme und noch viele andere aufbürden. Nur eine große gemeinsame Anstrengung kann hier Abhilfe bringen, und die Heimat wird Ihnen allen, die Sie mit Hand ans Werk legen, immerwährenden Dank wissen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Unterricht Doktor Drimmel. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Unterricht Dr. Drimmel: Sehr geehrte Damen und Herren! Auch die Kulturpolitik muß dem dienen, was die Römer das bonum commune oder was wir das Gemeinwohl nennen. Die Frage nach dem Gemeinwohl, das wir meistens als das möglichst große Lebensglück für möglichst viele Staatsbürger definieren, ist eine Frage, die da und dort verschieden angesehen und auch nicht immer so beantwortet wird, wie ich es getan habe. Dieses Glück wird in unserer Zeit im großen und ganzen gleichgesetzt mit dem materiellen Wohlstand und mit der sozialen Wohlfahrt.

Der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer hat gesagt: Was wir wollen, ist, daß gearbeitet wird, daß produziert wird, daß verdient wird und daß alles das zusammen dem Menschen sein Glück einträgt. — Alle, die die Arbeitslosigkeit der Vorkriegszeit, den Stillstand der Fabriken und die armselige Lebenshaltung breitester Schichten der Bevölkerung in dieser Zeit erlebt haben, werden einer solchen Definition des menschlichen Glücks im Grunde zustimmen müssen. Aber wir alle wissen ganz genau, daß es trotz dieses Wohlstandes und der Wohlfahrt unserer Zeit gefährliche Grenzregionen gibt, in denen diese Rechnung nicht ganz aufgeht. Diese Grenzregionen werden von verschiedenen Menschen von verschiedenen Standpunkten aus klar erkannt.

2042

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

Der neoliberale Nationalökonom Röpke hat in seinem Buch „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ diesen Zustand des Unbehagens, der offenen Fragen, der Existenz in der Grundsatzlosigkeit genauso bemängelt, wie es der Abgeordnete Klenner, ein Kenner der Gewerkschaftsfragen, vom Standpunkt der Balance der Produktion und der Konsumtion getan hat. Wer die Fragen vom christlichen Standpunkt aus betrachtet, darf sich nicht in dem Gefühl der Sicherheit wiegen, daß sein Standort weniger gefährdet sei und er das Heil in sicheren Händen halte.

Wir müssen gerade in diesem Jahr 1960 erleben, daß Staaten, in denen der materielle Wohlstand und die soziale Wohlfahrt den höchsten Grad der Entwicklung erreicht haben, das schärfste Maß der Selbstkritik an sich angelegt haben. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Dwight D. Eisenhower, hat festgestellt, daß gerade in seinem Land die Probleme der Jugendkriminalität, des Alkoholismus, der Verwahrlosung breiter Schichten der Bevölkerung und der Zerrüttung der Ehe eine nationale Bedrohung bedeuten, die der Bedrohung dieser Weltgroßmacht von außen nicht nachsteht.

Der Wiener Neurologe und Psychologe Viktor Frankl hat in seinem Buch über die Therapie der Neurosen darauf hingewiesen, daß es gerade in den skandinavischen Staaten, also in Staaten, in denen der soziale Wohlstand und die Wohlfahrt gesichert sind, die seit Jahrhunderten nicht den Bedrängnissen des Krieges und der Zerrüttung durch Umsturz und Revolutionen ausgesetzt sind, daß es gerade in diesen Staaten dazu gekommen ist, daß die gleichen Geißeln der Menschheit in der nämlichen Brutalität zutage treten.

Wenn uns also in dieser Stunde so vieles zu trennen scheint und das Gesetz der Polemik das Gesetz des Tages zu sein scheint, dann müssen wir doch eines sagen: daß wir beide die gemeinsamen Leidtragenden sind und daß der demokratische Kapitalismus wie der demokratische Sozialismus nicht in der Lage gewesen sind, mit der Herstellung des materiellen Wohlstandes und mit der Sicherung der sozialen Wohlfahrt das Glück der Menschen auf dieser Erde in den Realitäten des Lebens bis zu einem Optimum zu verwirklichen.

In diesem Jahre 1960 mußte der österreichische Justizminister im Ministerrat feststellen — dies in einem Jahr, in dem auch bei uns der materielle Wohlstand die Klimax erreicht hat und die Maßnahmen zur Sicherung der sozialen Wohlfahrt mit beträchtlichen Anstrengungen vermehrt worden sind —,

daß die Jugendkriminalität unseres Landes eine beachtliche Steigerung, ja einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Und unser Land ist das, in dem die große Geißel der Menschheit, die Zerrüttung der Ehe und der Familie, einen europäischen Rekord erklimmen hat. Viele von uns haben das von dem Wiener Pädagogen Tesarek entworfene Plakat gesehen, in dem im Falle der Zerreißung der Ehe das tragische Problem der Kinder dieser Ehe mit voller Sinnfähigkeit der Gesellschaft vor Augen geführt wird. Es bleibt also jenseits von Wohlstand und Wohlfahrt, von Produktion und Konsumtion, mögen sie noch so technisch einwandfrei balanciert sein, eine Malaise übrig, die wir alle empfinden und die wir auch heute in der Unterrichtsdebatte des Nationalrates der Republik Österreich mehr oder weniger bewußt auf der Rechten und auf der Linken verspürt haben.

Wir sind auch in der gefährdeten Lage, indem sich unser Staat in einer Vorpostenstellung der freien Welt befindet, uns selbstverständlich des Umstandes im klaren, daß Angebot und Nachfrage, Produktion und Konsumtion doch nicht die Antwort in dem Fall gibt, in dem es jenseits des Eisernen Vorhangs so weit sein wird, daß man die Relation glücklicher und produktiver gestaltet. Mit anderen Worten: daß bei uns dann in dem Augenblick das Problem in voller Schärfe in Erscheinung tritt, in dem die Nylonstrümpfe in Preßburg billiger sind als in Wien.

Der Philosoph John Stuart Mill hat vor 150 Jahren gesagt: „Wenn alle Menschen lesen, schreiben und rechnen können, dann ist die Freiheit im demokratischen Prinzip gesichert.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kommunismus hat in der Sowjetunion Millionen von Menschen dem Alphabetismus entrissen und sie gleichzeitig in eine Sklaverei gestoßen, die der des vorangegangenen Zarismus in nichts nachsteht. Und wir haben es erlebt, daß das deutsche Volk nach der Kultur- und Zivilisationsentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts, die dieses Volk an die Spitze der Kulturnationen Europas mitberufen hat, gerade in dem Augenblick der höchsten Entwicklung der Kultur einer Barbarei verfallen ist, die undenkbar gewesen ist, die die tragischen Spuren nicht nur am Körper dieses Volkes, sondern in ganz Europa zurückgelassen hat.

Ich glaube also, daß nicht von dem rein wirtschaftlichen Denken: Angebot und Nachfrage, Produktion und Konsumtion her, auch nicht vom Zivilisatorischen und Kulturellen allein der Standort und die Standfestigkeit bezogen werden können, die wir für unseren Lehrer in der Schulstube brauchen.

Denn daß wir einen Lehrer haben wollen, der einen Standpunkt besitzt und ihn vor den Schülern vertritt, das bejahren wir doch alle, ob wir auf der Rechten oder auf der Linken stehen. Wir müssen sagen, daß wir gerade im staatsbürgerlichen Unterricht und angesichts der tiefen Narben, die wir alle aus den letzten 40 Jahren der Geschichte unseres Staates übernommen haben, auch vom Lehrer mehr erwarten, hinter dessen einwandfreier Unterichtung eine Persönlichkeit steht, in der der Schüler den Standpunkt des Lehrers wahrnimmt, auch wenn er ihn bereits instinktiv oder in späteren Jahren der Schule aus grundsätzlicher Überlegung nicht teilt.

Es war zweifellos für uns alle ein schönes Erlebnis, daß so viele Sprecherinnen und Sprecher in dieser Stunde die Person ihres alten Lehrers in diesem Saal der Volksvertretung zitiert haben. Auch ich verdanke im Grunde meine geistige Wesenheit meinem Geschichtslehrer, der heute noch am Leben ist, der in religiös-weltanschaulicher Hinsicht, so ahnte ich damals und so weiß ich es heute genau, ganz anders als ich gedacht hat, der aber eines mir beigebracht hat: die Dinge klarer zu sehen, ihnen auf den Grund zu gehen, sich nicht gerade mit dem zu begnügen, was im Lehrbuch steht und was in der Prüfung verlangt wird, sondern darnach zu streben, in einer eigenen Entwicklung der Persönlichkeit die Erfüllung eines Lebensglücks als geistiger Mensch zu finden.

In diesem Sinne, sehr geehrte Frauen und Herren, ist für uns die Frage des Nichtzustandekommens der gesetzlichen Grundregeln vom Standpunkt der Schulverwaltung aus ein Gefährliches, ein Unerwünschtes. Aber wir leben selbst in diesem kalkulierten Risiko nach dem Gesetz, das Shakespeare aufgestellt hat und das gerade für die Schule gilt: Man not measures! Wie immer diese Gesetze sein werden, um die uns alle im Lande bitten, die von uns erwartet werden, das Entscheidende wird nicht von dem gelungenen technischen Kompromiß abhängen, sondern von der Tatsache, ob es uns mit diesen Gesetzen gelingt, die Lehrerpersönlichkeit zur vollsten Entfaltung ihrer Wesenheit und ihrer Aufgabe zu bringen.

Da stehen wir nun gewiß in einem Kräftepolygon, das an die Persönlichkeit des Lehrers, aber auch an die Spitze der Schulverwaltung sehr unterschiedliche Ansprüche stellt. Der Anspruch, der von der modernen Industriegesellschaft sehr klar formuliert wird, steht in einem gewissen Widerspruch zu dem Anspruch der Bildungsgesellschaft. Obwohl wir doch alle glauben, daß die Bildungsgesellschaft unser gegenwärtiges historisches Schicksal und damit unser gemeinsames ist,

erkennen wir doch alle auch, daß der Anspruch, den die Industriegesellschaft an uns stellt und den wir nicht einfach mit der Ablehnung des Spezialistentums skartieren können, uns mit einer Dynamik erfüllt, die wir selbst zu Zeiten zu bändigen nicht imstande sind. Hier ist also das Entscheidende, das wir in diesen Tagen zu untersuchen haben: Gilt das alte Bildungsideal, das das österreichische Schulwesen in den letzten 120 Jahren beherrscht hat, noch mit derselben Souveränität, die in der Väter- und Vorväterzeit unbestritten gewesen ist, oder ist dieses Prinzip bereits so umstritten, daß wir diesen festen Boden verlassen müssen, um neuen Ufern zuzustreben?

Meine sehr geehrten Damen und Herren und insbesondere Sie von der Opposition dieses Hauses! Die Tatsache, daß wir ein Schulgesetz noch nicht in einem Einvernehmen auf dem Boden der Regierung erzielt haben, ist nicht einfach der Ausdruck mangelnder Kompromißbereitschaft oder der Ausdruck der Ideenlosigkeit oder der Ausdruck einer Bosheit, die wir uns gegenseitig zufügen, sondern ist der Ausdruck eines echten geistigen und weltanschaulichen Ringens.

Es ist eben viel leichter, in einer Koalition, die aus der Opportunität des Jahres 1945 entstanden ist und in der sich die Menschen getroffen haben, die sich 15 Jahre vorher auf den Barrikaden des Bürgerkrieges getroffen haben, in wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Dingen ein gemeinsames Konzept zu finden, als in den letzten Dingen dieses Lebens, dort, wo es um die Ausformung der geistigen Existenz geht. Gewiß, vielleicht hätten wir es in manchem besser, rascher effektiver tun können. Schämen wir uns aber nicht in dieser Stunde, daß wir ehrlich miteinander gerungen haben, daß wir uns in diesen Dingen nichts geschenkt haben, denn das billige Kompromiß für heute wäre vielleicht der Triumph eines politischen Systems, aber zugleich die Gefahr für eine Schule, für ein Erziehungswesen und für die Kultur eines ganzen Landes, das, unter unfertigen und eilfertigen Regelungen zustandegekommen, mehr Übel erzeugen würde als das Spannungsverhältnis, in dem wir uns befinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die eigenartige Konstellation des gegenwärtigen Regierungssystems, das ich mir zu bekritteln gestattet habe, ist für mich keine Unaussichtlichkeit. So wie in der Elektrizität das Potentialgefälle allein jenen Spannungszustand erzeugt, aus dem heraus die Kraft entsteht, aus demselben Prinzip heraus kann nur das politische System entstehen, das bei den ambivalenten Kräften, die in Österreich herrschen, eine Resultante erzeugt, die nicht

2044

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

nur ein Drehmoment am Ort ist, sondern eine Kraft, die dem Fortschritt, auch dem Fortschritt zum Besseren dienen kann.

Wir stehen hier nicht mehr durch Barrikaden getrennt, wir sind heute alle der Meinung, daß in diesen tragischen Auseinandersetzungen der Posten des Patrioten nicht hinter, sondern vor der Kanone ist. Aber wir sind in all diesen Dingen auch die Söhne und Enkel unserer Väter. Wir können das wissenschaftliche Erbe des 19. Jahrhunderts, so wie es uns der Materialismus auf der Linken und der Positivismus auf der Rechten hinterlassen hat, nicht mit einer unwilligen Handgeste beiseite fegen, denn diese Geistesströmungen, die wir sonst nur im Philosophieunterricht zu respektieren gewohnt sind, sind ja Teil der Bildung, die wir selbst aufgenommen haben, von der Volkschule bis zur Universität. Wer von uns würde sich ohne weiteres der Ideale seiner Jugend entledigen und die Basis verlassen, auf der er gestanden ist?

Die Radikalität ist nicht so übel. Ein junger Mensch, der nicht radikal gewesen ist — hat ein bekannter französischer Politiker gesagt —, der hat kein Herz. Ein alter Mann, der nur radikal ist, dem fehlt es im Hirn. (*Heiterkeit.*) Dieser Radikalität der Jugend, die uns ein so bitteres Los gewesen ist, wollen wir uns nicht schämen. Wir wollen froh sein, daß wir so vieles auf einen gemeinsamen Boden gerettet haben.

Und da gestatten Sie mir als Unterrichtsminister ein offenes Wort. Die heutige Polemik war in der Form scharf, in der Sache standen wir uns aber erstaunlich nahe. Je mehr der Tag fortschritt, je mehr das Gesetz der Polemik zurücktrat und die Beschäftigung mit den sachlichen Anliegen der Schulreform auf der Rechten und Linken zutage getreten ist, desto erstaunlicher und deutlicher wurde es, daß hier zwar nicht alle das gleiche denken, aber doch in weiten Kategorien des Schul- und Erziehungswesens unserer Nation gleich zu denken begonnen haben. Das ist ein gemeinsamer Besitz, der sich über uns erhebt.

Mag der eine von uns das Zentrum dieser geistigen Auseinandersetzung von der Religiosität her sehen und erschreckt sein über den Ausbruch eines neuen humanistischen Atheismus, der in den grausamen Folgen des Kommunismus nicht nachsteht, so tröstet uns doch auf der anderen Seite die Feststellung, daß diese Gesinnung nicht mehr die reine Gegnerschaft trifft, sondern das Verständnis dafür, daß zwar nicht die Konfessionalität, aber die Religiosität ein Ufer ist, dem wir alle gemeinsam zustreben. Und das, sehr geehrte Frauen und Herren, ist eine wichtige Aufgabe unserer Zukunft, gerade wenn wir uns mit der Schul-

gesetzgebung beschäftigen. Denn hier handelt es sich nicht um die technisch einwandfreie Lösung von zwei ungleichen Elementen. Es handelt sich auch nicht einfach um die Verschmelzung, das neue Schulgesetz soll ja nicht der Schmelzriegel sein, in den wir alle unser Metall hineinragen, damit dann ein Metall neuer Prägung herauskommen soll. Es soll auch nicht einfach die Koexistenz verschiedener Weltanschauungen sein. Ich glaube, wir werden imstande sein, in der Schulgesetzgebung umso rascher weiterzukommen, je mehr wir geneigt sind, eine Stufung, eine Staffelung der Probleme herbeizuführen, die Probleme anzugehen in den gemeinsamen Beratungen, in denen nicht die Weltanschauung zwischen uns steht, sondern verschiedene Fachmeinungen, die oft mitten durch die Parteien gehen.

Dann gibt es eine zweite Stufe von Problemen, in denen es zwar unter anderem auch um weltanschauliche Probleme geht, wo es aber, je nachdem ob dieses Problem über Gebühr in den Vordergrund oder weniger in den Vordergrund geschoben ist, leichter sein wird, ein Kompromiß zu erzielen. Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur das heiße Eisen der Lehrerbildung in Österreich.

Und dann gibt es natürlich Probleme, in denen die volle Spannung der Weltanschauung schwingt, etwa in der Frage: Welches ist der primäre Erziehungs faktor — der Staat oder die Familie? Oder: Wie wägen wir beide ab? Oder: Wie koordinieren wir diese konkurrierenden Ansprüche?

Alles das, meine sehr geehrten Frauen und Herren, halte ich trotz des Abstandes und trotz der Erfahrung der letzten vierzig Jahre für überbrückbar, denn wir verhandeln nicht erst seit 1945 über dieses Gesetz, sondern seit 1920, als sich im Verfassungsausschuß die damaligen Abgeordneten Seitz und Seipel mit der Erkenntnis getrennt haben, daß es nicht möglich ist, bei der Verfassungsgebung der jungen Republik das Erziehungswesen gleichzeitig zu regeln. Damals entstand jener Siamesische Zwilling der Schulpolitik in Österreich. Wir, die beiden Großparteien, sind aneinander gebunden, weil die verfassungsmäßige Mehrheit in diesem Hause gewährleistet sein soll, wenn die Schulgesetzverhandlungen in Gang kommen. Und es kommt keiner von uns um einen Schritt weiter, wenn der andere nicht den Schritt mitmacht, beziehungsweise wenn wir uns nicht vorher in einem gemeinsamen Konzept geeinigt haben. Das zu bedenken ist sehr wichtig, denn das ist nicht nur allein das Prinzip einer unfreiwilligen Verzögerung, sondern es gibt uns einen sicheren Freiheits-

bestand. In dieser Republik wird, solange der Geist des Gesetzes von 1920 gilt, keine Zufallsmehrheit einer zufälligen Minorität das vorschreiben können, was sie denkt, was in den Schulen ihr anerzogen werden wird und dergleichen mehr.

Vielleicht beklagen Sie und die Eltern draußen das Ausbleiben der Gesetze, und auch wir in Verwaltung und Schule würden uns einen rascheren Fortgang wünschen, aber nicht unbeträchtlich ist der moralische Gewinn, der daraus erwächst, daß in diesem wichtigen Anliegen des geistigen und seelischen Lebens das Diktat einer Zufallsmehrheit in Österreich nicht gilt.

Wir haben eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen im Unterrichtsministerium so weit vorbereitet, daß sie zur Debatte gestellt werden können. Es ist heute die Frage aufgeworfen worden, ob das Unterrichtsministerium nicht zu starr und zu konservativ und zuwenig der Gesprächshaltung zugeneigt wäre.

Der Herr Abgeordnete Czernetz, der einen Standpunkt hat und ihn sehr klar und sinnfällig zum Ausdruck bringen kann, hat die österreichische Regierung mit einem Auto verglichen: In diesem Auto sitzen die Konservativen an der Bremse und die Fortschrittlichen sitzen am Motor. Es läßt sich aber sehr gut streiten über das Prinzip, daß so wie überall im Leben das konservative und das progressive Prinzip miteinander wirken müssen. Wir haben unsere Erfahrungen im Eheleben und wir können sie auf das öffentliche Leben übertragen. Natürlich ist dem Abgeordneten Czernetz auch der Schalk im Nacken gesessen, denn wer an der Bremse sitzt, der hat von Jugend auf schon die schlechtere Optik für sich als der, der den hohltourigen Motor für sich hat.

Aber vielleicht können wir alle zusammen, insbesondere auf dem Gebiet der Schulpolitik, dieses Bild vom Auto verbessern. Es fehlt in der Konstruktion noch etwas: eine ordentliche Steuereinrichtung — nicht für's Finanzministerium, sondern für die Steuerung des Fahrzeugs. Und es gehört ja letzten Endes in jedes Auto noch ein denkendes Wesen hinein, das richtig die Steuerung, Bremse wie Motor, bedient.

In dieser gegenwärtigen Krisis unseres Denkens in- und außerhalb der Koalition werden wir wahrscheinlich um dieses Prinzip, das am Steuerrad wirksam wird, ringen, kämpfen und uns im nationalen Interesse auch bemühen müssen. Im kleineren gesehen haben wir das gleiche Problem auch bei der Schulgesetzgebung. Wenn wir uns davon freimachen, daß die Konservativen nur die Bremse zu hand-

haben wissen und die Fortschrittlichen nur den Motor bedienen können, wenn wir wissen, daß wir insgesamt eine richtige Mechanik in diesem Vehikel unseres nicht eben hohltourigen Fahrzeuges der Schulgesetzgebung brauchen, und wenn wir das dann in gegenseitiger Loyalität der Gesinnung uns erweisen, dann werden wir den ersten Berg, auf den wir jetzt hinaufkommen müssen, nämlich erst zu reden anzufangen, nehmen. Und haben wir das Gespräch begonnen, dann nehme ich den Herrn Abgeordneten Dr. Neugebauer beim Wort, dann hören wir nicht mehr auf. Wir können zwar nicht so verhandeln, wie es bei der Papstwahl geschieht, daß uns bei Entzug der Nahrung und der Wärme in den Verhandlungslokalitäten die Gedanken rascher (*Zwischenrufe*), die versöhnliche Rede besser kommen. Aber ich hoffe doch — haben wir diesen ersten Berg genommen, so hören wir nicht mehr auf mit den Verhandlungen! Und dann wird dieses Haus in den nächsten Jahren nicht darüber zu klagen haben, daß der Unterrichtsausschuß des österreichischen Nationalrates nur das Kleinholt der Regierungspolitik zu verheizen hat.

Hohes Haus! In dieser Gesinnung möchte ich mich nach dem heute Gehörten dazu bekennen und dort, wo ich eine abweichende Stellung einnehme, diese in aller Offenheit zum Ausdruck gebracht haben. Ich danke, Herr Präsident. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ*.)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Somit ist die Aussprache über die Gruppe VI beendet.

Die nächste Sitzung berufe ich für Montag, den 5. Dezember 1960, 12 Uhr mittag, ein.

Die Tagesordnung umfaßt derzeit folgende Punkte:

1. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (288 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen und Schiedsvergleichen in Handelssachen;

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (302 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend die Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften (Pionierkaserne) in Klosterneuburg;

3. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (303 der Beilagen): Bundesgesetz über eine Änderung des Ausfuhrförderungsgesetzes 1954;

2046

Nationalrat IX. GP. — 49. Sitzung — 2. Dezember 1960

4. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (281 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1961, Gruppe IX: Handel.

Die Tagesordnung wird voraussichtlich, da der Ausschuß für soziale Verwaltung heute noch tagt, um zwei Punkte ergänzt werden, und zwar:

5. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag 112/A der Abgeordneten Olah, Reich und Genossen, betreffend

die 8. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, und

6. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag 113/A der Abgeordneten Uhlir, Dr. Gorbach und Genossen, betreffend Abänderung des Bundesgesetzes vom 18. Juli 1956, BGBl. Nr. 153, über den sozialversicherungsrechtlichen Schutz der den Präsenzdienst leistenden Wehrpflichtigen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Es ist nicht der Fall, daher genehmigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 15 Uhr 40 Minuten